

# Sezession



## Verhaltens- lehren

Autorenporträt  
Arnold Gehlen

Erik Lehnert  
Stiftungswesen

Caroline Sommerfeld  
Entängstigung

Ellen Kositzka  
Tradwife

Lothar Fritze  
Macht

96

Juni 2020  
11 EURO  
ISSN 1611-5910  
[www.sezession.de](http://www.sezession.de)

## Sezession

Herausgegeben vom  
Verein für Staatspolitik e.V.  
Rittergut Schnellroda  
06268 Steigra  
E-Mail: [redaktion@sezession.de](mailto:redaktion@sezession.de)

Vertreten durch Dr. Erik Lehnert  
(Vorsitzender)

Eingetragen im Vereinsregister  
am Amtsgericht Stendal,  
Registernummer: 46786

Unter Mitarbeit von Wolfgang Dvorak-  
Stocker, Benedikt Kaiser, Ellen  
Kositza, Götz Kubitschek (V.i.S.d.P.)  
und Erik Lehnert

18. Jahrgang, Heft 96,  
Juni 2020

*Sezession* erscheint im Februar, April,  
Juni, August, Oktober und Dezember.  
Der Preis für das Einzelheft beträgt  
11 € zzgl. Versandkosten.  
Wer *Sezession* für mehr als lesenswert  
hält, kann ein Förderabonnement  
(75 €/sechs Hefte) zeichnen. Das nor-  
male Jahresabonnement (sechs Hefte)  
kostet 50 €, ermäßigt 35 € (junge Leser  
in Ausbildung), jeweils inkl. Versand.  
Auslandsabonnenten bezahlen zusätzlich  
10 € Porto im Jahr.  
Wird das Abonnement nicht bis zum  
30. November gekündigt, verlängert es  
sich um ein weiteres Jahr.

Alle Rechte für sämtliche Artikel im  
Heft vorbehalten. Manuskripte sind  
übrigens stets willkommen und sollten  
als Kurzbeitrag 9000 und als Grundla-  
genbeitrag 15 500 Zeichen (inkl. Leer-  
zeichen) umfassen.

Satz & Layout:  
[satz@sezession.de](mailto:satz@sezession.de)

Sezession  
Rittergut Schnellroda  
06268 Steigra  
Tel: (03 46 32) 9043 99  
Fax: (03 46 32) 9043 97

[redaktion@sezession.de](mailto:redaktion@sezession.de)  
[vertrieb@sezession.de](mailto:vertrieb@sezession.de)  
[www.sezession.de](http://www.sezession.de)

ISSN 1611-5910

## Editorial

- 1 **Unter Verdacht**  
Götz Kubitschek

## Bild und Text

- 2 **Tradwife**  
Ellen Kositza

## Thema

- 4 **Autorenporträt Arnold Gehlen**  
Till Kinzel
- 8 **In Zeiten der Ermüdung**  
Adolph Przybyszewski
- 14 **Stiftungswesen**  
Erik Lehnert
- 20 **Macht und Propaganda**  
Lothar Fritze
- 26 **Kulturrevolution und Populismus –  
eine Bilanz**  
Gespräch mit Alain de Benoist
- 32 **Unterlegenheit und Widerstand**  
Stephan Siber
- 36 **Entängstigung**  
Caroline Sommerfeld
- 40 **Das Denken in langen Zyklen**  
Jonas Schick
- 44 **Mit dem Spießler rechnen**  
Dirk Alt

## Bildteil

- 48 **Marina Abramović**  
Martin Lichtmesz
- 54 **Lexikon der metapolitischen Begriffe**  
Redaktion

## Bücher

- 60 **Blick nach links: Vereinzelt brauchbar**  
Benedikt Kaiser
- 62 **Viel zu viel Abitur**  
Heino Bosselmann
- 64 **Rezensionen**

## Unter Verdacht

von Götz Kubitschek

Seit März wissen wir, daß das Institut für Staatspolitik, also der Besitzer und Herausgeber dieser Zeitschrift, vom Verfassungsschutz beobachtet wird, weil es Anhaltspunkte für den Verdacht auf Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland gebe. Daß wir nun an der Reihe sind, hat uns ebensowenig überrascht wie die Fadenscheinigkeit der Begründung und die mangelnde Mühe, die sich der VS noch gibt, seine instrumentalisierte Rolle zu kaschieren.

Unter auch nur halbwegs normalen Umständen käme eine Behörde, die zum Schutz der Verfassung eingerichtet worden ist, niemals auf die Idee, ein Institut wie das unsere unter Verdacht zu stellen. Man kann rein strukturell argumentieren: Eine mit rund 250.000 Euro Jahresbudget arbeitende, transparente und bis zum heutigen Tag gemeinnützige Bildungs- und Forschungseinrichtung kann die Verfassung nicht gefährden. Dies ist nur solchen Personen und Gebilden möglich, die soviel politische Macht besitzen, daß sie entweder Verfassungsgrundsätze aushebeln oder einen Putsch durchführen können: Regierungsparteien, Verfassungsgerichte, Generalität, Polizeiführung, Spitzenbeamte, fünfte Kolonnen aus einem mächtigen fremden Staat. Vor allem aber ist es die Verknüpfung von Sendungsbewußtsein, Geld, Netzwerk und Technokratie, die uns dort, wo es um Freiheit und Selbstbestimmung der Völker geht, zu spielenden Kindern degradiert.

Totalitäre Utopie und systemische Macht: Unser Institut ist der Gegenentwurf dazu. Es ist eine Widerstandsinsel in bester konservativ-revolutionärer Tradition: Dr. Erik Lehnert und ich haben Hochschulstudiengänge abgeschlossen, bezahlen Steuern, haben Familien gegründet, erziehen Kinder, sind Offiziere und halten Konsumdistanz. Jeder von uns besitzt über 3000 Bücher, und natürlich schimpfen wir beim Biere über die Regierung. Aber keiner von uns beiden denkt in totalitären Entwürfen, sympathisiert mit Terroristen oder ruft auf sonst eine Art und Weise zu Gewalt auf.

Die Linke war und ist da weiter. Aber selbst die RAF war zu keinem Zeitpunkt ihres Bestehens und Agierens eine Gefahr für die Verfas-

sung. Sie war eine tödliche Gefahr für Leib und Leben derjenigen, die sie im Visier hatte, aber sie bedrohte die Verfaßtheit der Bundesrepublik nicht, obwohl ein erklecklicher Anteil der Studentenschaft und der linken Intelligenzia auf ihrer Seite stand und das, was da tödend verlautbart wurde, goutierte. Ein Teil derer, die über den bewaffneten Kampf sinnierten und in den Massenmördern Ho Tschi Min und Mao, Lenin und Pol Pot Gegenentwürfe zum faschistischen Kapitalismus sahen, machte später Karriere bei den Grünen, in der SPD oder – nach dem Mauerfall – bei den Linken, deren eher spießige Ostvertreter über diese Radikalsozialisten aus dem Westen den Kopf schüttelten.

Aber bis man den Marsch durch die Institutionen, die Parteiebenen und politischen Ämter abgeschlossen hatte und dort ankam, wo man der Verfassung an den Kragen gehen konnte, war der revolutionäre Impuls verflogen, waren die Träume über die Nächte langer Messer ausgeträumt. Vom Umsturz war die Umdeutung übriggeblieben: Dem »Volk« geht es an den Kragen, weil ein linksbesetztes Bundesverfassungsgericht in ihm keinen Ethnos mehr erblickt haben möchte, sondern eine bloße Ansammlung von Staatsbürgern. So also kann man den Souverän aushebeln, mithin die Verfassung angreifen, und das berührt nun wieder jene quantitative Ebene, von der oben die Rede war: Was sind hundert Terroristen gegen eine Gerichtskammer, die sanft erledigt, was den anderen nicht gelang?

Es ist daher ein Anhaltspunkt für den Verdacht auf extremistische Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung, wenn in Mecklenburg-Vorpommern nun mit den Stimmen der CDU und der SPD die Linke Barbara Borchardt zur Verfassungsrichterin ernannt worden ist. Borchardt ist Mitglied der parteiinternen »Antikapitalistischen Linken« und wird aufgrund dieser Zuordnung selbst vom Verfassungsschutz beobachtet.

Man kann sich, wie stets in solchen Fällen, folgenlos darüber empören. Die Verhaltenslehre, die daraus zu ziehen wäre, ist ebenfalls stets dieselbe: Wenn die Machtverhältnisse stimmen, ist das, womit der Verfassungsschutz drohen kann, nicht der Rede wert. ■



## Tradwife

von Ellen Kositzka

»Welche Zeit fändest Du eigentlich am schönsten?«, fragte mich eine Tochter jüngst. Sie hatte gerade eine komplizierte und (so läuft es heute) »persönliche« Frage zum Thema Absolutismus zu beantworten. Wir leben in erzwungenen Heimbeschulungszeiten. Ich habe »Geschichte auf Lehramt« studiert, aber beizeiten – nach dem ersten Staatsexamen – erkannt, daß meine pädagogische Ader nicht auf Masse geht. Ich bin daher keine Lehrerin geworden. Gerade muß ich es sein.

Was wäre meine »Traumzeit« im historischen Bogen? Schwierig. Ich glaube, daß mich jede Zeit eines *Backlashes* besonders interessiert: sei es der Wiener Kongreß, sei es das Biedermeier oder die Konservative Revolution, um nur die Neuzeit zu beleuchten. Es fasziniert mich, wenn die Geschichte einen Rückwärtssalto macht. Vermutlich muß man ein gewisses Temperament oder einen besonderen Trotz in sich haben, um diese Gedankenfigur nachzuvollziehen. Es ist die Figur des Katechon, des Großen Aufhalters, die hier wirksam ist.

Diese Figur ergibt sich durch das Bild mit den beiden Frauen gewissermaßen in Niederungen. Die Niederung, also die triviale Gestalt, ist in diesem Fall ein sogenanntes Meme. Ein Meme ist die bildliche und internetförmige Manifestation eines Kulturphänomens. Es geht dabei nicht um Zwischentöne, sondern um »das Eigentliche«, das in zugespitzter Verdichtung dargebracht wird.

Hier geht es um die plakative Gegenüberstellung zweier weiblicher, zeitgenössischer Typen. Auf der einen Seite haben wir die »befreite« Feministin. Auf der anderen die sogenannte *Tradwife*. Das ist die junge Frau, die gemäß überkommener traditioneller Prinzipien und Gültigkeiten lebt. Für Schattierungen und Nuancen (ohne die es eigentlich langweilig ist) ist in einer solchen Gegenüberstellung kein Platz. Warum nicht? Erstens funktionieren Memes nun mal so. Sie polarisieren. Zweitens: Hier geht es wirklich ums »Ganze«. Die »Frauenrolle« ist kein »Gedöns« (Gerhard Schröder). Sie ist essentiell. Entwicklungspsychologisch, bindungstheoretisch, gesamtgesellschaftlich. Sie ist die Hefe jeglichen Wachstums – kulturübergreifend. Nun: Haben wir denn echtmensch-

liche Vorbilder für unsere »befreite Feministin«, wie sie hier (nicht neutral, sondern generebedingt abschreckend) dargestellt ist? Oh ja, und wie: massenhaft! Sie sind nicht immer tätowiert und haben nicht ausschließlich schwarze Liebhaber – aber der Tendenz nach paßt es. Die Zeichnung trifft. Jeder, der in Universitätsstädten zugange war oder auch nur Massenmedien konsumiert, kennt diesen Typus. Die »befreite Feministin« mit all ihren dressierten Vorlieben und Gemengelagen ist omnipräsent.

Die *Tradwife* hingegen bewegt sich ein wenig unter dem Radar. Früher hat man sie mit den Tätigkeitsbereichen »Kinder-Küche-Kirche« zu brandmarken versucht. Das klappt heute nicht mehr so gut. Frauen, die brotbakend und Kleinkinder-auf-dem-Rücken-tragend ein souveränes, kümmerndes Leben führen, sind heute in »alternativen« Kreisen und darüber hinaus hoch angesehen. Die Mischung aus »cool« und »oldschool« ist dabei wahrhaft prickelnd.

Die Bezeichnung und das Phänomen *Tradwife* war bereits in der Vor-Corona-Ära aktuell. In den Nullerjahren reüssierte die Kalifornierin Laura Doyle mit diversen erfolgreichen Buchtiteln, deren bekanntester *The Surrendered Wife* (dt. ebenfalls 2001, *Einfach schlau sein, einfach Frau sein*) lautete. Doyle, die jahrelang unter scharfem Beschuß durch Feministinnen stand, forderte Frauen beispielsweise auf, »unnötige Kontrolle über den Ehemann« fahrenzulassen, dem Mann »in jedem Aspekt der Ehe zu trauen – finanziell wie sexuell«, und letztlich die »Goldene Regel«: »Lobe deinen Mann – und sage ihm, wenn du glücklich bist.« Das klang damals wie heute deutlich aus der Zeit gefallen, eine wahrhaft tolle Provokation.

Derzeit reklamiert die »Tradi-Frau« neue Relevanz für sich. »Trying to be a man is a waste of a woman«, heißt er derzeit auf *Tradwife*-Kanälen: »Wenn du versuchst, wie ein Mann zu sein, verschwendest du deine Weiblichkeit!« Ich habe bei Google »Corona Frau traditionell« eingegeben und über drei Millionen Treffer erhalten. Die meisten Fundstücke sehen die angestammte und angeblich wiederauferstandene »Frauenrolle« kritisch und laufen auf zwei Argumentationsstränge hinaus:

## Befreite Feministin

« massenweise Make-up, um das niedrige Selbstwertgefühl zu kaschieren

« hat sich mit 17 Jahren ein albernes Tattoo stechen lassen

« macht mit jedem herum, um das Selbstbewußtsein zu stärken – das sorgt zugleich aber für massive innere Skrupel

« pummelig aufgrund ihrer Fastfood-Ernährung und Mikrowellenmahlzeiten

« hat im vergangenen Jahr ihr schwarzes Baby abgetrieben



« behauptet, bisexuell zu sein, obwohl sie sich ausschließlich mit Männern trifft

« verunstaltete Haare aufgrund von Färbungsexzessen

« benutzt Selbstbräuner, damit sie wenigstens mexikanisch aussieht

« trägt Klamotten, die ihr eigentlich zu knapp sind

« sieht sich ausschließlich »von schwarzen Männern angezogen«

« hat einen völlig unterbezahlten Job, weil ihr »Gender-Studies«-Abschluß sie nicht weitergebracht hat

## Tradwife

» steht zu ihrem Aussehen und nutzt höchstens dezente Schminke

» ihr Ehemann arbeitet, um ihr zu ermöglichen, daheimzubleiben und die Kinder großzuziehen

» Mitte zwanzig, aber bereits verheiratet und Mutter

» liebt ihre Familie, ihre Ahnen und ihr Land – in dieser Reihenfolge



» ungefärbte Haare, allenfalls sonnengebleicht

» trägt Kleider, die ihre Weiblichkeit bescheiden unterstreichen

» schlank aufgrund eines gesunden und stets bewegten Lebensstils

» erzieht ihre Kinder so, daß sie im Schulalter gegen Umerziehungen gefeit sind

» hat gewisse Kenntnisse bezüglich ihrer europäischen Wurzeln

Erstens: Die armen Frauen seien es, die die derzeitige Krise bewältigten. Die Schlagzeile »Knapp 90 Prozent der systemrelevanten Berufe werden von Frauen ausgeübt« machte die Runde durch die Systemmedien. Zweitens: Frauen würden durch die Pandemie in alte Rollenmuster zurückgeführt. Leider!

Erstens ist Quatsch. Ja, über 80 Prozent der Supermarktkassiererinnen sind weiblich. Sie kassierten vor, kassieren während und werden nach der Coronazeit kassieren. Das ist löblich, aber doch am Ende, pardon, kaum der Rede wert. Es ist nicht so, daß irgendein weiblicher Genius zum Kassieren oder Regaleinräumen vonnöten sei. Man kann das alles recht schnell lernen. Ja: auch »mann« wäre hier einfach einzuweisen. Und ja, die überdeutliche Mehrzahl der Pflegekräfte ist weiblich. Sie verdienen nicht besonders gut. Das ist schlecht. Durch die Freihaltung zahlreicher Betten für etwaige Corona-Patienten, die dann nicht eintrafen, hatten sie gerade in Deutschland derzeit eher wenig zu tun. Man darf sich dazu gern im Bekanntenkreis erkundigen, in Ost wie West.

Was heißt also »systemrelevant«? Ist, wer das berühmte Konglomerat »Gas-Wasser-Schleiß« reguliert, nicht systemrelevant? Wer die Kraftwerke am Laufen hält? Wer die Serverleistungen reguliert? Wer auch »in diesen Zeiten« Autos richtet, das Handy repariert, den Wasserschaden am Haus begrenzt und den Müll abholt? Leute, Ihr habt Euch verrechnet. Das sind fast alles Tätigkeitsfelder dieser dumm gescholtenen Spezies namens Mann. Alle Brücken, die Ihr nutzt, alle Fernseh- und Netzwerktechniken, die Ihr konsumiert, alle Brummifahrer, die Euch Tomaten, Hygieneartikel und Joghurt liefern: *grosso modo* komplett Männerwerk. Laßt es 95 Prozent sein.

Nun wird auch, ad zweitens, vielfach beklagt, daß Frauen angesichts der Krise in »alte Rollenmuster« zurückfielen. Es seien die Frauen, denen nun das traurige Los der Kinderbetreuung und -unterrichtung zufiele. Daneben sei leider zu beobachten, daß »es kaum weibliche Expertinnen gibt, die über Virus, Ansteckung und das Hochfahren der Wirtschaft sprechen«. Ein fieser Trick des Patriarchats? Eine aktuelle Studie der University of California stellte gar fest, daß »die Bedrohung durch das Sars-CoV-2-Virus sowie die damit verbundenen Maßnahmen in den Befragten die Zustimmung zu traditionellen Geschlechterrollen und -stereotypen verstärkten, zumindest in geringem Ausmaß.« Schock! Soll das heißen, daß wir gerade auf »Normalmaß« zurückzufallen drohen?

Die Publizistin Laila Mirzo hatte diese »Neue-Feminismus-Debatte« in einer Ende-Mai-Ausgabe der *Jungen Freiheit* aufs Korn genommen. Sie kritisierte zurecht, daß sich nun maßgebliche Grünen-Politiker wie Robert Habeck anläßlich der »Krise« einer Verschwörungstheorie gegen die Frauenemanzipation befleißigten. Habeck, klagend: »Die Frauen bleiben mal schön zu Hause. Das war doch die unausgesprochene Voraussetzung für den Shutdown.« Mirzo unkt, daß im Gegenteil die »Corona-Krise sogar als Sternstunde der Frauen« gelten dürfe. Für sie sind »Verkäuferinnen, Krankenschwestern oder Altenpflegerinnen und alle Mütter« die »modernen Trümmerfrauen, die unser Land am Laufen halten«. Gut gemeint. Nur, Fakt: Frauen in diesen zu großen Teilen anlernbaren Berufen sind recht leicht austauschbar. Bleibt die Mutter. Neudeutsch die *Tradwife*. Sie klagt nicht. Sie ist einfach da. Unverrückbar. Ich liebe Retro-Zeiten. ■

# Autorenporträt Arnold Gehlen

von Till Kinzel

Man hat den 1904 in Leipzig geborenen und 1976 in Hamburg gestorbenen Arnold Gehlen mit unterschiedlichen Etiketten einzusortieren versucht. Er sei ein »Anti-Rousseau«, ein »Denkmeister der Konservativen«, der »Vordenker eines neuen Realismus« – so lauten einige Einschätzungen, an die es anzuknüpfen gilt. Denn Gehlen, der sich selbst als einen »Kommentator des Ruins« betrachtete, gehört zu den immer noch unabgeholten Den kern, zu jenen, deren Denkresultate und Denkhaltungen immer wieder neu gesichtet und aktualisiert werden sollten.

Gehlen kam von der Philosophie her: zunächst von der Lebensphilosophie, dann aus den Gefilden des deutschen Idealismus. Früh geprägt durch die Auseinandersetzung mit Nietzsche und Scheler, Fichte und Schopenhauer, bewegte er sich rasch in die Richtung einer Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft, wie sie in der zeitgenössischen Soziologie etwa bei Hans Freyer konkret wurde. Während aber Freyer vor allem geschichtlich dachte, war Gehlens Ansatz anthropologisch. Es kam dadurch zu einer bemerkenswerten Verschiebung, die zugleich den Abschied von der *Praxis* der klassischen deutschen Philosophie bedeutete, wenn auch unter Bewahrung einiger ihrer Intentionen und Denkmotive.

Gehlen habe sich von der unergiebigsten abstrakten Philosophie abgewandt, um Philosoph zu bleiben – so Ernst Forsthoff und Reinhard Hörstel – und dies geschah bezeichnenderweise durch die Rezeption des amerikanischen Pragmatismus in seinem Hauptwerk *Der Mensch* von 1940, das den Menschen als Handlungswesen begriff: »Da der Pragmatismus die bisher einzige erschienene Philosophie ist, welche grundsätzlich den Menschen als handelndes Wesen sieht, so ist seine Auffassung zunächst einmal jeder anderen vorzuziehen.« Dieser Einstellung entspricht es, wenn Gehlen 1952 an den Kommunisten Wolfgang Harich, der ihm damals allen Ernstes ein Ordinariat an der Berliner Humboldt-Universität anzubieten versuchte, schreibt, er wisse nicht sehr viel Metaphysisches, er habe keine Theorie und sei in dieser Hinsicht völlig unbefangen. Dieses Pathos der unbefangenen Sachlichkeit liegt seinem Versuch zugrunde, eine »empirische Philosophie« zu konstituieren, die allerdings, wie Gehlen nur zu gut wußte, »in Deutschland stets abgelehnt worden« war. Auch wenn diese Zurückführung von Philosophie auf Empirie durch Ausklammerung alles Metaphysischen ein höchst problematisches Konstrukt darstellt, ist damit auch Substantielles verbunden: Das Pathos des Realitätssinnes, das sich gegen den Erfahrungsverlust in der modernen Industriegesellschaft richtet, zwingt dazu, sich keiner Erkenntnis zu verschließen, die es über den Menschen gibt. Genau das aber macht eine Philosophische Anthropologie aus, die sich mit den Konstitutionsbedingungen gesellschaftlicher Ordnung, ausgestaltet und stabilisiert durch Institutionen, befaßt.

»Als Reaktionär gilt derjenige, der unwiderlegbar ist, weil er auf das Stimmrecht der Sachen verweist.«

Arnold Gehlen, Rede bei der Verleihung des Adenauer-Preises, in: Ernst Forsthoff, Reinhard Hörstel: *Standorte im Zeitstrom. Festschrift für Arnold Gehlen zum 70. Geburtstag am 29. Januar 1974*, Frankfurt a. M. 1974, S. VIII.

Alle Anthropologien stellen Definitionsversuche zu einer »Beschreibung des Menschen« (Hans Blumenberg) dar, die sich aufgrund ihrer unterschiedlichen Akzentsetzungen oft zu widersprechen scheinen. Doch ist dies keineswegs gewiß, und Gehlens zunächst einmal schematische Antwort wird in jedem Falle zu bedenken sein. Er bestimmt den Menschen deswegen als handelndes Wesen, weil er mit Nietzsche gesprochen das »nicht festgestellte Tier« ist, also gerade nicht *a priori* in allen Eigenschaften bestimmbar. In diesem Punkt trifft sich Gehlen ein Stück weit mit der Anthropologie-Skepsis bei Karl Jaspers, die sich aus der grundsätzlichen Nicht-Feststellbarkeit des Menschen speiste. Aber aus diesem Umstand folgte nun für Gehlen gerade die Bestimmung des Menschen als Wesen der Zucht – nicht im Sinne einer biologischen Züchtung, sondern als Wesen, das sich selbst »noch Aufgabe ist« und zu sich selbst Stellung bezieht. Die Erziehung des Menschen muß daher ergänzt werden durch die »Selbstzucht«, verstanden als »In-Form-Kommen und In-Form-Bleiben«. Weil aber dieses In-Form-kommen und In-Form-Bleiben mißlingen kann, ist der Mensch – das ist die Kehrseite der Medaille – auch das »gefährdete oder »riskierte« Wesen«. Von dieser elementaren Einsicht zehrt noch die Kulturkritik von Ethologen wie Konrad Lorenz oder Irenäus Eibl-Eibesfeldt, denen man heute ebenso ungnädig Gehör schenkt wie Gehlen.

»Wer nicht innerhalb seiner Umstände, sondern unter allen Umständen Persönlichkeit sein will, kann nur scheitern.«

Arnold Gehlen: *Anthropologische Forschung*, Reinbek 1961, S. 72.

Alles, was man vom Menschen weiß, macht gegenüber marxistischen Utopien skeptisch, auch wenn man mit Gehlen »oft dem Phantastischen und Utopischen eine moralische Würde nicht absprechen kann«. Die anthropologische Einsicht Gehlens läßt ihn zurückschrecken sowohl davor, vom einzelnen Menschen zu groß, als auch zu klein zu denken. Gerade das »Ernstnehmen menschlicher hoher Möglichkeiten« könne nämlich höchst destruktiv wirken: »Wer das Gefühl der Freiheit und der großen Bestimmung des Menschen enthusiastisch realisieren, wer diese ungeheure Entlastung dahinströmend darlegen will, wer in diesem Gedanken sein Herz höher schlagen fühlt, der ist nach einem rätselhaften Verhängnis der Schrittmacher der Guillotine.« Gehlens Urteil ist hier von beklemmender Schärfe, denn er sieht in jener Form des Idealismus das Bild der Blauen Blume der Romantik, die in dieser Spielart geradezu in die »Teufelsbotanik« gehöre, da ihr Standort »in der Nähe von Richtstätten und Gaskammern« liege.

Die Vorstellung einer unkontrollierten »Produktivität« von Menschen, die sich als nicht entfremdet verstehen, beunruhigte ihn zutiefst. Denn wenn auch Institutionen wie Ehe, Eigentum, Kirche und Staat die Menschen von ihrer »eigenen unmittelbaren Subjektivität«, wie immer diese sich darstellen würde, entfremdeten, schützten diese Institutionen die Menschen auch vor sich selbst. Und Gehlen fügt in charakteristischer Weise hinzu: »für einen hohen und vergleichslosen seelischen Einsatz doch Platz lassend, ohne ihn zu fordern.«

Gehlens Philosophische Anthropologie stellte in ihrer Anwendung als Lageanalyse den prononciertesten Versuch dar, im 20. Jahrhundert »Standorte im Zeitstrom« – so der Titel der Gehlen-Festschrift von 1974 – zu markieren. Insofern ist sein Denkansatz immer mehr als nur ein wissenschaftlich neutraler, denn Soziologie in Gehlens Sinne ist nicht nur anthropologisch geerdet, sondern fühlt sich herausgefordert, Zeitdiagnose zu bieten. Auf solche Standorte – geistig und institutionell – kommt es heute vielleicht mehr denn je oder doch mindestens so sehr an wie eh und je. Ein Staat, der wie in Deutschland seine Legitimitätsressourcen so leichtfertig und mit atemberaubender Geschwindigkeit verspielt wie spätestens und weithin erkennbar seit 2015, untergräbt sich selbst viel effizienter, als irgendwelche angeblichen »Verfassungsfeinde« es könnten, die er zur Stabilisierung seiner hypermoralisch umgedeuteten Staatsräson öffentlichkeitswirksam an den Pranger stellt. Auch in diesem Bereich hat sich die von Gehlen schon vor 50 Jahren konstatierte »Transformation ins Moralisieren als Erkenntnisersatz« vollzogen.

Gehlens Vermächtnis des kalten Blicks bedeutet auch, sich nicht in den Sog der Moralisierungen hineinziehen zu lassen. Dieser Blick entfaltet nicht zuletzt dann seine Kraft, wenn man mit und im Anschluß an Gehlen erkennt, wie sich die Verquickung anthropologischer Grundlagen mit modernen Medienapparaturen vollzieht. Die anthropologisch gegebene Weltoffenheit setzt sich unter diesen Bedingungen um in eine spezifische Form der Weltfremdheit, denn obwohl oder vielmehr weil mit Unter-

## Gehlens „Moral und Hypermoral“ - eine Wegmarke

Ein Buch wie dieses (vgl. S. 5) wird nur alle Jahrzehnte einmal geschrieben. Daß ein Gelehrter von internationalem Rang wie der Philosoph und Anthropologe Arnold Gehlen, emeritierter Ordinarius der Soziologie obendrein noch, aus seiner wissenschaftlichen Erkenntnis die politische Konsequenz zieht und sie unabgeschwächt schwarz auf weiß preisgibt — das ist ein für Deutschland ungewöhnlicher Vorgang. Seit dieses Buch da ist, kann man gewisse wohlfeile Gedanken nicht mehr vorbringen, ohne sich lächerlich zu machen. Wer wagt nun noch zu behaupten, das nichtlinke Denken erschöpfe sich im Gemüt, im Rückzug auf „Instinkt“, „Tradition“, „Irrationalität“? „Die Zeit“ hat bereits verstört festgestellt, daß hier ein schneidend scharfes Denken auftritt, das der Linken ihre „Verwaschenheit, Rhetorik, Vagheit der Ideen und Ziele“ vorwirft. Wer wagt dem nichtlinken Denken angesichts dieses Buches noch vorzuwerfen, es hinke hinter seiner Zeit nach? Gehlen hat die modernste der Wissenschaften, die Verhaltensforschung, auf seiner Seite; er weiß, daß wir vom „physikalischen“ längst ins „biologische Zeitalter“ übergetreten sind. Die Linke aber begnügt sich mit den Formeln des 18. Jahrhunderts. Das ist die Ursache der Verlagerung der Rationalität weg von links. Gehlen weiß, daß hinter dem sozialen Verhalten des Menschen eine Mehrzahl verschiedenartiger ethischer Antriebe steckt, kurz: daß die Welt „nicht aufgeht“ wie das Einmaleins. Dieser Realismus erlaubt Gehlen, sachlich nichtern zu bleiben. Die Linke hingegen sucht die Welt noch im alten Stile aus einem einzigen Punkt zu erklären („Pluralismus“ ist für sie nur ein taktisches Argument), was Gehlen spöttisch „die große Schlüsselattitüde“ nennt. Dies treibt die mit dem Anspruch der Rationalität auftretende Linke mehr und mehr in eine irrationale, wutverzerrte Haltung hinein, weil die Welt sich ja nur gewaltsam auf ein einziges Prinzip reduzieren läßt. Die Behauptung, rational zu sein, ist das einzige, was dort von der Rationalität übrig bleibt. Gehlens kühler Kopf hingegen läßt sich nicht durch die „humanitäre“ Tarnung dieses neuen Totalitarismus verwirren, der seinen Gleichschaltungswillen hinter der Übertragung der an ihrem Ort so richtigen Familienethik auf den Staat (wo sie so fehl am Platze ist) zu verbergen sucht. Kühler Kopf schließt übrigens Gefühle — an ihrem Platze — nicht aus: man wird die Mischung aus beßendem Spott, überrumpelnden Formulierungen, stärkendem Zynismus und verhaltenem Pathos nicht so leicht vergessen, die den besonderen Ton dieses außergewöhnlichen Buches ausmacht. ARMIN MOHLER

Caspar von Schrenck-Notzing gründete 1970 die Zeitschrift *Criticòn*, ein bis in die Neunziger Jahre wirkmächtiges, genaueklärerisches Projekt. Heft 1 wurde eröffnet mit einem programmatischen Beitrag aus Armin Mohlers *Feder über Gehlens bahnbrechendes Werk Moral und Hypermoral*, das kurz zuvor erschienen war.

stützung der Medien ständig zahllose »Informationen« auf die Menschen einprasseln (gleichsam eine Massage durch Tausende Hammerschläge am Tag), wähnt sich über die Welt informiert, wer zugleich einen akuten Erfahrungsverlust erleidet. Dieser Erfahrungsverlust verschärft sich noch dadurch, daß eine »wache Presse- und Rundfunkpolizei« daran arbeitet, »außer Kurs oder wenigstens unter Druck« zu setzen, was nicht in das erwünschte Einheitsdenken der Zusammenhaltsideologie unter dem Vorzeichen einer humanitaristisch überdehnten Moralisierung fällt. Kein Wunder, daß auch hier wie damals gilt, was Gehlen klar erkannte: »Da scharfe Profilierungen, vor allem geistige, eo ipso Distanz schaffen, und da man das nicht will, so wird das Aussprechbare randunscharf und man muß sich in vagen Ideen aufhalten (...).«

Die Paradoxie unserer Zeit besteht darin, daß die Moralphypertrophie, die sich nach Gehlen eigentlich »gegenüber den noch funktionierenden Autoritäten kritisch verhält«, inzwischen von den Autoritäten des linksideologisch-humanitaristisch unterwanderten Staates selbst übernommen wurde: Die Hypermoral der »Weltoffenheit« und eines Humanitarismus ohne Obergrenze ist das zivilreligiöse Dogma, mittels dessen die Artikulation legitimer eigener Interessen des Staatsvolkes denkunmöglich gemacht und damit unterbunden werden soll. Die damit verbundene hypermoralisch bewehrte Diskursverschattung ist elementar für den Erhalt bzw. die Schaffung einer Ideologie des »Zusammenhalts«, die sich noch zur Zerstörung einer nationalen Identität auf deren Ressourcen stützt. Denn entgegen einem früher zwar nicht selbstverständlichen, aber doch weithin akzeptierten Prinzip der politischen Bildung, das in der Gesellschaft Kontroverse müsse auch kontrovers diskutiert werden, ist heute jegliche Kontroverse an sich unerwünscht und wird im Zweifelsfall als Diskussionsorgie stigmatisiert, unter willfähriger Beteiligung solcher Institutionen, die Gehlen und Schelsky noch für die Träger einer institutionalisierten Herrschaftskritik in Form einer »Gegen-Aristokratie« hielten. Der von den Massenmedien sich selbst erteilte »Auftrag zur Kritik« richtet sich heute nicht mehr gegen die Autoritäten selbst, sondern gegen jene, die von diesen Autoritäten eine echte Staatsgesinnung einfordern.

Gehlens Diktum: »Wer von uns verlangt, uns vom eigenen Zustand zu trennen, will uns den seinigen aufhalsen«, bleibt als grundlegende Mahnung gültig und bekommt unter Bedingungen einer gewollten Masseneinwanderung mit ihren unumkehrbaren Effekten besondere Brisanz.

»Wir leben aus objektiven Gründen in einem Zustand der Sprachverarmung, der differenziertere Gedankengänge seltener macht und sie an den Tand des Tagesbewußtseins schiebt. Damit steigt die Neigung zu moralisierenden Argumenten, um den Verständigungsprozess abzukürzen.«

Arnold Gehlen: *Moral und Hypermoral*.

Denn politische Bildung fungiert heute mit wenigen Ausnahmen als Einübung in die Distanzierung vom Eigenen. Kultur besteht aber darin, der Wirklichkeit Dauer abzurufen. Sie kann deshalb nicht in einer Dauerdistanzierung vom Eigenen bestehen und auch nicht in einem *Zerarbeiten* und *Verdampfen* aller außerrationalen Bindungen. Aufklärung in diesem Sinne einer »Emanzipation des Geistes von den Institutionen« hat damit einen eminent gefährlichen Effekt.

Im Sinne Gehlens ist diese Akzentsetzung gleichbedeutend mit der Zerstörung der Produktivität des Entlastungseffekts, den Institutionen wie Ehe, Familie, Arbeit, Recht, Wissenschaft und Staat bewirken. Denn dieser Entlastungseffekt hängt wesentlich mit einem »automatischen Schonverständnis« zusammen. Dieses Schonverständnis ist aber das Resultat davon, »daß junge Menschen in vernünftige Einrichtungen hineinwachsen, die von langen Erfolgen legitimiert sind«. Geschieht dies nicht, so Gehlen, würden »unersetzbare Erbschaften verschlissen: die Disziplin, die Geduld, die Selbstverständlichkeit und die Hemmungen, die man nie logisch begründen, nur zerstören und dann nur gewaltsam wieder aufrichten kann.« Vor diesem Hintergrund – man beachte Gehlens Apostrophierung *vernünftiger* Einrichtungen! – wird deutlich, wie grob fahrlässig die Vorstellung ist, man könne und solle die Grundlagen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens täglich neu und natürlich im multikulturellen Sinne aushandeln. Denn ein solches Aushandeln ist bereits identisch mit dem Verschleiß der Legitimitätsressourcen. Die aber darf ein Staat nicht verspielen, der seine zentralen Funktionen glaubwürdig ausfüllen soll, etwa in Fragen der Sicherheit, die deshalb so wichtig ist, weil sie ein vopolitisches Bedürfnis darstellt. Gehlen räumte diesem Gesichtspunkt der Sicherheit daher aus anthropologischen Gründen eine wichtige Rolle ein, was er von Aristoteles gelernt haben will, aber sicher auch ein Resultat der intensiven Auseinandersetzung mit Hobbes war.

Es gehört zu den nachhaltig bedeutsamen Resultaten der Philosophischen Anthropologie Gehlens, daß er Institutionen für die »tragenden Gebilde der menschlichen Kultur« hält, die eben deshalb auch Subjektivismen (nicht: Subjektivität) eindämmen helfen. Denn es gehört zu dem in Institutionen verkörperten Ethos, daß die Zufälligkeit des Affekts abgetrennt wird, der sich die Menschen sonst unentfremdet hingeben würden, wenn sie sich nicht mehr selbst in die Zucht nehmen. Institutionen sind für Gehlen Bändigungen der stets gegebenen Verfallsbereitschaft des Menschen – und Politik hätte dies in Rechnung zu stellen.

In einem Sammelband der Walter-Raymond-Stiftung zum 65. Geburtstag Gehlens mit dem Titel *Führung in einer freiheitlichen Gesellschaft* bestimmte Herbert Wehner Politik als »das ›In-Ordnung-bringen‹ und ›In-Ordnung-halten‹ der Angelegenheiten, auf deren Ordnung alle angewiesen sind.« Und er fügte hinzu: »Das dafür Notwendige möglich zu machen suchen und um die Prioritäten zu ringen und auch zu kämpfen, das gehört zur Politik.«

Wenn heute an Arnold Gehlen erinnert wird, geschieht dies nicht zuletzt deshalb, weil die *Angelegenheiten, auf deren Ordnung alle angewiesen sind*, nicht mehr in adäquater Form in Ordnung gehalten werden. Man kann und muß dies nüchtern ohne »die heute so penetranten Appelle, Schwungradvorstellungen, Pädagogismen und Utopien« – so Gehlen schon 1963 – konstatieren. Für die Konservativen ist diese Lage aber ein Dilemma, weil der von ihnen an sich bejahte Staat sie selbst in eine Entfremdung treibt, die sie nicht wollen. Dennoch wird sich nur durch Stärkung der »Gegenhalte« im Staat selbst bei gleichzeitiger Austrocknung einer staatlich geförderten »Zivilgesellschaft« verhindern lassen, daß sich »die volle Aggressivität der guten Sache« auf Dauer stellt.

Gehlens Kritiker haben zwar seinem letzten Buch *Moral und Hypermoral* vorgeworfen, es sei ein »Machwerk aus dem Geist finsterner Ressentiments« (Harich). Aber damit verkennt man eklatant das außerordentliche Potential der »Spuren und Fährten« gerade in diesem Werk Gehlens, die es erlauben, »daß man sich in höchst unsicherem Gelände besser zurecht findet« (Karl Korn). Gehlen-Lektüre ist daher höchst »hilfreich«. Wir brauchen Gehlen-Leser, um die massenmedienhafte Bewußtseinsstruktur aufzubrechen, die das Fortbestehen des gegenwärtigen »Reiches der Verrücktheit« garantiert. ■

»Der Mensch weiß nicht, was er ist, daher kann er sich nicht direkt verwirklichen, er muß sich mit sich durch die Institutionen vermitteln lassen.«

Arnold Gehlen: *Moral und Hypermoral*.

»Sich den Befürfnissen entziehen, die von der Verarbeitungs-Industrie erzeugt werden; sich von den großen Machtgruppen distanzieren und sein Bewußtsein aus dem abgelagerten Bodensatz der ›öffentlichen Meinung‹ zurückrufen, das wäre eine Entfremdung, die den einzelnen wohl fähig machen könnte, etwas vom Reichtum der Geschichte, von den Kategorien der großen Politik und von der Würde des Staates völlig ungestört in sich aufzunehmen.«

Arnold Gehlen: *Moral und Hypermoral*.

Auswahlbibliographie  
Arnold Gehlen:

*Der Mensch, seine Natur und seine Stellung in der Welt*, Berlin 1940;

Arnold Gehlen, Helmut Schelsky (Hrsg.): *Soziologie*, Düsseldorf 1955;

*Urmensch und Spätkultur. Philosophische Ergebnisse und Aussagen*, Bonn 1956;

*Theorie der Willensfreiheit und frühe philosophische Schriften*, Neuwied 1965;

*Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik*, Frankfurt a.M. 1969.



# In Zeiten der Ermüdung

von Adolph Przybyszewski

»Durch das Haus des Sesshaften, heißt es bei Vilém Flusser, brausen Orkane von Daten und Nachrichten, durchlöchern es und machen es unbewohnbar. Ungehindert dringen sie in die menschlichen Behausungen ein, verwischen die Grenzen, die Privates von Öffentlichem trennen und Heimat von Fremdem. Die Nationen, Vaterländer, Werte und Heimaten verlieren sich in einem kybernetischen Raum, einer immateriellen Sphäre. In ihr sind alle gleichgültig, ob sie sich an der Erde ihrer Väter festkrallen oder sich leichten Herzens vom virtuellen Wind forttragen lassen. Alle sind zum Nomadendasein verurteilt, Flusser würde sagen: ›befreit.«

Diese bemerkenswerte Aufzeichnung findet sich in den Arbeitsnotizen des sächsischen Filmemachers Lutz Dammbeck zu seinem Film *Das Netz* aus dem Jahr 2004, den er 2015 durch einen weiteren Film namens *Overgames* gleichsam ergänzte. »Die Millionen gegenwärtiger und zukünftiger Migranten wären dann«, so fährt er fort, »der Vorposten einer Zukunft, in der alle nach dem Zusammenbruch der Sesshaftigkeit wieder Nomaden würden.«

Die Technik der digitalisierten Kommunikation beschleunigt indes nur einen Globalisierungsprozeß, der seit längerem statthat und mit dem Aufkommen des Internets auch durch neue Schlagworte wie ›global village‹ gekennzeichnet wird – meist mit positiver Wertung. Der elektronische Verbund ›neuer Medien‹ entspricht einem »sich weltweit ausdehnenden Handelsnetz« und arbeitet ihm zu. »Dieses Netz ist die Voraussetzung für einen einheitlichen, formalisierten und globalisierten Einheitsmarkt. Für dessen unaufhörliche Ausdehnung stellen allerdings die Existenz von Staaten, Nationen und Grenzen Hindernisse dar. Folgerichtig müssen diese nicht nur beseitigt, sondern auch die zu transportierenden Informationen, Waren und letztlich auch entwurzelte Menschen so geformt werden, dass sie problemlos durch dieses Netz fließen können.« Die Technologie liefert Normen- und Steuerungsmodelle für diesen ›flow‹, auch im Hinblick auf den Menschen selbst: Was solchen ›flow‹ behindert, wird folglich »als Irregularität und Systemstörung behandelt. ›Formatieren‹ und ›Ruhigstellen‹ seien daher mit Blick auf den störenden Menschen die Aufgaben, »für die von der Psychologie, der Psychiatrie, der Verhaltensforschung und zunehmend von der Entertainment- und Medienindustrie effektive und praktikable Lösungen erwartet werden.«

Das Notat Dammbecks umreißt etwas, das wir schon in Prognosen aus der Mitte des 19. Jahrhunderts angelegt finden, etwa bei Friedrich Engels und Karl Marx – doch tritt jetzt eine zeitgeschichtlich und technologisch brisante Dimension hinzu. Der Film, den diese Notizen begleiten, befaßt sich nämlich nicht nur mit der Vorgeschichte und Entwicklung des Internets, sondern richtet den Blick zudem auf eine spezifische Vernetzung der wissenschaftlich-technologischen und ›kreativen‹ Segmente in der US-amerikanischen Gesellschaft mit Ökonomie und Militär zu einem

»In der näherkommenden Krise wächst der Haß der Ungesicherten auf die Gesicherten. Er entwickelt sich zu einer psychopathologischen Großmacht. Er ist eng verwandt mit dem Zorn der Leute, die bleiben müssen, wo sie sind, gegen die, die freibeweglich herumkommen.«

Peter Sloterdijk: *Neue Zeilen und Tage. Notizen 2011–2013*, Berlin 2018.

schwer durchschaubaren psychotechnischen und -politischen Komplex. Ein erstes historisches Probestück und zugleich eine Blaupause für weitergehende Anwendungen lieferte dieser Komplex – so könnte man als eine wesentliche Aussage aus Dammecks Filmen destillieren – im Projekt der Re-education der Deutschen, um sie von ihrem ›Sonderweg‹ ein für allemal abzubringen und störungsfrei in den globalen ›flow‹ einzubinden.

Lutz Dammecks Film *Das Netz* durchzieht vor diesem Hintergrund ein roter Faden, der grundsätzlich und in mehrerlei Hinsicht zu denken gibt – es ist die obskure Geschichte eines Mannes, der aufgrund eigener Erfahrungen mit jenem psychotechnischen und -politischen Komplex in den Vereinigten Staaten zweifelsohne ›metapolitische‹ Überlegungen angestellt hat, um daraus radikale Konsequenzen abzuleiten: die Geschichte Ted Kaczynskis, des sogenannten Unabombers. Er soll Vertreter der nordamerikanischen Universitäten und Luftfahrt mit Briefbomben attackiert haben (UNiversities and Airlines), wichtige Exponenten also des technologisch-ökonomischen Fortschritts hin zur globalen Vernetzung, Formatierung und Programmierung des Menschen, den manche begrüßen, er indes vehement als Freiheitsverlust ablehnt. Kaczynski, ein weit überdurchschnittlicher Mathematiker, der als Stipendiat in Harvard studiert, in Michigan promoviert und dann in Berkeley an der Universität gelehrt hatte, zog sich Ende der 1960er Jahre aus dem Betrieb zurück, um etwas später dann in einer selbstgebauten Hütte in den Bergwäldern von Montana zu leben und in lokalen Bibliotheken die Schriften der Klassiker in den Originalsprachen zu lesen, so geht zumindest die Mär. Dort soll er im Laufe der Jahrzehnte auch seine tod- und verderbenbringenden Postsendungen vorbereitet haben, für die er nach einer langen Fahndung,

»Die Konservativen sind Narren: Sie jammern über den Verfall traditioneller Werte, und doch unterstützen sie mit Begeisterung jeden technischen Fortschritt und ökonomisches Wachstum.«

Theodore Kaczynski: *Die industrielle Gesellschaft und ihre Zukunft*, in: Lutz Dammeck: *Das Netz – Die Konstruktion des Unabombers*, Hamburg 2005.



vom eigenen Bruder dem FBI preisgegeben, für den Rest seines Lebens ins Gefängnis mußte. Schlüssel des Fahndungserfolgs war ein technikfeindliches Manifest, für dessen Publikation er unter dem Namen eines ominösen ›Freedom Club‹ anbot, den terroristischen Aktivismus einzustellen, auch wenn Dammecks Film am Ende statuiert: »Ted Kaczynski bestreitet bis heute, der Unabomber gewesen zu sein.« Ob er nun der Briefbombenattentäter war oder nur ein Trittbrettfahrer – Kaczynskis anarchisches Manifest liegt jedenfalls in einer von ihm ›autorisierten‹ Fassung auch auf Deutsch vor, und über die Qualitäten dieses merkwürdigen Textes läßt sich streiten.

Das Manifest propagiert die »Natur« als »ein perfektes Gegen-Ideal zur Technologie«, während das expandierende technisch-ökonomische System der Gegenwart den Menschen in seinen Augen in sklavische Abhängigkeit und zugleich seelische Zerstörung führt. Dies ist freilich kaum originell; Kaczynski hätte solches nicht nur in *La technique ou l'enjeu du siècle* von Jacques Ellul lesen können, sondern auch in Theodor Freyers *Theorie des gegenwärtigen Zeitalters* mit ihrem Verständnis von der Industrietechnik als einem ›sekundären System‹, oder anderswo – gerade die deutsche Zivilisationskritik ist ja, vor allem seit Ludwig Klages' Manifest *Mensch und Erde* von 1913, über Walther Rathenau, Friedrich Ge-

org Jünger, Martin Heidegger bis hin zu Herbert Marcuses *Eindimensionalem Menschen* reich an fundierten Einwänden gegen die dominierenden technologischen Glücks- und Erlösungsversprechen. Seinerzeit selten war jedoch Kaczynskis Kritik an einer nur vermeintlich nonkonformistisch oder gar revolutionär »linksgerichteten Ideologie«, die er als freiheitsfeindliche »totalitäre Kraft« kennzeichnet – viele ihrer Vertreter seien höchst defizitäre, »überangepaßte« Konformisten, die de facto als bornierte Agenten des universal ausgreifenden ökonomisch-technischen Zwangs- und Verführungssystems wirkten.

Er selbst plädiert nun dafür, zunächst alles aktiv zu befördern, was eine Globalisierung und Gleichschaltung der ökonomisch-technischen Entwicklungen vorantreibt, um ein dann um so anfälligeres, da weltweit vernetztes »System« um so leichter aus einer umfassenden Krise heraus einer grundstürzenden Revolution entgegenreiben zu können. Eine solche Revolution wird in seinen Augen aber keine politische sein – den Gang in die traditionelle »praktische« Politik schließt er dezidiert aus, seine eigenen, letztlich doch anarchistischen Ansätze können allerdings nicht recht überzeugen. Der von ihm ersehnte Zusammenbruch des globalen technisch-ökonomischen Systems soll am Ende doch auch eine – brachiale – Neuformatierung der menschlichen Gesellschaften bewirken: Kaczynskis Ideal läuft darauf hinaus, in der Katastrophe kleinere soziale Gruppierungen ebenso wie den Einzelmenschen freizusetzen, um künftig eine naturnahe und sinnerfüllte »primäre« Existenz ohne »sekundäre« technische Systemzwänge zu ermöglichen. Dies ist das Modell vieler Apokalyptiker – nach dem Untergang erhebt sich Conan, der Barbar, aus den Trümmern, und es geht alles wieder von vorne los.



Schlußszene Fight Club.

Was wäre aber an Dammbecks Film und Kaczynskis Fall für uns heute, im Sinne einer Erkenntnis der eigenen Lage oder gar: »metapolitisch«, interessant? Zunächst scheint Kaczynskis Fall doch pathologische Züge aufzuweisen, ebenso wie er im Kern nur eine romantische Technikkritik reproduziert und damit den Menschen als geborenes Technik-Wesen verkennt, das seit den Tagen des Faustkeils auf technologische Expansion und eine entsprechend abstrahierende Systematik angelegt ist. Der radikale Zugriff des angeblichen Unabombers mit seiner Behauptung, einem »Freedom Club« anzugehören, hat jedoch Potential bis hin zum Kult: Chuck Palahniuks bekannter Roman und David Finchers danach gedrehter Film *Fight Club* wandeln nicht nur und kaum zufällig den Namen von Kaczynskis angeblichem Geheimbund kenntlich ab, sondern transportieren auch wesentliche seiner zivilisationskritischen Thesen – die offensichtlich einen bestimmten Typus Mensch ansprechen.

Hier liegt mithin exemplarisch ein zivilisationskritisches Denken vor, das zwar theoretisch keiner politikwissenschaftlichen oder soziologischen Expertise genügen mag, aber im Hinblick auf unser Leben in der Polis zu Folgerungen kommt, die in manchem einleuchten. Es ist vor allem der Kampf für ein selbstbestimmtes, erfülltes Leben, ob als Einzelwesen oder Gruppierung, gegen eine übermächtige Struktur, der an Kac-

zyskis Fall und seinen popkulturellen Adaptionen positiv wie negativ zu faszinieren vermag. Je nach Format kann ein solcher Kampf großartig, schrecklich oder lächerlich wirken, als verzweifelt-tapferer Widerstandsakt, Querulantum oder paranoide Projektion erscheinen. Betrachten wir die Prämissen und Folgen von Kaczynskis Handeln, ob er nun der Briefbomber war oder nicht, lassen sich folgende Thesen aufstellen:

1. Politik – sei es für oder gegen eine bestimmte Lebensweise, für oder gegen Völker, Religionen, Wahl- oder Wirtschaftssysteme, sei es für Nationalstaaten, Staatenbünde oder Bundesstaaten – findet immer statt im Rahmen und unter den Bedingungen eines rasant expandierenden technisch dominierten ›Systems‹.
2. Dieses technologische ›System‹ spielt, solange es funktioniert, immer mit bürokratischen und einer ähnlichen Logik folgenden anderen Teilsystemen zusammen, die nur eine bestimmte Bandbreite von politischen Optionen erlauben und wirksam werden lassen.
3. Ein solches ›System‹ hat, solange es funktioniert, eine expansive, universalistische Tendenz, die zu einer Homogenisierung der Teilsysteme führt – Friedrich Georg Jünger nannte dies ›Perfektion der Technik‹.
4. Solange dieses System funktioniert, ist jede offene, erklärte Sezession, die eine wahrnehmbare Störgröße bildet, für den Sezessionisten riskant und auf längere Sicht zum Scheitern verurteilt.
5. Greift ein Sezessionist in solch aussichtsloser Stellung gar zu politischer Gewalt oder rechtfertigt diese öffentlich aus ideologischen Gründen, wird er zum Kriminalfall und zieht seine ganze Gruppierung oder Richtung mit sich in die Malaise.
6. Hat der Sezessionist einiges Format, endet er nicht selten als Schauspieler einer ›Sache‹ oder seiner selbst wie Limonov in Rußland, als romantische Geste und Ritter von der traurigen Gestalt wie Yukio Mishima in Japan, bestenfalls also noch als Gegenstand von Kunst, Wissenschaft oder Popkultur. Damit stabilisiert er, als virtuelles Ventil, zudem unwillkürlich jenes ›System‹, gegen das er ankämpft.
7. Spinnen wir den Gedanken weiter und brechen ihn auf unsere Polis herunter, ist die *Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie* aus der Feder des vormaligen Sozialdemokraten Robert Michels von 1911 hinzuziehen: Deren ehernes Gesetz der Oligarchie in der bürokratisch verfaßten Massenorganisation bezeichnet eine ähnliche systemische Grundbedingung. Solange das System einigermaßen funktioniert, gibt es kein Entrinnen – jede Partei funktioniert hier, sobald sie sich als *Partei* konstituiert hat, diesem Gesetz gemäß. Eine grundlegende Änderung ist davon nicht zu erwarten.

»Ich zog in den Wald, weil ich den Wunsch hatte, mit Überlegung zu leben, dem eigentlichen, wirklichen Leben näher zu treten, zu sehen, ob ich nicht lernen konnte, was es zu lehren hätte, damit ich nicht, wenn es zum Sterben ginge, einsehen müßte, daß ich nicht gelebt hatte. Ich wollte nicht das Leben, was nicht Leben war; das Leben ist so kostbar. Auch wollte ich keine Entsagung üben, außer es wurde unumgänglich notwendig. Ich wollte tief leben, alles Mark des Lebens aussaugen, so hart und spartanisch leben, daß alles, was nicht Leben war, in die Flucht geschlagen wurde.«

Henry David Thoreau:  
*Walden oder Leben in den Wäldern*, Jena 1905.

Was folgt daraus? Wer meint, etwas laufe grundlegend falsch in der Welt, in der wir gut und gerne leben, kann sich verhalten wie Kaczynski oder Mishima – dies wäre der romantische Aufstand, die Revolte, die immer Teil des von ihr bekämpften Betriebs bleibt und ihn nicht aushebeln kann. Eine Revolte, ja selbst ein Reformprojekt hat nur dann Erfolgsaussichten, wenn bereits eine Basis dafür vorhanden ist – also eine Krise das Bestehende so gründlich delegitimiert hat, daß die Pfründe nicht mehr zu halten sind, alles ins Rutschen gerät, zugleich genügend personelles Potential mit einer ähnlichen Mentalität und Lagebeurteilung zur Verfügung steht. Sich politisch verhalten hieße also, die heroisch-schöne Revolte zu unterlassen, weil sie wertvolle Kräfte verschwendet, und innerhalb des ›Systems‹ mit dessen Mitteln um Einfluß und Gestaltungsmöglichkeit zu ringen, also auch Parteien zu nutzen. Meint man indessen, daß insgesamt etwas *grundlegend* falsch läuft, steht man im Dilemma, durch politische Tätigkeit genau diesen Zustand mit der eigenen Leistung zu verstetigen, selbst dem ehernen Gesetz der Parteienoligarchie zu verfallen und damit Teil dessen zu werden, das früher oder später unweigerlich gegen die Wand fährt. Im Gefoppe und Getreibs der Zeit droht dann gar das Verfehlen des eigenen Lebens.

2013 entwarf der russische Romancier Vladimir Georgievič Sorokin in seinem Roman *Telluria* eine Zukunftswelt, in der Europa mit Rußland nach einem großen Krieg zerfallen ist in Kleinstaaten wie einst das Heilige Römische Reich nach dem Dreißigjährigen Krieg – die Kata-

strophe hat dort also bereits stattgefunden. Sorokins schrille Fiktion ist in ihrem Gehalt jedoch realistischer als Kaczynskis technikfeindliches Manifest, denn in seiner Romanwelt hat sich modernste Technik als Relikt und Ressource in einem Alltag erhalten, der ansonsten vormodern anmutet, ja sie hat magische Züge angenommen. Der Mensch und sein Begehrt indessen bleiben dieselben: Kampf um Macht, Geld, Konsum und Sex allenthalben, ein Maßstab des Rechten und Richtigen ist in dieser konfusen Welt schwer zu erkennen. Sorokins literarische Vision klingt aber mit einer überraschenden Volte aus, indem sich die einzige Figur des letzten Kapitels dem ganzen Treiben der vorigen Kapitel entzieht, und zwar in den Wald hinein: »Dinge gibt's, auf die sich gut verzichten lässt: Weiber, Kino, Blase, Pyramiden, Nägel, Krieg, Moneten, Obrigkeit. [...] Einzig vor der Sonne sich verneigen. Gekraut wird nur, was ein Fell hat. Geredet nur mit den Vögeln im Walde. Was braucht der Mensch mehr?«

Dieser einfache Roman-Russe geht einen ähnlichen Weg wie Kaczynski in der Realität vor ihm, nur verzichtet er mit seinem Waldgang auf jedwede Aktion: Er begibt sich schlicht jeder menschlichen Gesellschaft und wird zum Einsiedler. Dem skizzierten Dilemma, mit einer Revolte scheitern oder durch beharrliche Arbeit in einem menschenfeindlichen System dieses unwillkürlich stützen zu müssen, entgeht Sorokins Schlußgestalt durch radikale Verweigerung aller Teilhabe. Wenngleich diese Option einen mönchischen Zauber hat, steht sie doch für einen Abbruch – hier wäre man an einem Ende angelangt, man schlosse mit sich und seinem Geschlecht endgültig ab. Ein solches friedlich scheinendes Leben als »Gegen-Ideal zur Technologie« hätte etwas Vegetatives, und würde es auch noch so philosophisch geführt; es verkäme in einer Welt ohne Götter unweigerlich zu einem Überleben und schließlich Verdämmern.

Was bleibt also, wenn eine Revolte ebenso wie ein ›Ausstieg‹ aufgrund der Systemparameter illusionär oder vergeblich ist? Blicken wir auf die konkrete Lage, wie sie sich uns hier und jetzt darbietet, so sehen wir freilich eine Krise der Globalisierung, deren Reaktionsgeschwindigkeit durch jenes ominöse Virus als Katalysator nur beschleunigt wurde. Ihre Entwicklung und mittel- wie langfristigen Wirkungen sind keinesfalls mathematisch sicher prognostizierbar; sie nährt offensichtlich nicht nur Niedergangsfurcht, sondern auch Hoffnung, gleichviel ob man nun ein Aficionado der Globalisierung oder ein Partikularist, ein Anhänger der EU-Bürokratie oder des Nationalstaats ist – die Hoffnung stirbt auf allen Seiten immer zuletzt. Will man aber ernsthaft ›metapolitisch‹ über sich, die eigene Lage und Möglichkeiten des Handelns nachdenken, läßt man besser alle Hoffnung fahren, sonst betrügt man sich und die Seinen selbst. Ernst von Salomon erinnerte sich nach dem Zweiten Weltkrieg in seinem *Fragebogen* an eine Begegnung mit Ernst Jünger in den späten 1930er Jahren: »Ich fragte ihn, was er treibe, er sagte: ›Ich habe mir einen erhöhten Standort ausgesucht, von dem ich beobachte, wie sich die Wanzen gegenseitig auffressen.‹ Ich sagte etwas gereizt, nun, er habe sich immer gern auf einen anderen Stern zurückgezogen, worauf er sofort erwiderte: ›Ja, auf einen relativ anständigen, auf den Mars oder die Venus, nicht auf den Saturn, der hat Nebelstreifen, und außerdem sitzt da schon Spengler.‹« Was bei Jünger etwas kaltschnäuzig klingt, ist als geistige Haltung auch der heutigen Lage angemessen und legitim.

Es gibt kein Entrinnen aus dem stählernen oder digitalen Gehäuse, das vor Kaczynskis unbeholfenen Versuchen schon so viele Denker gerade in Deutschland gründlich analysiert haben, und es gibt in diesem Gehäuse kein Zurück zu einem Land oder Staat, wie er einmal gewesen sein soll. Wir leben nach dem Dreißigjährigen Krieg, in Zeiten der Ermüdung. Das Deutschland, das wir kannten, ist nicht mehr zu retten, es ist untergegangen – wir dürfen ihm nicht folgen, denn es heißt, so Otto Friedrich Bollnow, »daß der Mensch nicht nur nach Zeiten der Ermüdung einen neuen Anlauf nehmen muß, sondern daß er auch nach fehlgelaufenen Entwicklungen und Zeiten, in denen ihm sein Leben entglitten ist, zurückkehren und neu beginnen muß, daß der Mensch also in seinem Leben immer wieder von vorn beginnen muß, und zwar nicht infolge eines vermeidbaren Fehlers, sondern weil es so zum Wesen des menschlichen Lebens gehört.«

In Zeiten der Ermüdung müssen wir einkehren und über einen neuen Anlauf nachdenken, aus den Häusern der Selbsthaften heraus. ■

»Tausende auf den Straßen und Bahngleisen, nach außen hin Landstreicher, inwendig eine Bibliothek. Es war zuerst nicht geplant. Jeder hatte ein Buch, das er nicht vergessen wollte, und so lernte er es eben auswendig.«

Ray Bradbury: *Fahrenheit 451*, Zürich 1955.

#### Literaturhinweise

Otto Friedrich Bollnow: »Zur Kritik an der Kulturkritik«, in: *Zeitschrift für Pädagogik* 11 (1965);

Lutz Dammbeck: *Das Netz. Die Konstruktion des Unabombers. Im Anhang: Die industrielle Gesellschaft und ihre Zukunft (Unabomber-Manifest)* von FC, Hamburg 2005;

Chuck Palahniuk: *Fight Club*, New York 1996;

Vladimir Sorokin: *Telluria*, Köln 2015.

# Stiftungswesen

von Erik Lehnert

Wer in der Demokratie seine Macht sichern will, kann sich nicht nur auf die Wähler verlassen, sondern muß dafür sorgen, daß deren Stimmabgabe in einem staatlich definierten Korridor stattfindet. Diese Lektion haben die deutschen Parteien in der Weimarer Republik gelernt und dementsprechend vorgebaut. So könnte man das Mißtrauen zusammenfassen, mit dem die Regierenden in Deutschland ihren Bürgern begegnen. Das wichtigste Mittel dieser Machtsicherung sind die Parteien selbst, die nicht nur an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken, sondern von der Sparkasse über den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk bis zum Bundesverfassungsgericht jede Institution dominieren.

Dieser Zustand ist als bundesrepublikanische Normalität eingeübt, jede Kritik daran wird mit dem Vorwurf der Demokratiefeindlichkeit oder gar des Extremismus beantwortet. Bestimmend ist das Gefühl, daß das alles schon immer so gewesen sei, einhergehend mit der Überzeugung, daß das Grundgesetz eben diese Ordnung vorgegeben habe. Der Politologe Wilhelm Hennis hat hingegen darauf hingewiesen, daß die Machtstellung der Parteien im Grundgesetz nicht vorgesehen gewesen sei. Allerdings habe man sich 1949 mit einem Kompromiß beholfen, um dem Gesetzgeber noch genügend Möglichkeiten zur Ausgestaltung zu lassen. Dieser Spielraum wurde von den Parteien sukzessive genutzt und brachte ihnen letztlich das Monopol auf die politische Willensbildung ein.

Die Absicherung des Parteienstaates erfolgt über das Bundesverfassungsgericht, was häufig genug zu problematischen Konstellationen führt, wenn ehemalige Politiker zu Richtern berufen werden, die dann über die Rechtmäßigkeit ihrer eigenen Gesetze urteilen müssen. Da die Richter je zur Hälfte vom Bundestag und vom Bundesrat gewählt werden, stehen, so der Parteienstaatskritiker Hans-Herbert von Arnim, »außerparlamentarische Kläger sowie Linke und AfD deshalb einem Gericht gegenüber, dessen sämtliche Mitglieder von der ›Gegenseite‹ berufen sind«. Auch wenn, so Arnim weiter, daraus nicht generell auf Befangenheit geschlossen werden könne, gebe es gerade bei der Frage der Parteienfinanzierung genügend Beispiele dafür. So wurde die direkte Parteienfinanzierung 1958 durch ein Urteil ermöglicht, bei dem mit Gerhard Leibholz ein Vertreter der »Parteienstaatslehre« gleichzeitig als Richter und Berichterstatter beteiligt war. In jüngerer Zeit wurde eine Verfassungsbeschwerde zur verdeckten Staatsfinanzierung der Parteien als unzulässig abgewiesen und gar nicht erst zur Entscheidung angenommen. Ein Kritikpunkt war dabei die Finanzierung der parteinahen Stiftungen.

Bei den parteinahen Stiftungen handelt es sich um eine Institution, die weltweit einmalig sein dürfte, nicht zuletzt was die Verschleierung der eigenen Existenz betrifft. Bei einer Stiftung denkt der zeitungslisende Bürger zunächst an einen Stifter, der sein verdientes oder ererbtes Kapital dazu nutzt, eine Stiftung einzurichten – in diesem Fall für partei-

»Das Finanzierungssystem der parteinahen Stiftungen ist intransparent, seine Kontrolle durch das Parlament mangelhaft und die Aktivitäten der Stiftungen, insbesondere im Ausland, sind unter demokratie- und damit legitimierungstheoretischen Gesichtspunkten fragwürdig.«

Entwurf eines Gesetzes über die Rechtsstellung und die Finanzierung parteinaher Stiftungen der AfD (Deutscher Bundestag Drucksache 19/2674).

nahe politische Bildung. Doch bei diesen Stiftungen handelt es sich nicht um Stiftungen im Wortsinn, sondern um »eingetragene Vereine«, die sich Stiftungen nennen (mit Ausnahme der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung). Warum das so ist, liegt auf der Hand. Stiftung klingt nach bürgerschaftlichem Engagement, nach Kontrolle, nach Stiftungskapital und nach Altruismus, und nicht nach Parteienstaat.

Schauen wir uns die Stiftungen an, so verfügt jede der im Bundestag vertretenen Parteien über solch eine Einrichtung. Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung ist bereits 1925, anlässlich des Todes von Ebert, gegründet worden, war im Dritten Reich verboten, gründete sich nach 1945 neu. Die Naumann-Stiftung folgte 1958, 1964 ging die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung aus der Politischen Akademie Eichholz hervor. Die CSU bestand auch hier auf einem eigenen Weg und gründete 1967 die Hanns-Seidel-Stiftung. Damit war das Quartett vollständig. Zu wirklicher Bedeutung kamen die Stiftungen, die zuvor ein völliges Nischendasein geführt hatten, erst im Nachgang des Parteien-Finanzierungsverbots durch das BVerfG im Jahr 1966. Das stoppte die seit 1959 geübte Praxis, die Parteien direkt umfassend zu alimentieren, mit der bemerkenswerten Begründung: »Es ist mit dem Grundsatz der freien und offenen Meinungs- und Willensbildung vom Volk zu den Staatsorganen nicht vereinbar, den Parteien Zuschüsse aus Haushaltsmitteln des Bundes für ihre gesamte Tätigkeit zu gewähren und die dauernde finanzielle Fürsorge für die Parteien zu einer Staatsaufgabe zu machen.«

Diese Niederlage löste in den Parteien einen Kreativitätsschub aus. Man beschloß, zunächst weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit, die staatliche Alimentierung der politischen Stiftungen, die sich seither eines jährlich wachsenden Geldsegens aus öffentlichen Kassen erfreuen können. Geschaffen wurde dazu vor allem ein neuer Posten im Bundeshaushalt, die sogenannten Globalzuschüsse zur Finanzierung der Stiftungsarbeit. Diese betragen 1967 neun Millionen DM, die aus dem Topf des Innenministeriums kamen. Im Lauf der Jahre wurden weitere Töpfe geschaffen, die, ebenfalls im Haushaltsplan versteckt, verschiedenen Ministerien zugeordnet wurden.

»Die Globalzuschüsse bilden die staatliche Grundstockfinanzierung der politischen Stiftungen zur Erfüllung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben«, heißt in einer Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags. Zuwendungsfähig sind demnach »Fach-, Personal- und Investitionsausgaben, die der gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit dienen«. Bis 2004 wurden daraus auch Baumaßnahmen bestritten, seitdem gibt es dafür eigene Posten. »Nach Auskunft des Bundesministeriums des Innern orientiert sich die Mittelverteilung des Bundes an den Durchschnittsergebnissen der letzten vier Bundestagswahlen, die den politischen Stiftungen nahe stehende Parteien erzielt haben. Eine Anpassung des Verteilungsschlüssels erfolgt nicht unmittelbar nach einer Bundestagswahl, sondern erst im darauf folgenden Jahr.«

Anfang Januar 2018 fragte die AfD-Bundestagsfraktion nach der Entwicklung der den parteinahen Stiftungen aus dem Bundeshaushalt (von den Ländern gibt es teilweise auch noch beträchtliche Summen) zufließenden Mittel. Aus der Antwort ergab sich eine Steigerung von 260 Millionen DM im Jahr 1990 auf 581 Millionen Euro im Jahr 2017, mithin mehr als eine Vervielfachung. Auf die Einzelfrage des AfD-Abgeordneten Thomas Seitz hin antwortet die Bundesregierung im April 2020: »Nach Mitteilung der Ressorts sind im Bundeshaushalt 2020 insgesamt 650,417 Mio. Euro Fördermittel für politische Stiftungen vorgesehen.«

Gegen diese Art der verdeckten Parteienfinanzierung haben nur die Grünen 1986 eine Verfassungsbeschwerde zur Entscheidung gebracht. Darin wollten die Grünen feststellen lassen, daß der Bundestag bei der Bereitstellung von »insgesamt 85,8 Mio DM als ›Globalzuschüsse zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit‹ und der Ermächtigung des Bundesministers des Innern, diesen Betrag an die ›Stiftungen‹ der derzeit im Bundestag vertretenen Parteien« auszuzahlen, gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen hatte, weil andere Parteien unberücksichtigt blieben. Weiterhin wollten die Grünen erreichen, daß die Globalzuschüsse der Stiftungen als Teil der Parteienfinanzierung in den Rechenschaftsberichten der Parteien auftauchen müssen. All das wurde abgelehnt.

»Trotz aller verfassungsrechtlich gebotener Distanz sowie des berechtigten Insistierens der Politischen Stiftungen auf ihre Eigenständigkeit und Unabhängigkeit tragen diese das Potential in sich, familiäre Vertrauensräume für ihre jeweilige Mutterpartei zu sein. Dies unterscheidet sie grundsätzlich von allen anderen Akteuren auf diesem Feld.«

Hildmann, S. 126.

»Die sechs Politischen Stiftungen in Deutschland pflegen und knüpfen Netzwerke auf allen relevanten wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und natürlich politischen Ebenen sowie in den vorpolitischen Raum hinein.«

Hildmann, S. 123.

Die Sonderrolle der Stiftungszuschüsse wurde bekräftigt. Die Stiftungen sollten demnach von den Parteien rechtlich und tatsächlich unabhängig sein, da die Mittel nicht den Parteien zur Verfügung gestellt werden dürfen. Gleichzeitig müssen sich die Stiftungen die Unterstützung ihrer Partei sichern, um in den Genuß der Förderung zu kommen. Dieses Dilemma ist oft beschrieben worden, kann aber nicht gelöst werden, denn es ist unter den jetzigen Voraussetzungen nicht zu lösen. Das Gericht sah diese Unabhängigkeit bei allen untersuchten Stiftungen als gegeben an und legte damit einen sehr großzügigen Maßstab an.

Weiterhin lieferte das Gericht die bis heute gültige Definition dafür, wem diese Mittel zustehen: »Mit Rücksicht auf die dargelegten Berührungspunkte zwischen der Tätigkeit der Stiftungen einerseits und den langfristigen politischen Zielvorstellungen einzelner politischer Parteien andererseits gebietet es allerdings der Gleichheitssatz, daß eine solche Förderung alle dauerhaften, ins Gewicht fallenden politischen Grundströmungen in der Bundesrepublik Deutschland angemessen berücksichtigt.« Die Höhe der Zuschüsse überzeugte die Richter, weil sie sich mit der Orientierung an den Wahlergebnissen an der zu erwartenden Resonanz der politischen Bildungsarbeit orientieren würde.

Die Frage der gesetzlichen Grundlage ließen die Richter offen, schrieben den Grünen aber ins Stammbuch, daß »es eine den übrigen Stiftungen vergleichbare, in ihren Grundvorstellungen der Antragstellerin und ihren politischen Zielen verbundene Einrichtung, deren finanzielle Förderung hätte in Betracht gezogen werden können, bei Erlaß des Haushaltsgesetzes 1983 nicht gab«. Die Grünen hatten verstanden, daß sich der Parteienstaat so leicht nicht verändern ließe und nahmen das Urteil zum Anlaß, eine eigene parteinahe Stiftung zu gründen. 1988 erkannte die Partei den Stiftungsverband Regenbogen als parteinah an (aus dem 1996 die Heinrich-Böll-Stiftung hervorging). Seit 1991 fließen also auch in diese Richtung Globalzuschüsse.

Das Urteil des BVerfG ließ einigen Interpretationsspielraum, der für Gesprächsstoff sorgte. Eine Kommission unabhängiger Sachverständiger zur Parteienfinanzierung empfahl daher im Februar 1993 eine gesetzliche Regelung. Da die Stiftungen nicht Gefahr laufen wollten, im Hinblick auf die hohen Geldsummen einen Richterspruch zu hören, der ihnen engere Fesseln auferlegte, gaben sie sich 1998 mit der »Gemeinsamen Erklärung« selbst eine Grundlage, die mittlerweile wie ein Gesetz behandelt wird. Darin interpretierte man den Anhalt für die Dauerhaftigkeit des BVerfG als einen zweimaligen Einzug in den Bundestag, was im Hinblick auf die Dauerhaftigkeit und die mögliche Verwurzelung im Lande nicht besonders plausibel ist, als Kriterium aber den entscheidenden Vorteil hat, daß es alle Parteien im Bundestag zu diesem Zeitpunkt erfüllten.

Auch für den Fall, daß sie sie eines Tages, wie 2013 bei der FDP der Fall, nicht mehr erfüllen sollten, wurde vorgesorgt: »Scheidet eine Partei aus dem Deutschen Bundestag aus, sollte die ihr nahestehende Politische Stiftung mindestens für die Dauer einer Wahlperiode den Anspruch auf Zuteilung von Globalzuschüssen behalten.« Diese, in Bezug auf die Ausgangsvoraussetzungen der Zuteilungen, völlig willkürliche Regelung kann gar nicht überschätzt werden, bedeutet sie doch, daß eine Partei große Chancen hat, den Wiedereinzug zu schaffen, weil ein wesentlicher Teil ihrer Strukturen erhalten bleibt.

Die Forderungen, die Finanzierung der Stiftungen auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen, sind seither nicht verstummt. Wie stark der Widerstand dagegen ist, zeigt eine abenteuerliche Begründung, die der Wissenschaftliche Dienst des Bundestag in einer Ausarbeitung 2006 lieferte: »Gegen ein Parteistiftungsgesetz läßt sich anführen, dass die Stiftungen durch die gemeinsame Erklärung vom 6. 11. 1998 bereits eine Selbstverpflichtung eingegangen sind und freiwillige Selbstverpflichtungen unbürokratischer sind als gesetzlich normierte Verpflichtungen.« Das bedeutet eben auch, daß es keinen Rechtsanspruch für neu hinzukommende Mitbewerber gibt. Was damit geschützt werden soll, ist die heile Welt des runden Tisches, an dem die Stiftungen mit ihren Parteifreunden in der Regierung und im Haushaltsausschuß ihre Finanzierung auskungeln.

Deswegen kommen Forderungen nach einer gesetzlichen Regelung immer von denjenigen, die bislang außen vor sind. Das ist derzeit die AfD, die seit 2017 im Bundestag sitzt und seit 2019 mit der Desiderius-Erasmus-

»Das zentrale Problem ist die mangelnde Kontrolle der in eigener Sache entscheidenden Parlamente bei gleichzeitig leichter Verfügbarkeit der Mittel und großer Versuchung zum Mißbrauch. Die Reformbereitschaft, ja überhaupt die Erkenntnis der Probleme, wird bisher dadurch blockiert, daß die etablierten Demokratietheorien ihre normativen Standards senken, um sie der Entwicklung anzupassen, oder die Entwicklung völlig ignorieren.«

Hans Herbert von Arnim:  
»Der Wandel der Parteien zu wettbewerbsbeschränkenden Staatsparteien – und was daraus folgt«, in: *Juristische Zeitschrift* 20/2012, S. 508.

Stiftung (DES) über eine parteinahe Stiftung verfügt. Alle Versuche der AfD und ihrer Stiftung, in die Förderung zu kommen, sind bislang gescheitert. Im Haushaltsausschuß forderte sie die Berücksichtigung der DES bei gleichzeitiger Absenkung des Gesamtfördervolumens für die parteinahen Stiftungen um 81 Mio. Euro. Der Antrag wurde von allen anderen Parteien abgelehnt. Eine Verfassungsbeschwerde wurde nicht zur Entscheidung angenommen – die DES wurde auf die Verwaltungsgerichte verwiesen.

Der von der AfD eingebrachte Gesetzentwurf sah vor, die Finanzierung der parteinahen Stiftungen auf ein ihrem Aufgabenspektrum entsprechendes Maß zurückzuführen und die Förderung der Auslandsprojekte zu beenden. Außerdem sollte das Kriterium, wann einer parteinahen Stiftung Mittel zustünden, erweitert werden, so daß jetzt auch bei erstmaligem Einzug in den Bundestag Mittel fließen könnten, wenn die Partei gleichzeitig in acht Landtagen vertreten ist. Die Debatte um den Gesetzentwurf der AfD fand im Juni 2018 statt und er ist von den etablierten Parteien mit erwartbarer Rabulistik verworfen worden. Die Argumente reichten dabei von »kein Bedarf« bis zur Unterstellung, von eigenen Problemen bei der Spendenabwicklung ablenken zu wollen. Aus der Phalanx der Altparteien ließen sich lediglich die Grünen dazu hinreißen, einen grundsätzlichen Regelungsbedarf zu bestätigen.

»Ich frage nun nur: Wie konnte es zu dieser phantastischen und einzigartigen Rangerhebung der politischen Parteien kommen?«

Wilhelm Hennis, S. 109.



In der Debatte kam Volker Ulrich (CDU/CSU) mit einem typischen Totschlagargument: »Die parteinahen Stiftungen sind Teil der politischen Kultur unseres Landes. Nach bitteren historischen Erfahrungen haben wir uns nicht nur darauf verständigt, dass es eine unlösbare Bindung unseres Gemeinwesens an Menschenwürde und Demokratie gibt, sondern dass wir für diese Ordnung auch allesamt eintreten müssen. Niemals mehr soll es eine Demokratie ohne Demokraten geben.« Was soll das bedeuten? Wer eine gesetzliche Regelung für die parteinahen Stiftungen möchte, bringe die Menschenwürde in Gefahr?

Anlässlich der Haushaltsdebatte 2019, bei der es um den Haushalt des Auswärtigen Amtes ging, in dessen Haushalt die Mittel für die Auslandsarbeit der Stiftungen, die mehr Auslandsvertretungen unterhalten als Deutschland Botschaften hat, versteckt sind, wurden auch diese verteidigt: »Wir halten auch die Mittel für die politischen Stiftungen auf hohem Stand; denn gerade sie sind diejenigen, die den Zivilgesellschaften helfen, sich zu befreien, ein Stück weit selbstständig zu werden.« (Barnett,

»Kein Geringerer als der Vorsitzende der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat, der Verfassungsrechtsprofessor und ehemalige Verteidigungsminister Rupert Scholz hat noch vor 10 Jahren mit großen juristischem Aufwand die These vertreten, die »Grünen« seien so evidentermaßen keine Partei im Sinne des Grundgesetzes, daß man sie gar nicht erst verbieten müsse, sondern der Bundeswahlausschuß ihre Wahlvorschläge mangels Erfüllung der Kriterien einer politischen Partei zurückzuweisen habe.«

Wilhelm Hennis, S. 111 f.

#### Literaturhinweise:

Hans Herbert von Arnim: *Die Angst der Richter vor der Macht. Zum Beschluss des BVerfG vom 15.7.2015 zur verdeckten Staatsfinanzierung der Parteien*, Köln 2015;

Ders.: »Die Regeln der Macht regeln die Macht-haber selbst – und haben so den exzessiven Parteienstaat geschaffen«, in: Julian Krüper (Hrsg.): *Die Organisation des Verfassungsstaats. Festschrift für Martin Morlok zum 70. Geburtstag*, Tübingen 2019, S. 335–351;

Ulrich Heisterkamp: *Think Tanks der Parteien? Eine vergleichende Analyse der deutschen politischen Stiftungen*, Wiesbaden 2018;

Wilhelm Hennis: »Der »Parteienstaat« des Grundgesetzes. Eine gelungene Erfindung« (1992), in: ders.: *Auf dem Weg in den Parteienstaat. Aufsätze aus vier Jahrzehnten*, Stuttgart 1998, S. 107–135;

Philipp W. Hildmann: »Aufgefordert, das Undenkbare zu denken. Politische Stiftungen als Akteure politischer Politikberatung«, in: *Zeitschrift für Politikberatung* 4 (2011), S. 123–129;

David Hug: »Staatliche Alimentierung parteinaher Stiftungen«, in: *Mitteilungen des Instituts für deutsches und internationales Parteienrecht MIP* 23 (2017), S. 37–45;

Sören Lehmann: »Recht der steuerbegünstigten Zwecke. Satzungszweck, tatsächliche Geschäftsführung und Selbstlosigkeit parteinaher Stiftungen«, in: *MIP* 18 (2012), S. 16–23;

Heike Merten: »Ist- und Soll-Zustand der Parteienstiftungsfinanzierung. Ein Beitrag zur Ordnung des Parteienrechts«, in: Julian Krüper (Hrsg.): *Die Organisation des Verfassungsstaats. Festschrift für Martin Morlok zum 70. Geburtstag*, Tübingen 2019, S. 395–411.

Status und Finanzierung von parteinahen Stiftungen WF III 02/06;

Finanzielle Förderung der parteinahen Stiftungen durch Bund und Länder WF IV – 004/06.

SPD) Sie alle machen »eine gute Arbeit vor Ort und helfen, die Demokratisierung voranzubringen, die Zivilgesellschaft zu stärken, Arbeitnehmerrechte zu stärken, Menschenrechte zu stärken« (Raabe, SPD).

Genau wegen dieser mißbräuchlichen Verwendung von Steuermitteln für den Umsturz in anderen Ländern gab und gibt es in der AfD eine starke Strömung, die die parteinahen Stiftungen als Symbol des Parteienstaates schleifen wollten. Die Logik dahinter ist nicht von der Hand zu weisen: Wenn wir eine alternative Politik betreiben wollen, müssen wir an irgendeiner Stelle damit anfangen. Womöglich schwingt dabei auch die Grundüberzeugung mit, daß man eine Alternative auch vorleben müsse, weil sie sonst schnell unglaubwürdig zu werden droht. Diesen Puristen wurde das ebenso einleuchtende Argument entgegengehalten, daß man nie eine alternative Politik erfolgreich und spürbar betreiben würde können, wenn man die Waffen, die einem der Parteienstaat bietet und mit denen der Gegner kämpft, verschmätzt.

Die Linken waren in dieser Frage nie zimperlich: Auch wenn Teile von ihnen diesen Staat abschaffen wollen, nehmen sie doch seine Hilfe dabei gerne in Anspruch. Die einzige Stiftung, der es seit der gemeinsamen Erklärung von 1998 gelang, in den Genuß der Globalförderung zu kommen, ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die Stiftung wurde 1992 von der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) – heute DIE LINKE – als parteinahe Stiftung anerkannt und erhält seit 1999 Geld aus dem Bundeshaushalt, was auch durch die teilweise bis heute andauernde Beobachtung von Personen und Strukturen der Linken durch den Verfassungsschutz nicht verhindert wurde. Der Grund für die fehlenden Berührungspunkte der Linken ist vielleicht darin zu suchen, daß sie eine Idee davon haben, was man mit dem Geld anstellen kann. Die Linke finanziert ein ganzes vopolitisches Feld und wacht obendrein darüber, daß der Gegner ihr niemanden aus den Reihen schießt.

Die AfD ist umgekehrt nicht bereit, diesen Kampf anzunehmen. Die Alternative ist bei ihr nicht selten nur Fassade, hinter der sich eine Sehnsucht nach den seligen Zeiten der alten Bundesrepublik verbirgt. Als sich die Partei gegen Widerstände für eine Stiftung entschieden hatte, wurden schnell Stimmen laut, die auch den Verzicht auf Auslandsvertretungen für keine gute Idee mehr hielten, mit den üblichen Argumenten. Sobald der Verfassungsschutz dazu überging, Teile der AfD und ihres vopolitischen Feldes zu beobachten, brach die Stiftung das für die Anerkennung als parteinahe Stiftung zentrale Versprechen, alle Parteiströmungen gleichermaßen einzubinden.

Eine Partei, die nicht daran glaubt, daß sich eine alternative Politik umsetzen läßt, braucht im Grunde keine Stiftung, da sie den alternativen vopolitischen Raum nicht als den ihren anerkennt. Sie will nur mitspielen, ohne den Spielverderber zu geben. Dabei kann in der derzeitigen Situation nur der Spielverderber beanspruchen, eine politische Existenzberechtigung zu haben. Wenn die Stiftungen der Altparteien die Mittel vor allem dazu genutzt haben, den Parteienstaat zu vertiefen, muß die AfD ihre Mittel, ob nun aus staatlichen Töpfen oder nicht, dazu aufwenden, die Vorherrschaft der Parteien zu brechen.

Wer um die Anerkennung durch die Altparteien buhlt und hofft, irgendwann in den erlauchten Kreis aufgenommen zu werden, kann keine Alternative zu einem Staat sein, in dem es den Parteien gelungen ist, in die Rolle von Verfassungsorganen zu schlüpfen. Die Willensbildung der Wähler richtet sich verstärkt gegen die Altparteien. Die Alternative tut sich nicht hervor, wo es darum geht, diesem Willen Taten folgen zu lassen. Sie läßt sich vom Parteienstaat an der Nase herumführen, weil ihr die Argumente gegen einen als Altparteienchutz mißbrauchten Verfassungsschutz fehlen und sie sich im Kampf um die formierte Zivilgesellschaft von Berührungspunkten mit den natürlichen Bundesgenossen gehemmt zeigt.

Eine Stiftung, die in der Lage ist, den vopolitischen Raum zu vernetzen und mit Steuermitteln zu versorgen, die Argumente für den politischen Meinungskampf liefert und langfristige Zielvorgaben entwickelt, und die gleichzeitig willens ist, dies ohne falsche Rücksichtnahmen und faule Kompromisse zu tun, die den eigenen Nachwuchs fördert, die der Partei ein metapolitisches Rückgrat einzieht, braucht es daher dringend. Auf jede andere läßt sich leicht verzichten. ■

## Autoren dieses Heftes

Dr. Dirk Alt, 1982, ist Historiker, Autor und Dokumentarfilmmacher.

Alain de Benoist, 1943, ist Philosoph und Herausgeber der Zeitschriften *Nouvelle École* und *Krisis* sowie ständiger Mitarbeiter des Magazin *éléments*. Er gilt als Begründer und Vordenker der europäischen Neuen Rechten.

*Carl Schmitts »Land und Meer«*, Schnellroda 2019

Heino Bosselmann, 1964, Studium an der Universität Leipzig, ab 1990 tätig als Lehrer für die Fächer Philosophie, Deutsch und Geschichte, seit 2011 freiberuflich.

Prof. Dr. Lothar Fritze, 1954, von 1993 bis 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, lehrte als außerplanmäßiger Professor an der TU Chemnitz.

*Die Moral der Nationalsozialisten*, Reinbek 2019

Benedikt Kaiser, 1987, studierte Politikwissenschaft mit europaspezifischer Ausrichtung in Chemnitz. Er arbeitet beim Verlag Antaios.

*Blick nach links oder: Die konformistische Rebellion*, Schnellroda 2019

Till Kinzel, 1968, ist habilitierter Literatur- und Kulturwissenschaftler. Verschiedene Lehraufträge, darunter TU Berlin, TU Braunschweig und Universität Paderborn. Arbeitet ferner als Übersetzer aus dem Spanischen und Englischen. 1995 erhielt er den Preis des Bundes Freiheit der Wissenschaft.

*Johann Georg Hamann. Zu Werk und Leben*, Wien 2019

Ellen Kositzka, 1973, arbeitet als Redakteurin der *Sezession* und als freie Publizistin. Sie erhielt 2008 den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten.

*Vorlesen*, Schnellroda 2019

Götz Kubitschek, 1970, gründete und führt den Verlag Antaios und ist verantwortlicher Redakteur der *Sezession*.

*Das Buch im Haus nebenan* (Hrsg.), Schnellroda 2020

Dr. Erik Lehnert, 1975, ist promovierter Philosoph und arbeitet als Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik (IfS).

*Das andere Deutschland. Neun Typen*, Schnellroda 2018

Martin Lichtmesz, 1976, ist freier Journalist.

*Rassismus – Ein amerikanischer Alptraum*, Schnellroda 2018

Prof. Dr. Adolph Przybyszewski, 1945, Privatier und Publizist, lebt in Warschau und Berlin.

Jonas Schick, 1989, studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Sozialforschung in Mannheim und Bremen. Er arbeitet als freier Publizist und ist Herausgeber der Zeitschrift *Die Kehre*.

Stephan Siber, 1976, studierte Konzertsfach Violine, Informationstechnologie (MSc) und Soziales Management (MBA). Tätigkeiten in der Erwachsenenbildung, im Kulturmanagement, als IT-Berater, Redakteur und freier Autor. Forscht gerade im Grenzbereich zwischen Kunst, Philosophie und Psychologie.

Dr. Caroline Sommerfeld, 1975, ist promovierte Philosophin und Mutter dreier Söhne. Außerdem bloggt sie unter [fauxelle.wordpress.com](http://fauxelle.wordpress.com).

*Vorlesen*, Schnellroda 2019

# Macht und Propaganda

von Lothar Fritze

## Formen der Machtausübung

Macht mißt sich an der Fähigkeit, beabsichtigte Wirkungen hervorzu- bringen. In gesellschaftlichen Zusammenhängen freilich ist vor allem die Macht über andere Menschen von Interesse. Mit John Kenneth Galbraiths lassen sich drei Machtformen unterscheiden.

**1.** REPRESSIVE MACHT beruht auf der Androhung von Strafmaß- nahmen oder ihrem tatsächlichen Vollzug. Ein Einzelner oder eine Gruppe sollen dazu gebracht werden, die Verfolgung bestimmter Präfe- renzen oder Ziele aufzugeben. Sanktionen können in ganz unterschied- licher Form auftreten. Neben physischen Bestrafungen kommen auch psychologische Methoden in Betracht, die mit der Androhung negativer psychischer Folgen verbunden sind. Zurückweisung, Ablehnung, Lächer- lichmachung, moralische Kritik und der Entzug von Respekt sind nur einige. Im Falle von Diffamierung und Stigmatisierung geht es darum, Ansehensverlust oder Ausgrenzung zu bewirken. Über repressive Macht verfügt, wer mit unangenehmen Folgen wirkungsvoll drohen kann und die gewünschte Unterwerfung tatsächlich erreicht. Repressive Macht versetzt den Betroffenen in die Situation, sich für eine der Optionen entschei- den zu müssen. Auch wenn der Betroffene insofern eine freie Wahl trifft, hat er diese Wahl doch nicht freiwillig, sondern in einer herbeigeführten Zwangssituation notgedrungen getroffen. Repressive Macht zielt auf ein gewünschtes (äußeres) Verhalten, ohne daß der Sich-Verhaltende mit dem Inhalt seines Verhaltens innerlich übereinstimmen müßte.

Die Diffamierung bestimmter Ansichten und Standpunkte sowie die schonungslose Stigmatisierung derer, die sich zu ihnen bekennen, macht nicht nur jedem klar, was man lieber nicht sagt, sondern was man sagen muß, um seine persönlichen Ziele unter der Herrschaft des hegemonialen Ideensystems erreichen zu können. Die Macht des kulturellen Hegemons äußert sich auf diese Weise als kompensatorische Macht.

**2.** KOMPENSATORISCHE MACHT beruht auf der Inaussichtstellung und Verteilung von Belohnungen. Die vom Machthaber gewünschte Unterwerfung in Gestalt von Wohlverhalten wird durch eine ausgleichende Vergütung erzielt. Diese Vergütung kann in vielen Formen »bezahlt« wer- den: finanzielle Zuwendungen, Sonderrechte, Karrierechancen, Ämter und Posten, Aufnahme in elitäre Zirkel, lobende Erwähnungen etc. Der Betroffene wird dazu verleitet, sich in gewünschter Weise zu verhalten. Wie auch repressive Macht, erzeugt kompensatorische Macht lediglich äußere Konformität. Setzt der Machthaber seinen Willen durch, indem er für Gehorsam Kompensationen anbietet, ist der Einzelne genötigt, sich zwischen Karriere und Authentizität zu entscheiden. Entscheidet er sich

Zu den drei Machtfor- men vgl. John Kenneth Galbraith: *Anatomie der Macht*, München 1989, S. 14 f., 24 ff., 35 ff.

für die Karriere, bleibt nicht nur die Anständigkeit auf der Strecke. Es ist ein Akt der freiwilligen und bewußten Selbsterwerfung.

Ein gewünschtes Verhalten läßt sich aber auch ohne die Androhung und den Vollzug von Sanktionen sowie die Verteilung von Gratifikationen erzeugen. Dazu müssen die Überzeugungen und der Wille der Menschen in geeigneter Weise beeinflußt und geformt werden. Hierfür kommen verschiedene Mittel und Methoden in Betracht. Es handelt sich hierbei um Instrumente zur Erzeugung konditionierter Macht.

**3.** KONDITIONIERTE MACHT beruht auf der gezielten Lenkung bzw. Erzeugung von Gefühlen, Wünschen, Gedanken und Meinungen sowie der Auslösung entsprechender Verhaltensweisen. Sie manifestiert sich in veränderten Bewußtseins- und Überzeugungsinhalten. Konditionierte Macht erzeugt Konformismus, inspiriert gewünschte Entscheidungen, lenkt das Verhalten in bestimmte Richtungen und greift damit auf das Innere des Menschen zu. Der kulturelle Hegemon gewinnt konditionierte Macht, indem es ihm gelingt, menschliche Verhaltensdispositionen seinen Vorstellungen entsprechend zu aktivieren oder seine ideologischen Inhalte in die Überzeugungsbestände möglichst vieler Herrschaftsunterworfenener zu überführen. Konditionierte Macht hat, wer subversives Denken zu durchkreuzen und widerständiges Handeln zu unterbinden vermag.

Konditionierte Macht äußert sich in der Fähigkeit, den Willen anderer in einer Weise zu beeinflussen, daß sich diese dem beeinflussenden Willen, gleich ob bewußt oder unbewußt, freiwillig unterwerfen. Es handelt sich um eine Form der Abrichtung. Die herrschenden Ideen sollen dabei nicht nur formal vertreten, sie müssen innerlich anerkannt werden. Konditionierte Macht gilt den Konditionierten als legitime Macht. Einem legitimierten Machthaber leistet man aus eigenen Stücken und im (vermeintlichen) Selbstinteresse Gehorsam. Der Konditionierte sieht seine Gehorsamsleistung nicht als Unterwerfung. Sein Verhalten stimmt mit seinen eigenen, vom Machthaber gezielt herausgebildeten Überzeugungen überein.

### **Dogmatisierung der politisch-moralischen Grundorientierung**

*Kulturelle* Hegemonie gewinnt man durch die Formung der öffentlichen Meinung. Dazu müssen die entsprechenden Ideen in die öffentlichen Debatten eingespeist, in den Massenmedien permanent präsentiert und möglichst viele überzeugt werden. Am erfolgreichsten ist man, wenn es gelingt, sie als selbstverständliches Gedankengut eines vernünftig denkenden und moralisch anständigen Menschen zu verkaufen. Ideen müssen zudem Multiplikatoren finden; sie müssen in Netzwerken kursieren und prominente, wirkungsvolle Vertreter finden. Ideen werden mächtig, indem sie von Mächtigen propagiert werden.

Die derzeit dominierende politisch-mediale Elite legt es aber nicht nur darauf an, für ihre Ideen und Problemlösungsvorschläge zu werben; ihr geht es vielmehr darum, ihre politisch-moralische Grundorientierung jeglicher Infragestellung durch alternative Denkangebote zu entziehen. Das Hauptmittel, diese Verabsolutierung durchzusetzen, besteht darin, die gleichberechtigte öffentliche Vertretung der kollektivistischen und moralisch-partikularistischen Grundorientierung zu verhindern und die in großen Teilen der Bevölkerung verbreitete Überzeugung von der (partiellen) Berechtigung dieser Grundorientierung mit Methoden der Manipulation, der Einschüchterung und der moralischen Desavouierung zu unterminieren. Diese Elite kämpft nicht nur um die kulturelle, sondern die *ideologische* Hegemonie; sie zielt darauf ab, das eigene Überzeugungssystem als eine Ideologie zu etablieren. Ihre Stellung als ideologischer Hegemon wird sie allerdings nur dann stabilisieren können, wenn es ihr gelingt, diese konkurrierende Grundorientierung als mit »unseren Werten« unverträglich abzuweisen. Dies gelingt am besten, wenn sie in das Reich des Undenkbaren, des Inhumanen, des Bösen verwiesen wird.

Der Kampf um die *ideologische* Hegemonie erlaubt keine ergebnisoffene, rationale Diskussion. Denn in einer solchen Diskussion würde deutlich werden, daß man auch für Handlungsoptionen rational argumentieren kann, die mit einer kollektivistischen und partikularistischen Grundorientierung übereinstimmen. Deshalb gilt es festzuhalten: Die

Zum Ideologiebegriff  
vgl. Hans Albert: *Traktat  
über kritische Vernunft*,  
5. Aufl., Tübingen 1991,  
S. 104 ff.

kosmopolitische, individualistische und moralisch-universalistische Einstellung – die auf die umfassende Beachtung der Menschenrechte, die allgemeine Anerkennung westlicher Werte, die Überwindung gruppensolidarischen Verhaltens, die Auflösung ethnisch und kulturell homogener Abstammungsgesellschaften sowie die Übertragung nationaler Souveränitätsrechte an supranationale Einheiten, Institutionen und Organisationen zielt – ist nicht nur schlechthin zur politisch-moralischen Grundorientierung der herrschenden Elite geworden; vielmehr wird dieses Ideensystem vom dominierenden Teil der politischen und medialen Elite – unter Nutzung staatlicher Ressourcen – einer kritischen Infragestellung und Diskussion entzogen und ist aufgrund der damit verbundenen Dogmatisierung zu einer Ideologie verkommen.

Ideensysteme werden zu *Ideologien* auf zwei Wegen: *Erstens* dadurch, dass ihre Vertreter sie in einem Modus der Unbedingtheit und Ausschließlichkeit propagieren und für unangreifbar, korrekturunbedürftig und revisionsresistent erklären – also durch eine bestimmte Einstellung, die ihre Protagonisten zu ihren eigenen Überzeugungsinhalten haben. *Zweitens* dadurch, daß sie durch die bestehenden Machtverhältnisse in der betreffenden Gesellschaft der Kritik und einer möglichen Revision entzogen werden oder jedenfalls entzogen werden sollen – also durch eine bestimmte Einstellung, die diesen Ideen gegenüber innerhalb eines Herrschaftssystems vorgeschrieben oder von den Herrschaftsunterworfenen als verpflichtend empfunden wird. Ob einem Ideensystem die Qualität des Ideologischen zuzuschreiben ist, mißt sich nicht an seinem Inhalt, den Ideen selbst, sondern der Art ihrer Vertretung.

### Der Staat als Erzieher und Propagandist

Wie alle Staaten setzen auch Weltanschauungsdiktaturen auf repressive und kompensatorische Macht. Charakteristisch für Weltanschauungsdiktaturen ist jedoch, das der Staat als Erzieher und Propagandist auftritt. Als ideologiegeleitete Systeme setzen sie zudem auf eine ideologiekonforme geistige Beeinflussung der Herrschaftsunterworfenen, mithin auf konditionierte Macht. Allerdings steht diese Herrschaftsmethode auch demokratischen Verfassungsstaaten offen.

Tatsächlich erleben wir derzeit, wie die politisch-mediale Elite des Landes ihre Machtpositionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nutzt, um die Meinungs- und Überzeugungsbildung der Wähler im Sinne ihrer politisch-moralischen Grundorientierung zu beeinflussen. Trotz Fortbestehens der *institutionellen* Voraussetzungen einer freiheitlichen Gesellschaft ist der Bürger mit einer nahezu einheitlichen Propaganda konfrontiert. Diese Verhältnisse konnten sich etablieren, weil die politisch-mediale Klasse – trotz aller sonstigen Meinungsdifferenzen – eine relativ klar umrissene Agenda verfolgt, sich also insofern »gleichgeschaltet« hat, und auf dem Weg ist, sich zum ideologischen Hegemon aufzuschwingen. Das Ziel dieser Bemühungen ist es, das eigene Ideensystem als herrschende Ideologie zu etablieren und eine entsprechende Bewußtseinsbildung der Massen zu bewerkstelligen. Widerspruch sowohl gegen die herrschenden Ideen als auch die angewendeten Herrschaftsmethoden wird sanktioniert.

Unter welchen Voraussetzungen ist all dies in einem demokratischen Staat möglich? Es ist möglich, wenn Journalisten, Wissenschaftler sowie auch Politiker sich gegenseitig beobachten und beeinflussen, Leitfiguren folgen und sich opportunistisch anpassen. Dies ist mittlerweile bei vielen Themen der Fall. Sie bilden gleichsam eine sich selbst bestärkende Glaubensgemeinschaft, halten aber, so Hans Mathias Kepplinger, trotz intensiver Kollegenbeobachtung an der Illusion fest, ihre Urteile autonom zu bilden. Sie organisieren Netzwerke, um sich gegenseitig zu decken und zu promoten. Zur Herausbildung eines engen Meinungsspektrums bedarf es jedenfalls keiner Zensur.

Die wichtigsten deutschen Medien bilden einen tonangebenden medialen Hauptstrom, der hinsichtlich der Informationsauswahl und der meinungsbildenden Bewertungen mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede aufweist. Differenzen erweisen sich in der Hauptsache als Meinungsunterschiede innerhalb derselben politisch-moralischen Grundorientierung. Um sich in Deutschland ausgewogen zu informieren, ist eine ausschließliche Inanspruchnahme von »Mainstreammedien« nicht mehr sinnvoll.

Vgl. Hans Mathias Kepplinger: *Die Mechanismen der Skandalisierung. Warum man den Medien gerade dann nicht vertrauen kann, wenn es darauf ankommt*, 4. Aufl., Reinbek 2018, S. 43, 79 ff.



Diese Mainstreammedien »definieren« allein durch die Auswahl der Themen und die Art und Weise ihrer Berichterstattung einen Meinungskorridor, der in den letzten Jahren erkennbar enger geworden ist. Diesen Korridor der gleichsam »erlaubten« Meinungen zu verlassen wird mit Isolation und Stigmatisierung bestraft. Die Strafandrohung erzeugt besagten Konformitätsdruck. Konformitätsdruck, und dies ist für das Verständnis von Demokratien wesentlich, kann nicht nur von einer gesellschaftlichen Mehrheit ausgehen, sondern ebenso von einer ideologisch dominierenden Minderheit, die über den nötigen Rückhalt in den Medien verfügt. Über Medienmacht kann repressive Macht ausgeübt werden.

*Meinungsempfänger 1.*

Medienmacht kann aber ebenso in konditionierte Macht umgesetzt werden. Denn auch unter demokratischen Verhältnissen ist es möglich, den Wähler zu konditionieren und in einer von der Elite gewünschten Weise ideologisch zu infiltrieren. Daher ist auch in Demokratien mit Versuchen einer mehr oder weniger gezielten »Gehirnwäsche« zu rechnen. Bei andersdenkenden Bürgern wird sich dann das Gefühl einstellen, unablässig belehrt und erzogen zu werden. In Weltanschauungsdiktaturen sind es die Staatsorgane selbst, die eine Propaganda im Geiste der Systemideologie betreiben; unter demokratischen Verhältnissen ist es das agitatorische Wirken einer politisch-medialen Elite, das aufgrund einer einheitlichen ideologischen Ausrichtung als Indoktrination wahrgenommen werden kann.

Bei allen großen Themen der letzten Jahre – Beurteilung der EU-Erweiterungs- und Integrationspolitik, der Energiewendepolitik, der Euro-Rettungspolitik, der Migrationspolitik, der »Klimarettungs«-Politik, des Brexit, des gegenwärtigen amerikanischen Präsidenten und seines Vorgängers – war zu beobachten, wie sich ein ideologischer Gleichklang bei der Berichterstattung in den dominierenden Medien herausbildete. Dies bedeutet nicht, daß alternative Sichtweisen nicht geäußert werden durften und überhaupt nicht auftauchten. Die Existenz eines Mainstreams ist in einer pluralistischen Medienlandschaft durchaus mit dem sporadischen Vorkommen alternativer Meinungen vereinbar. Entscheidend ist, daß kritische Perspektiven, die die herrschenden Meinungen fraglich werden lassen könnten, marginalisiert und abweichende Positionen verächtlich gemacht werden. Die oft zu hörende Behauptung, auch abweichende Meinungen kämen in der Berichterstattung der Leitmedien vor, ist in der Sache richtig, wird aber dem Phänomen der von einem politisch-medialen Komplex praktizierten Propaganda nicht gerecht. Wenn nämlich die wichtigsten und die meisten Medien eines Landes die Politik der Regierung unterstützen und die wenigen oppositionellen Stimmen permanent diskreditieren, findet allein durch die konzertierte moralische Herabwürdigung regierungskritischer Auffassungen eine Meinungsmanipulation statt.

Die öffentlich-rechtlichen Medien der Bundesrepublik haben publizistische Vielfalt und Ausgewogenheit zu garantieren. Diesen Forderungen ist nur dadurch nachzukommen, daß alle relevanten legitimen Positionen gleichermaßen Darstellung finden. Journalisten haben daher die Pflicht, neutral zu berichten, das heißt Nachrichten über Äußerungen und Handlungen nicht mit Wertungen zu versetzen. Sobald Menschen es aus Isolationsfurcht unterlassen, ihre Standpunkte öffentlich zu vertreten, setzt jene, eine freiheitliche Gesellschaft zerstörende, Dynamik ein, die Elisabeth Noelle-Neumann als »Schweigespирale« bezeichnet hat – die Herausbildung einer »schweigenden« Bevölkerungsmehrheit, deren Überzeugungen durch die dominierenden Medien diffamiert werden.

### Der gekaperte Staat

Was ihre politisch-moralische Grundorientierung anlangt, schwimmen große Teile der Politik und der Leitmedien auf derselben Welle. Sie verfolgen ähnliche Zielvorstellungen und agieren sinnig. Der Staat wurde von ähnlich denkenden Kräften unterwandert. Diese Akteure sitzen in den Institutionen des Staates, den Redaktionen der Massenmedien, auf den Lehrstühlen der geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten und teilweise sogar in den Vorständen großer Konzerne. Dies rechtfertigt es, von einem »politisch-medialen Komplex« zu sprechen, der den Staat und den öffentlichen Meinungsbildungsprozeß faktisch kontrolliert.

Regierungskritiker haben kaum Möglichkeiten, sich in den Leitmedien zu artikulieren; oppositionelle Kräfte können sich außerhalb des Parlaments nicht angemessen präsentieren; die Entscheidungsträger müssen sich öffentlich nicht verantworten. Die Regierung hat nicht nur ausreichend mediale Rückendeckung, um eigene Fehlleistungen zu bemänteln und vor allem zu »beschweigen«, sie wird auch nicht zur Rechenschaft gezogen. Je wirkungsvoller Kritiker mundtot gemacht werden, um so häufiger kommen die Entscheidungsträger mit ihrem Versagen einfach durch – eben weil es in den wichtigen Medien nicht wirklich benannt, geschweige denn angeprangert wird. Diese nehmen ihre Kontrollfunktion selektiv wahr.

Daß die einzige tatsächliche Oppositionspartei, eine Partei, mit deren Grundanliegen im Hinblick auf die nationale und kulturelle Selbstbehauptung ein beträchtlicher Teil des Volkes sympathisieren dürfte, die AfD, von allen anderen im Parlament vertretenen Parteien in einer Art »nationaler Front« ausgegrenzt und zum inneren Feind erklärt wird, untergräbt sowohl das Vertrauen des Bürgers in die demokratischen Institutionen als auch die Institution der Opposition selbst – eine in der Demokratie, neben dem Rechtsstaat, entscheidende Sicherung gegen Tyrannei. Die Opposition formuliert den Widerspruch gegen die Regierungspolitik und zerstört die Illusion der Alternativlosigkeit. Solange eine Opposition als Partei – abgesehen also von vereinzelt Mitgliedern – auf dem Boden der Verfassung kämpft, ist ihre Ausgrenzung, die zudem innerparteiliche Tendenzen zur Radikalisierung verstärken kann, eine politische Torheit sondergleichen. Zudem sollte man nicht verkennen, daß die Stigmatisierung einer Partei die Stigmatisierung ihrer Wähler impliziert.

Daß darüber hinaus die Entscheidungsprozesse wichtiger Weichenstellungen im Dunkeln bleiben, wird ebenfalls nicht thematisiert und von der politischen Klasse auch nicht als ein demokratisches Defizit wahrgenommen. Weitreichende Entschlüsse werden mitunter kaum erläutert und nur notdürftig begründet. Diese Praxis untergräbt das in einer Demokratie notwendige Vertrauen des Volkes in die Seriosität und Gemeinwohlorientiertheit der politisch Mächtigen. Schließlich wird von den Herrschaftsunterworfenen erwartet, daß sie die Gesetze einhalten und auch Entscheidungen akzeptieren, die nicht ihren Wünschen entsprechen.

Mit welcher unzureichenden Erklärungen der Bürger abgespeist wird, war auch in der Corona-Krise zu beobachten. Politische Amtsträger benahmen sich nicht wie Vertreter des Volkes, sondern wie Vormünder und Erziehungsberechtigte. Die massiven Grundrechtseinschränkungen, die Bundesregierung und Landesregierungen erlassen haben, hätten – gerade auch wegen der prekären Informationslage – detailliert und nachvollziehbar begründet werden müssen. In einer solchen Begründung hätte die Faktenbasis der Entscheidung offengelegt und eine Prüfung der Tauglich-

Zur Rolle der Leitmedien in der Flüchtlingskrise siehe Michael Haller: *Die »Flüchtlingskrise« in den Medien. Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information* (= Otto Brenner Stiftung, Arbeitsheft 93), Frankfurt a.M. 2017.



keit, Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit der Mittel vorgelegt werden müssen. Darüber hinaus wäre zu erwarten gewesen, daß man Falsifikationskriterien nennt – also im voraus sagt, beim Eintritt welcher Entwicklungen man das gewählte Vorgehen für gescheitert oder überflüssig hielte. Selbst über offenkundige Strategiewechsel wurde nicht informiert.

Informationspflichten der Regierung resultieren zudem aus dem politischen Mitwirkungsrecht, das jedem Bürger in der Demokratie zusteht. Denn Informationen sind eine Grundlage für Entscheidungen. Tatsächlich werden dem Bürger Informationen selektiv und dosiert zugeteilt – und zwar so, daß er keine nicht-gewünschten Schlußfolgerungen zieht. Dem Wahlvolk wird mißtraut, und Bürger werden nicht wie Erwachsene behandelt. Dies wird zu Recht als ein Angriff auf die eigene Würde empfunden. Würdeverletzungen aber rufen Reaktionen des Zorns hervor und sollten von Regierungen tunlichst vermieden werden. Dem politisch-ideologischen Hegemon jedoch scheinen solche Überlegungen gänzlich fremd zu sein. Er läßt keine Gelegenheit ungenutzt, die Gräben in der Gesellschaft weiter zu vertiefen.

Alles dies ist möglich, weil es öffentlich nicht auf Widerspruch stößt. Und es kann auf keinen vernehmbaren Widerspruch stoßen, weil die einflußreichen Medien entweder auf eine subtile Weise indirekt vom Staat oder von großen, zum Teil transnational tätigen, privaten Konzernen kontrolliert werden, die sich ebenfalls der Agenda der politischen Eliten verschrieben haben. Die Techniken der Massenbeeinflussung sorgen dafür, daß diese Machtverhältnisse nicht ins Bewußtsein der Herrschaftsunterworfenen treten und deshalb hingenommen werden. Wahlen sind unter diesen Bedingungen nicht mehr fair. Die Demokratie gerät zu einer Scheinveranstaltung, in der die jeweils dominierende Elite an den Schaltebelen des gekaperten Staates sitzt.

Die politisch-mediale Klasse nutzt ein ganzes Arsenal verschiedener Kampfmethoden, nicht nur um ihre Macht zu stabilisieren, sondern um Widerspruch gegen ihre Agenda, ja selbst die bloße Infragestellung ihrer Illusionen zu unterbinden. Sie untergräbt bewußt und absichtlich die Voraussetzungen einer gleichberechtigten demokratischen Mitsprache. Sie betreibt ein Informationsmanagement und manipuliert die öffentlichen Diskussionen. Sie erzeugt Unmut und Gegenreaktionen. Undifferenzierte und einer Prüfung nicht standhaltende Klassifizierungen politischer Gegner als »Nazis« oder »Faschisten« werden selbst von höchsten Amtsträgern aggressiv vorgetragen. Die politische Klasse hat mit ihren Fehlentscheidungen – speziell im Zuge der Euro-Einführung, der Euro-Rettungspolitik und der Migrationskrise – sich selbst und das ganze Land in eine Lage manövriert, in der sie zu Mitteln und Methoden greifen zu müssen glaubt, die die Misere nur verschlimmern können. ■

#### *Meinungsempfänger 2.*

»Alle Standpunkte, und insbesondere die im breiten Spektrum der Bevölkerung legal eingenommenen Positionen, müssen in den Medien formuliert werden, [...], und zwar müssen sie formuliert werden nicht als erkennbares ›Minderheiten-Votum‹, [...]. Es kommt sonst zur Erscheinung der ›schweigenden Mehrheit‹. Das ist immer eine Bevölkerungsmehrheit, die durch die tonangebenden Medien keine Unterstützung erfährt, sondern umgekehrt verurteilt wird. [...] Aus den Massenmedien entnimmt der Einzelne die Information, was er sagen und tun kann, ohne sich zu isolieren.«

Elisabeth Noelle-Neumann: [Art.] »Öffentliche Meinung«, in: *Das Fischer Lexikon: Publizistik/Massenkommunikation*. Hrsg. von Elisabeth Noelle-Neumann, Winfried Schulz, Jürgen Wilke, Frankfurt a. M. 2002, S. 392–406, hier 406.

DÉMOCRATIE

DÊMOS KRATOS

PEUPLE POUVOIR

RĪC

AND DĒBAT  
ARNAQUE



# Kulturrevolution und Populismus – eine Bilanz

Alain de Benoist im Gespräch mit Benedikt Kaiser

**SEZESSION:** Monsieur Alain de Benoist, es gibt wenige Begriffe, die man in der Berichterstattung über Sie häufiger nennt als »Kulturrevolution von rechts«. In Deutschland betitelte man so eine Textsammlung, die erstmals 1985 erschien, 2017 neu aufgelegt wurde und sich seither kontinuierlich gut verkauft. Wie steht's um die rechte Kulturrevolution?

**ALAIN DE BENOIST:** Als ich diese Formel benutzte, vor über 30 Jahren, hatte ich die Ideenfamilie der deutschen »Konservativen Revolution« im Kopf, die bekanntermaßen von Armin Mohler inventarisiert wurde. Ich würde nicht zögern, den Begriff heute wieder einzuführen, wobei ich ihm eine weiterreichende Tragweite zuwies. Erstens, weil ich davon überzeugt bin, daß wir uns in einer Zeit befinden, in der neue, transversale Spaltungen alte Spaltungen ersetzen. In dieser Situation können sich Konzepte, die unvereinbar schienen, miteinander verbinden. Begriffe wie »linke Leute von rechts«, »konservative Sozialisten« usw. finden in dieser Konstellation ihren Sinn. Eine weitere Ebene umfaßt die Vorstellung, daß das, was heute erhalten werden sollte, in unserer Zeit einen radikalen gesellschaftlichen Wandel – eine Revolution? – verlangen würde. Der Begriff der »Revolution« muß nicht zwangsläufig als Gewaltakt verstanden werden. In der Vergangenheit gab es explosionsartige Revolutionen (beispielsweise die Französische Revolution), doch auch implosionsbedingte Revolutionen (etwa das Ende des sowjetischen Systems). In Anbetracht des allgemeinen Zustands der Gesellschaft entspricht jede reformistische Position einer Zusammenarbeit mit der herrschenden Ideologie. Die Gesellschaft kann nicht mehr reformiert werden, sie muß grundlegend verändert werden. Um der herrschenden Ideologie ein Ende zu setzen, muß sie durch eine andere Hegemonie ersetzt werden, die auf neuen Grundlagen beruht.

**SEZESSION:** Mit Erkenntnissen Antonio Gramscis haben Sie erklärt, daß Hegemonie aber nur zu erlangen ist, wenn eine politische Bewegung ihre eigenen Ideen im kulturellen und im vopolitischen Raum als führend zu setzen vermag. Diese Vorstellung ist rechts der Mitte auch 2020 kein Konsens; Ideenpolitik wird bisweilen als überbewertet angesehen ...

**ALAIN DE BENOIST:** Nun, Antonio Gramscis großes Verdienst ist die Feststellung, daß in den »entwickelten Ländern« keine wirkliche politische Revolution stattfinden kann, ohne daß zuvor eine Veränderung der Ordnung der allgemeinen Kultur, der Werte und der intellektuellen und sozialen Mythen stattgefunden hat. Das klassische Beispiel ist die Französische Revolution, die nicht möglich gewesen wäre, ohne daß ihr die Philo-

sophie der Aufklärung vorausging: Die Autoren der *Encyclopédie* haben den Weg geebnet. Gramsci hatte die Bedeutung kultureller Hebel erkannt – daher seine Forderung nach »organischen Intellektuellen« und sein Interesse, das er für die vorherrschenden Werte in der symbolischen Vorstellung der Volksschichten (*classes populaires*) entwickelte.

Diese Beobachtung hat mich dazu veranlaßt, von »Metapolitik« zu sprechen, was nicht immer richtig verstanden wurde. Meiner Meinung nach war Metapolitik keine Methode, Politik anders zu gestalten. Mit diesem Begriff, den nicht ich erfunden habe (er findet sich bereits 1784 bei einem Schüler Montesquieus), wollte ich versuchen, denjenigen meiner Freunde, die der »politischen Politik«, dem Tagesgeschäft, Vorrang einräumten (»Für Ideen haben wir später noch Zeit«), klarzumachen, daß man nie auf eine Doktrin verzichten kann, die als Grundlage für ein allgemeines Weltbild dienen kann, das sich auf alle Bereiche des Wissens und Denkens erstreckt. Mein ganzes Leben lang habe ich mit Menschen zusammengearbeitet, für die Ideen nachrangig waren, die primär »zusammenbringen« wollten (während Ideen »spalten würden«) – oder, schlimmer noch, die der Meinung waren, daß Ideen nur von Interesse seien, wenn sie instrumentalisiert werden könnten. Um es ganz einfach zu sagen: Mein Ansinnen war in erster Linie, intellektuelle Arbeit in einem Umfeld wiederherzustellen, das diese nicht goutierte, indem ich mit Nachdruck bekräftigte, daß es ohne eine gut strukturierte Weltanschauung keine nachhaltige Wirkung geben kann. Davon bin ich noch heute überzeugt.

»Zwischen dem Intellektuellen, der sich als Missionar versteht, und dem Intellektuellen, der sich mit der Rolle des Zeugen begnügt, habe ich immer ein Intellektueller sein wollen, der sich bemüht, selber zu verstehen und dieses Verständnis anderen zu vermitteln. Das Verständnis für die Bedeutung des historischen Moments, den wir durchleben, ist um so notwendiger, als sie der großen Mehrheit der Menschen verborgen bleibt.«

Alain de Benoist: *Mein Leben. Wege eines Denkens*, Berlin 2014, S. 407 f.

Ein Beweis für die Gültigkeit dessen, was Gramsci über »kulturelle Macht« sagte, ist, daß sich die großen intellektuellen Revolutionen der Geschichte letztlich als dauerhaft erwiesen haben. Alle möglichen politischen Revolutionen, die in ihrer Epoche viel Lärm verursachten, sind heute vergessen, während wir immer noch die Folgen der cartesianischen Umwälzung, der Ideologie des Fortschritts, der kantianischen Revolution, der Menschenrechtsreligion usw. zu spüren bekommen, die viel »leiser« daherkamen. Wie Nietzsche in *Also sprach Zarathustra* sagte: »Gedanken, die mit Taubenfüßen kommen, lenken die Welt.«

**SEZESSION: Mein Eindruck der Lektüre Ihrer jüngsten Schriften ist gleichwohl, daß Sie heute die Auffassung vertreten, wonach eine Kulturrevolution im »Augenblick des Populismus« nicht ausreichend wäre. Anstatt die Gesellschaft »von oben« (über personellen und ideellen Elitenumbau) zu verändern, wäre es die Aufgabe, neues Gemeinschaftsleben »von unten« her zu bestimmen und Gegenbewegungen zur politisch-medialen und wirtschaftlich führenden Klasse aufzubauen. Erscheint die Kulturrevolution veraltet?**

ALAIN DE BENOIST: Der Aufstieg des Populismus in den letzten zwanzig Jahren hat dieses seit langem bestehende Phänomen belebt und neu ausgestaltet. In ganz Europa (und darüber hinaus) war der Aufstieg von Populisten ein bedeutsamer politischer Prozeß, der sich fortsetzt. Ich denke dabei nicht nur an die populistischen Parteien und Bewegungen, sondern an das, was Vincent Coussedièrre als »Populismus des Volkes« bezeichnet hat: Ein grundlegender, spontaner und im wesentlichen reaktiver Populismus, der populistischen Bewegungen Treibstoff liefert, sich aber nicht auf sie beschränken läßt. Der wichtigste Motor dieses Populismus des Volkes ist der Wunsch, eine bestimmte Art der Soziabilität zu bewahren, die Herrschaft über die Bedingungen seiner eigenen sozialen Reproduktion zu behalten.

Die Gründe für den zunehmenden Populismus sind bekannt. In soziologischer Hinsicht führt die weltweite Kapitalisierung zu einer neuen Form der Verarmung: Die Mittelschicht, deren Entwicklung durch den Kapitalismus in der Zeit des Fordismus gefördert wurde, um den Konsum zu stärken, befindet sich in einer Phase der Deklassierung; es droht ihr Verschwinden. Der untere Teil dieser Mittelschicht fällt auf das Niveau der Volksschichten, deren Forderungen sie teilt. Dies ist der Beginn des Entstehens eines neuen historischen Blocks, zumal sich auch die soziographische Kluft zwischen den globalisierten Metropolen und der Peripherie vertieft. Die Gesellschaft hat sich von der Pyramidenstruktur (wo die oben angehäuften Gewinne zumindest teilweise auf allen Stufen der

Pyramide ankommen) zur Sanduhr-Form entwickelt (die Gewinne häufen sich weiter oben, Armut und Unsicherheit wachsen kontinuierlich an der Basis, während sich die Mittelschicht verdünnt). Auf politischer Ebene ist der Populismus das Ergebnis der Enttäuschung und Entmutigung, die das Spektakel einer politischen Klasse hervorrufen, die zu einer Oligarchie geworden ist, die entterritorialisiert scheint und sich nicht um Völker schert. Die Menschen glauben nicht mehr an die Politiker, an die »Experten«, an die Medien, an die liberale Demokratie (die nur dem Namen nach »demokratisch« ist). Sie votierten nacheinander rechts und links, ohne daß ihre Forderungen erfüllt wurden. Daraufhin enthielten sie sich. Doch heute setzen sie Hoffnungen auf populistische Bewegungen, die um so leichter rekrutieren können, als die Linke den Sozialismus aufgegeben und sich vom Volke abgeschnitten hat. Es ist kein Zufall, daß der Populismus auf Kosten der ehemaligen großen »Regierungsparteien« reüssiert, die die großen Träger der alten Mitte-Links-Mitte-Rechts-Kluft waren und jetzt verschwinden. Dieses Phänomen zeigt, daß wir gerade ein *Zwischenreich* durchleben, eine Übergangsphase. Die Karten werden neu gemischt. Die alte politische Landschaft verschwindet sukzessive. Die neue Landschaft läßt sich noch nicht ganz erkennen, aber die Dinge werden klarer.

Diesem Populismus, dem ich kürzlich ein Buch gewidmet habe, gilt meine Aufmerksamkeit. Erstens, weil dessen Vorrücken heute das wichtigste Ereignis im politischen Leben darstellt. Zweitens, weil ich seit jeher den Begriff des Volkes vertrete. Zwei Jahrhunderte lang fragten sich Theoretiker und Politiker, welche Priorität Staat, Nation und Volk haben und wie diese drei Begriffe miteinander verknüpft werden können. Ich erkenne die Notwendigkeit des Staates an, bin aber kein Etatist. Die Nation im politischen Sinne ist ursprünglich ein »linkes« Konzept (die Französische Revolution weist ihr Vorrechte zu, die früher dem König zustanden), das dann allmählich nach rechts überging. Da ich dem Jakobinertum und dem Zentralismus feindselig entgegentrete, habe ich kein übermäßiges Mitgefühl mit dem Nationalstaat (die Deutschen hatten womöglich nicht genug Nation in ihrer Geschichte, die Franzosen zu viel). Für mich steht das Volk an erster Stelle; es ist die Grundlage für alles weitere. Da ich kein Wohlgefallen für Diktaturen aufbringe und die Macht des Himmels heute nur noch eine Erinnerung ist, bin ich zudem im Wortsinne Demokrat. Demokratie steht für die Macht des Volkes. In einer Demokratie besitzt das Volk allein Souveränität und Legitimität. Ihm gehört die konstitutionelle Macht. Natürlich gibt es dabei verschiedene Arten, das Volk zu definieren. Rechte interessieren sich in der Regel für die Menschen als *Ethnos*, während Linke in erster Linie an den Menschen als *Demos* interessiert sind. Beide Formen sind meines Erachtens untrennbar.

Den Populismus kennzeichnen gleichwohl nicht nur Qualitäten. Populisten haben gesunde Instinkte, was gewiß gut ist (das ist bei Eliten viel seltener der Fall!), aber sie haben kaum klare Vorstellungen. Deshalb ist die Arbeit der »organischen Intellektuellen« weiterhin von entscheidender Bedeutung. Eine Kulturrevolution wird nicht ohne das Volk stattfinden, aber es braucht Theoretiker, um den Sinn des historischen Moments, den wir erleben, möglichst vielen Menschen verständlich zu machen. Ihnen müßte die tiefere Ursache dessen aufgezeigt werden, was sie ohne dieses Wissen bedauernd hinnähmen. Die konzeptuelle und historische Genealogie der herrschenden Ideologie muß nachgezeichnet werden, nicht zuletzt, weil nur so eine wirkliche Alternative für Gesellschaft und Leben, für den Blick auf die Welt, entwickelt werden kann.

### **SEZSSION: Ist es denn möglich, »zweigleisig« zu fahren – metapolitische Kulturrevolution und populistische Sammlung?**

ALAIN DE BENOIST: Es gibt keine Entweder-Oder-Situation in bezug auf die Unterstützung des Populismus und der metapolitischen Kulturrevolution. Beides ist notwendig, weil sie einander ergänzen. Ohne die Unterstützung eines großen Teils der Bevölkerung bleibt Theorie reine Abstraktion. Ohne die Unterstützung einer strukturierten Weltanschauung bleibt Populismus reines Unbehagen. Es muß jedoch klargestellt werden, daß diese beiden unterschiedlichen Felder nur schwerlich von denselben Ak-

»Populismus im engeren Sinne ist für Benoist also volksnahe Politik, die sich dann artikuliert, wenn eine politische Legitimationskrise das Establishment erfaßt. In dieser Hinsicht, so Benoist, trage der Populismus in sich eine anti-elitäre Grundlage, »die die Fähigkeit der politischen, administrativen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten in Frage stellt, die Probleme des täglichen Lebens zu regeln«. Der Populismus erscheint so also als legitime Reaktion wider den volksfernen Mainstream und seine herrschende Klasse.«

Institut für Staatspolitik:  
*Die Stunde des Populismus. Das Volk, die Elite und die Krise der Repräsentation*, Schnellroda 2017, S. 15.

teuren bearbeitet werden können. Es ist selten, daß große Politiker auch große Theoretiker sind; die Qualitäten, die man in beiden Fällen braucht, sind nicht dieselben. Es gibt Männer des Wissens, und es gibt Männer der Macht. Beide sind notwendig. Eine Gesellschaft, die ausschließlich aus Intellektuellen besteht, wäre unhaltbar, eine Gesellschaft, die nur aus Aktivisten besteht, ebenso.

**SEZESSION:** Sie schreiben in einem Ihrer Werke, daß das Zeitalter der Politik vorbei sei, »in der Entscheidungen von oben nach unten getroffen wurden«. Strebe man eine Rückkehr authentischer Politik an, gelte es, dies zu begreifen: »Die Politik ist gefordert, von unten nach oben neu zu entstehen: durch eine Wiederherstellung der gesellschaftlichen Bindung und eine allumfassende Wiederbelebung der politischen Dimension des Sozialen, vor dem Horizont lokaler Autonomie, partizipativer Demokratie, des Lebens in Vereinen und Gemeinschaften, des Subsidiaritätsprinzips.« Schön. Nur: wie kann man von unten her neue Gemeinschaften stiften?

»Angesichts der Unmöglichkeit, einen globalen Wandel herbeizuführen, muß man damit beginnen, Räume der Freiheit und des Miteinanders zu schaffen, die dem Zugriff der Machthaber weitestmöglich entzogen sind.«

Alain de Benoist: *Am Rande des Abgrunds. Eine Kritik der Herrschaft des Geldes*, Berlin 2012, S. 173 f.

**ALAIN DE BENOIST:** Das ist die alte Frage Lenins: »Was tun?« Bedauerlicherweise gibt es keine endgültige Antwort. Wenn es unumstößliche Anleitungen gäbe, wie es Rezepte für die gute Küche gibt, dann wären sie längst bekannt.

Das wichtigste ist die Schaffung von Freiräumen, d.h. von Räumen, die vor Zumutungen der Einwanderung und der Globalisierung geschützt sind. Dies ist heute nur auf lokaler Ebene möglich: allgemeine Förderung der direkten Demokratie, Aktivierung der Staatsbürgerschaft, Verlagerung der Produktion und des Konsums auf lokale und regionale Kreisläufe usw. Damit meine ich nicht, daß man sich auf die »Zivilgesellschaft« besinnen sollte, die ein liberaler Begriff ist. Die Zivilgesellschaft ist jene Gesellschaft, die nur aus privatem Blickwinkel betrachtet wird. Im Gegenteil: Man muß auf die öffentliche Dimension setzen, in der man seine aktive Staatsbürgerschaft ausüben kann.

Ein Ende der Politik wird es nie geben, da sie ein Bestandteil jedes kollektiven Lebens ist: Der Mensch ist von Natur aus ein politisches und soziales Wesen. Was verschwindet, sind überlebte politische Formen. Insbesondere der Parteigeist, der im 20. Jahrhundert triumphierte, hat sich erschöpft. Er wird durch andere Formen von Bewegungen oder Vereinen ersetzt. In Zeiten Künstlicher Intelligenz und Sozialer Netzwerke verändert sich die Politik. Die Natur der Essenz des Politischen indes bleibt: seine plurale Dimension, seine unweigerlich konfliktuelle, agonale Dimension usw. Das liberale Ideal besteht nun darin, die Wirtschaft über die Politik und die Verwaltung der Dinge über die Regierung der Menschen zu stellen. Die vorherrschende Ideologie nennt dies »gute Regierungsführung«, was der Herrschaft von Managern, Technokraten und Experten entspricht. Sie können jedoch nur die besten Mittel bestimmen, um ein Ziel zu erreichen, sie können niemals selbst bestimmen, was diese Ziele sein sollen.

**SEZESSION:** Nicht jeder Akteur des nonkonformen Lagers bewertet heute Gemeinschaften so grundsätzlich positiv wie Sie. Vor allem in Deutschlands politischer Rechten gibt es einen vulgär-liberalen Trend, das Individuum zu verabsolutieren und Kollektive per se zu denunzieren. Die Achse des Neokonservatismus um Margaret Thatcher entkernte den europäischen Konservatismus seit den 1980er Jahren um soziale und identitäre Inhalte und ersetzte diese durch marktliberale Glaubenssätze. Verantwortungsethische Staatsorientierung und solidarisches Gemeinwohlstreben wichen individualistischen Prämissen. Mit Manfred Kleine-Hartlage kann man zuspitzen, daß viele selbsterklärte »Konservative« lediglich wertkonservative grundierte Neoliberale darstellen. Woher kommt das ideologische Selbstvertrauen dieser Leute?

**ALAIN DE BENOIST:** Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Der gesamte Liberalismus ist aus der Philosophie der Aufklärung heraus entstanden, ebenso wie seine wichtigsten Bestandteile: Ökonomismus, Individualismus, Progressivismus, ferner die Vorstellung, wonach der Mensch nur

auf Erden weilt, um seinen persönlichen Nutzen zu maximieren. In der Vergangenheit haben sich Rechte und Liberale beföhdet. Diese Auseinandersetzung endete, als sich beide Familien annäherten, um dem sowjetischen Kommunismus und modernen Totalitarismus zu begegnen: Damals glaubte man, die »freie Welt« zu verteidigen, obwohl man den westlichen Liberalismus verteidigte. Heute hat sich die Situation wiederum verändert. Geopolitik feiert ihre Wiederkehr (die Logik des Landes ist nicht die Logik des Meeres). Und der Zerfall des hedonistischen Individualismus wird offensichtlicher. Sehen Sie sich in den USA die Entstehung der kommunitaristischen Bewegung an, und wie überall allmählich die Vorstellung von Gemeinschaft (und Gemeinwohl) wiederhergestellt wird. Leider wird sich ein Teil der Rechten gewohnheitsmäßig und aus Gründen der Verteidigung seiner materiellen Interessen weiterhin als »liberal« bezeichnen, ohne zu erkennen, daß der Liberalismus die individuelle Freiheit nur verteidigt, um sie jeder Art von gemeinschaftlichem Projekt entgegenzusetzen. Viele populistische Erscheinungen haben sich in dieser Hinsicht als enttäuschend erwiesen, darunter Donald Trump, der sagte, daß man den Kapitalismus nicht ausbremsen möchte, oder Brasiliens Jair Bolsonaro, der während der Coronavirus-Epidemie mehr um die Rettung »der Wirtschaft« als um die Rettung von Menschenleben besorgt war. Auch auf Matteo Salvini muß man verweisen, der sich neuerdings fasziniert von Benjamin Netanjahu präsentiert und von der Annäherung an eine Achse Washington–Riad–Tel Aviv raunt, um China und Rußland entgegenzutreten. Das ist eine dramatische und völlig inkohärente Haltung.

Liberkonservative sind Menschen, die den Wirtschaftsliberalismus akzeptieren, aber nicht den gesellschaftlichen Liberalismus, so wie manche Linke den gesellschaftlichen Liberalismus akzeptieren, aber nicht den wirtschaftlichen Liberalismus. Es wäre an der Zeit, anzuerkennen, daß diese beiden Formen des Liberalismus, wie Jean-Claude Michéa deutlich gezeigt hat, untrennbar miteinander verbunden sind. Sie beruhen auf derselben Ideologie, auf derselben anthropologischen Vorstellung. Liberkonservative sind überdies inkonsequent. Sie wollen Masseneinwanderung begrenzen, aber folgen einer Doktrin, deren Motto »Laissez faire, laissez passer« lautet und die den freien Personen-, Waren- und Kapitalverkehr erfordert. Liberkonservative trachten danach, die nationale oder kulturelle Identität just durch eine Ideologie zu verteidigen, die jede Form der kollektiven Identität mit der Begründung ablehnt, daß Nationen und Völker nur zufällige Ansammlungen von Individuen sind (was Margaret Thatcher zu der Aussage verleitet hat, daß es auch keine Gesellschaft gebe). Sie wollen den Stellenwert der eigenen Geschichte bekräftigen und gleichzeitig der Theorie des Fortschritts folgen. Sie wollen sich auf die »Effizienz des Marktes« verlassen, ohne zu sehen, daß der liberale, selbstregulierende und selbstregulierte Markt das Verschwinden von Grenzen zwingend verlangt. Sie wollen »ein bißchen Protektionismus«, während sie gleichzeitig Freihandel preisen. Aus Faulheit, Unwissenheit, Inkompetenz oder Opportunismus verstehen sie nach wie vor nicht, daß die Hauptursache für alles, was sie vorgeblich bedauern, die weltweite Verbreitung eines kapitalistischen Systems ist, dessen Kern die Unbeschränktheit (*illimitation*) von Waren und Profit, die Ausbeutung von Arbeitskräften und die allgemeine Durchsetzung der Herrschaft des Geldes ist, das sich in Kapital verwandelt und sich selbst nährt. Kurz gesagt: Sie gehören zu jenen Menschen, von denen der katholische Theologe Jacques-Bénigne Bossuet sagte, daß sie sich über Folgen beschwerten, deren Ursachen sie so schätzen. Indem die Liberkonservativen solche Positionen adaptieren, gewähren sie uns nicht viel Aufschluß über den Charakter des Liberalismus oder des Konservatismus, aber verraten viel über die unwiderstehliche Neigung mancher, sich selbst eine Ideologie (oder Religion) à la carte aufzubauen.

Für einen gesunden, authentischen Konservatismus, der von weltanschaulich strukturierten Köpfen formuliert wird, kann der Liberalismus nur ein Feind sein. In der heutigen Welt ist er sogar der Hauptfeind. Diejenigen, die seine Prinzipien vertreten, sind nützliche Idioten des gegenwärtigen Komplexes, die faktischen Komplizen der herrschenden Ideologie. Ich für meinen Teil halte es zeitlos mit Arthur Moeller van den Bruck: »Am Liberalismus gehen die Völker zugrunde.« ■

»Das Amalgam aus zwei Individualismen, dem ›Be-reichert euch!‹ und dem ›Habt Spaß!‹, ist die dünne Legierung über dem brodelnden Kessel der politischen Gegensätze, die der Liberalismus nicht aufzulösen, geschweige denn zu versöhnen imstande ist, die er vielmehr im Wohlstand zu etränken sucht.«

Thor v. Waldstein: *Die entfesselte Freiheit*, Schnellroda 2017, S. 174.

# Unterlegenheit und Widerstand

von Stephan Siber

Der Mensch, der sich in einer Situation gezwungen sieht, Widerstand zu leisten, ist jenen Kräften, die sich ihm in den Weg stellen, zunächst immer unterlegen. Unterlegenheit ist die Ausgangssituation des Widerstandskämpfers – Widerstand setzt Unterlegenheit voraus. Oder anders gesagt: Derjenige, der in die Lage gerät, Widerstand leisten zu müssen, ist zunächst gar nicht in der Lage, Widerstand zu leisten, und er ist es um so weniger, je mehr er sich durch seinen erzwungenen Aufenthalt im Zentrum der Zirkumvallation – auch den ringsum aufgestellten Truppenkranz einer Umschanzung nennt man im Lateinischen *corona* –, aus der es kein Entkommen zu geben scheint, dazu aufgerufen fühlt.

Ist dann aber, wenn Widerstand Unterlegenheit voraussetzt, nicht jeder Widerstand zwecklos? Nein, ganz im Gegenteil: Gerade hierdurch wird sein Zweck überhaupt erst gesetzt. Kraft und Widerstand, Agonist und Antagonist sind Korrelatbegriffe. Das eine kann ohne das andere nicht sein, beide setzen einander im wechselseitigem Ergänzungsverhältnis jeweils voraus und bedürfen einander, um überhaupt erst so etwas wie Entwicklung ermöglichen zu können. *Ex negativo* hilft hier der philosophische Begriff der Kontingenz weiter, welcher das »Nichtnotwendige und zugleich Nichtunmögliche« bezeichnet, insofern es hier darum geht, das Mögliche zu vollbringen, damit das Notwendige und zugleich Unmögliche erreicht werden kann. Gerade darin besteht der Auftrag des aufgrund seiner Unterlegenheit zum Widerstand Aufgerufenen: Dasjenige zu tun, was unmöglich ist, aber gerade deshalb versucht werden muß, weil es notwendig ist. Gerade Imminenz – das drohende Herannahen einer erkannten Gefahr – kann hier zu Emergenz führen, den Blick auf unbekannte Potentiale freilegen und das Inerscheintreten nicht nur unverfügbarer, sondern für unmöglich gehaltener Fähigkeiten ermöglichen. Der Unterlegene darf also gerade hier nicht desertieren. Er muß den unauflösbaren Widerspruch dieses zu seinen eigenen Ungunsten disparaten Kräfteverhältnisses hinnehmen und aushalten – aushalten lernen: nicht weil er dies an sich müßte, sondern weil er ansonsten nicht mehr viel mit jenem Typus Mensch zu tun hätte, um den es hier geht.

Das Ertragenkönnen der Spannung ist neben der Unterlegenheit eine weitere Voraussetzung seiner Fähigkeit zum Widerstand. Aber nicht *thymós* im Sinne von »Trieb, Gemütswallung, Zorn« oder gar *óxythymía* (Jähzorn) sollte dabei im Vordergrund stehen (hier wäre die Gefahr zu groß, auf sich anbietende Köder hereinzufallen), sondern vielmehr *makrothymía* – Langmut, die hier als Hilfstugend des Starkmuts (*fortitudo*) von entscheidender Bedeutung ist. Eine besonders präzise und knappe Definition dieser Kardinaltugend der Tapferkeit findet sich im *Chambers Dictionary*: »*fortitude: courage in endurance*«, »Mut in Ausdauer« – eine affektbefreite Tapferkeit also, die ihre Widerstandskraft aus langmütigem, beherrschtem Ertragenkönnen schöpft.

»Es ist nur nicht ganz leicht, an einem verantwortlichen Posten zu stehen, für den einem so vieles Notwendige fehlt, und wenig Aussicht zu haben, das alles nachholen zu können. Aber solange die Indizien dafür sprechen, daß der Herr mich an dieser Stelle haben will, darf ich nicht desertieren.«

Edith Stein, Brief an Hedwig Conrad-Martius vom 13. November 1932, zit. n. Edith Stein: *Aus der Tiefe leben. Ausgewählte Texte zu Fragen der Zeit*, München 1988, S. 99.

Das ungleiche Kräfteverhältnis, aus dem diese kraft »Muts in Ausdauer« zu ertragende Spannung resultiert, läßt sich auf mehreren Ebenen betrachten, wenn man das griechische Wort *ánantagónistos* zur Hilfe nimmt, welches einerseits »ohne Gegner, ohne Widerstand (zu erfahren)«, andererseits aber »keinen Widerstand leisten könnend, ohne Widerstandskraft« bedeutet. So ist also einerseits der Überlegene ein *ánthrōpos ánantagónistos*, insofern er keinen Gegner hat, der Widerstand leisten könnte, aber andererseits auch der Unterlegene, insofern er keine (ausreichende) Widerstandskraft hat. Der Unterlegene ist aber auch noch aus einem anderen Grund *ánantagónistos*: Er könnte nämlich auch deshalb außerstande sein, Widerstand zu leisten, weil er meint, keinen Gegner zu haben, weil er seinen Gegner nicht lokalisieren kann oder weil er den Falschen für seinen Gegner hält und seine gesamte Energie verbraucht, indem er sich demjenigen entgegenstellt, der gar nicht sein wirklicher Gegner ist. Und schließlich könnte er auch deshalb *ánantagónistos* sein, weil er eine bestimmte Form der Aktion für Widerstand hält, die zwar vielleicht nach Widerstand aussieht, aber gar kein Widerstand ist. Und genau deshalb ist auch der Überlegene wiederum *ánantagónistos*, weil er dadurch, daß ihn sein Gegner auf dem gesamten Spektrum möglicher Widerstandspunkte verfehlt, eben selbst keinen Gegner hat, der in der Lage wäre, sich ihm zu widersetzen. So stehen sich also zunächst zwei Gegner gegenüber, die – in einem gewissen Sinne – jeweils gar keinen Gegner haben. Der eine kann, der andere muß keine Widerstandskraft aufwenden – ein Umstand, der im übrigen die Möglichkeit eröffnet, die daraus resultierende Vakanz mit qua Computerdatenmodellierung identifizierten globalen Feinden zu besetzen, um alle »vereinten Kräfte« erneut von dem, wogegen eigentlich Widerstand angebracht wäre, abzulenken.

Es war der chinesische Militärphilosoph Sun Tsu aus dem Staate Wu, eine Art Erfinder der psychologischen Kriegsführung *avant la lettre*, der vor rund 2500 Jahren in seiner Abhandlung *Die Kunst des Krieges* feststellte: »Die größte Leistung besteht darin, den Widerstand des Feindes ohne einen Kampf zu brechen. [...] Der Inbegriff des Könnens ist, den Feind ohne Gefecht zu unterwerfen«, was natürlich voraussetzt, daß man seinen Gegner überhaupt erst einmal identifiziert hat: »Wenn du dich und den Feind kennst, brauchst du den Ausgang von hundert Schlachten nicht zu fürchten.« Wer seinen Gegner aber nicht nur schlecht, sondern gar nicht kennt, hat den Kampf bereits verloren, bevor er begonnen hat, oder besser gesagt: bevor er auch nur ansatzweise realisiert hat, passiver Kombattant einer antizipierten Auseinandersetzung gewesen zu sein, deren Beginn und Verlauf er verschlafen hat. Der in den Künsten der Kriegsführung bewanderte Strategie ist dem agonistisch Unterlegenen gewöhnlich immer so weit voraus, daß letzterer den Konflikt erst realisiert, wenn dieser bereits zu seinen Ungunsten entschieden ist, wobei die Dauer seines Schlafzustandes der Inkubationszeit seiner Schachmattsetzung entspricht, also der Zeitspanne vom Beginn des Kampfes bis zum Auftreten jener Symptome, die seine Niederlage besiegeln. Das Bewußtsein, Widerstand leisten zu müssen, erwacht also zumeist erst an einem Punkt, wo der Unterlegene nicht mehr bloß unterlegen, sondern bereits besiegt ist.

Damit Widerstand möglich ist, müßte die Entfernung der zwei Punkte auf der Zeitachse sukzessive verringert, das heißt die Latenzzeit drastisch verkürzt werden. Gelingt dies aber nicht und dauert der Dämmerzustand zu lange an, befindet sich der Mensch in dem Moment, wo er aufwacht und zwar noch nicht unmittelbar zu sich, aber immerhin zwangsläufig auf die Idee kommt, jetzt sofort Widerstand leisten zu müssen, gewissermaßen im Aufwachraum für Kassenpatienten, an denen unter Verabreichung eines Cocktails aus süßlich-betörenden freiheitlich-demokratischen Vollnarkotika über längere Zeiträume hindurch psychologische Operationen durchgeführt wurden. Und mit Blick auf gerade ein solches klinisches Postanästhesie-Observatorium könnte gerade aktuell wieder beobachtet werden, wie sich das aufwachende Volk im Panikmodus verhält, ob es etwa erwartungsgemäß zu Demonstrationen aufruft und, in dem festen Glauben, mit diesem Zauberspruch auf magische Weise eine Verbesserung seiner prekären Lage bewirken zu können, »Wir sind das Volk« zu skandieren beginnt, ob es auf die Idee kommt, allerlei *hashtag*-Kampagnen und Online-Petitionen zu starten oder gar ins Kalikül zieht, eine neue Partei zu gründen.

»Wir fordern nicht Freiheit, sondern die Illusion der Freiheit. Seit Jahrtausenden plagt sich die Menschheit für diese Illusion ab. Da übrigens die Freiheit, wie man sagt, ein Gefühl ist, welchen Unterschied gibt es zwischen frei sein oder sich frei wähnen?«

Emil Cioran: *Notizen 1957–1972*, Wien und Leipzig 2015, S. 40.

Denn überall hier müßte zunächst die Frage geklärt werden, ob es sich dabei überhaupt um authentischen, souveränen Widerstand handeln kann oder nicht vielmehr davon ausgegangen werden muß, daß einer auf sofortige Problemlösung drängenden Ungeduld als Resultat einer viel zu spät erfolgenden, einer Mischung aus Ohnmacht und Trotz entspringenden Reaktion die Tendenz innewohnt, immer wieder zu den gleichen stereotypen Formen ritualisierter Widerstandssurrogate zu greifen, die dem überlegenen Gegner erst recht stets aufs neue dazu dienen, die Neutralisierung von Widerstandspotential bewerkstelligen zu können. Denn ausgeschlossen werden kann es nicht, daß Rebellionen, die sich bisher solcher stromlinienförmigen Stereotype bedienen und scheinbar Erfolg hatten, nur deshalb Erfolg hatten, weil sie Erfolg haben sollten – weil ein übergeordnetes Interesse bestand, den Eindruck einer erfolgreichen Widerstandsbewegung entstehen zu lassen, mit dem Nebeneffekt, daß die hierbei eingesetzten Mittel fortan als valide Formen erfolgsversprechender Auflehnung gelten konnten. Doch immer wieder gilt es zu beachten: *cum hoc non est propter hoc* (»Mit diesem ist nicht deswegen«).

An dieser Stelle liegt es nahe, auf den gern in Managementseminaren kolportierten Mythos des Frosches zu verweisen, der sich nicht rechtzeitig retten kann, wenn das Wasser, in dem er schwimmt, langsam erhitzt wird, bis es schließlich kocht und der Frosch stirbt, weil er den Zeitpunkt verpaßt, zu welchem er springen hätte müssen. Tatsächlich reagiert der Frosch nämlich sehr wohl rechtzeitig und hat zum Zeitpunkt, an dem sein »kritisches thermales Maximum« erreicht ist, bereits längst alle Anstrengungen unternommen, um dem drohenden Inferno zu entkommen. Beim Menschen sieht dies jedoch deshalb anders aus, weil die gegen ihn gerichteten Angriffe kraft anästhesierend und immunsuppressiv wirkender Adjuvantien seine Feindortungssysteme lahmlegen. Ausgefheilte *soft-power*-Techniken, also unsichtbare Techniken zur Durchsetzung von Machtinteressen, die ohne Einsatz physischer Gewalt auskommen, werden deshalb nicht wahrgenommen, weil sie wie psychoinvasive Viren wirken, die im Tarnkappenmodus die Bewußtseinsschwelle unterlaufen, auf dem Radar unseres psychomentalen Immunsystems daher nicht aufscheinen und wirksame Abwehrreaktionen deshalb ausbleiben.

Während der Frosch rechtzeitig springt und entwischt, bevor sein kritisches thermales Maximum erreicht ist, sonnt sich der Mensch so lange in Illusionen, bis sein kritisches liberales Minimum unterschritten ist. Da hat es der Frosch natürlich wesentlich leichter, denn anders als der Mensch läßt er sich eben nicht so einfach mit dem Argument, es handle sich hier wohl um eine »Verschwörungstheorie«, von seinem untrüglichen Gefühl einer real existierenden Gefahr abbringen.

Geht man davon aus, daß hinter der Fassade der Demokratie ein demokratisch nicht legitimierter Machtapparat existiert, ein »tiefer Staat«, eine »unsichtbare Regierung«, eine von Legislaturperioden und anderen rechtsstaatlichen Errungenschaften weitgehend unabhängig operierende »permanente Regierung«, ein Apparat, der permanenten Widerstand gegen die Staatsgewalt ausübt, aber von oben, dann liegt es nicht nur auf der Hand, daß man einen falschen Gegner vor sich hat, wenn man »auf die Straße geht«, um sich der Willkür der eigenen Regierung zu widersetzen (und dies noch dazu unter Berufung auf ein Verfassungsrecht, das einem einräumt, ein Recht zu haben, sich jenem Regime zu widersetzen, von dessen Rechtsauslegung es abhängt, ob der Anwendungsfall dieses Widerstandsrechts im Fall seiner Anwendung überhaupt gegeben ist), sondern auch, daß die dahinterstehenden Kräfte zwecks Stabilisierung und Expansion ihrer Macht stets bestrebt sein müssen, einerseits eine generelle Schwächung der Widerstandskraft ihrer Untergebenen und andererseits eine Neutralisierung dennoch vorhandenen Widerstandspotentials zu bewerkstelligen. Und wenn man, diese Annahme im Hinterkopf, den Erfolgskurs der (angewandten) Psychologie und Soziologie im 20. Jahrhundert, insbesondere des Behaviorismus und dessen selbsterklärtes Forschungsziel berücksichtigt, nämlich »die Vorhersage und Kontrolle von Verhalten«, wie es in der 1913 publizierte Programmschrift des damaligen Tierpsychologen und Funktionalisten J.B. Watson wörtlich heißt, dann läßt sich hierzu mit hinlänglich evidenzbasierter Berechtigung ergänzen, daß theoretischen Erkenntnissen immer auch die Tendenz innewohnt, in die Praxis umgesetzt zu werden, sofern sie sich als

»Illusion von Kontrolle, liegt vor, wenn eine Person glaubt, Ereignisse kontrollieren zu können, auf deren Eintreten oder Nichteintreten sie aber in Wirklichkeit keinen Einfluß hat. [...] Zu Illusionen der Kontrolle kommt es besonders dann, wenn die Situation äußerliche Ähnlichkeit zu kontrollierbaren Situationen aufweist.«

Lexikon der Psychologie  
[spektrum.de/lexikon/psychologie/](http://spektrum.de/lexikon/psychologie/)



nützlich erweisen könnten, um eigene Interessen durchzusetzen. Insofern mit der faktischen Möglichkeit der Verhaltenskontrolle gleichzeitig auch Wirkkräfte entfesselt werden, die permanent auf ihre Schöpfer zurückwirken, so daß gerade deren eigenes – von diesen Kräften kontrolliertes und folglich von Machtstreben geleitetes – Verhalten vorhersehbar wird, tritt hier das Schema einer Funktionsumkehr zu Tage, das sich auch auf andere Bereiche ausweiten ließe. Ausgehend vom Wissen um die menschliche Schwäche, den Versuchungen der Macht nicht widerstehen zu können, erscheint es jedenfalls als unvernünftig, den Protagonisten der machtelitären Globalphilanthropie sowie all jenen, die auf ihrer Gehaltsliste stehen, zu unterstellen, gerade sie, die diesen Versuchungen besonders stark ausgesetzt sind, wären auch in besonderem Maße in der Lage, ihnen standzuhalten.

Wirksamer Widerstand könnte heute in einer Neutralisierung des Elitenbehaviorismus in Form einer disruptiven psychologischen Technik bestehen, die jedoch nur von unten und nur individuell entwickelt und angewendet werden kann. »Disruptiv« deshalb, weil es dabei darum ginge, die Einfallstore für verhaltenskontrollierende disruptive Technologien, die den Menschen von dem trennen, was ihn wirklich ausmacht, zu schließen und bestehende Leitungen zu kappen, die ihnen als Transmitter dienen. Eine solche Disruption der Disruption würde freilich die individuelle Bereitschaft zum Erlangen von Fähigkeiten voraussetzen, durch Konditionierung und Bequemlichkeit erworbene Verhaltensmuster abzulegen und Betätigungen möglichst zu unterlassen, die Verhaltensdaten produzieren, um Algorithmen zu füttern, die wiederum der Verhaltenskontrolle dienen. Auch was diesen Datenstrom betrifft, müßte der *ánthrōpos antagónistos* – also der widerstandsfähige Mensch – lernen, gegen den Strom zu schwimmen. Das Wort »Komfort« kommt von lat. *confortare*, was soviel bedeutet wie »(kräftig) stärken«. Auf jeden Komfort zu verzichten, der dieser ursprünglichen Bedeutung widerspricht, würde auf Askese und in weiterer Folge auf die Formel hinauslaufen: Widerstand = Askese. Askese z. B. in Hinblick auf digitale Endgeräte, die im Englischen *terminal devices* heißen. *Terminal* bedeutet auch »unheilbar, im Endstadium befindlich« oder »hoffnungslos, unlösbar«. Und das englische *device* stammt vom Partizip-Perfekt-Stamm des lateinischen Verbs *dividere* ab und bedeutet »geteilt, gespalten, getrennt«. Die Sprache ist eben oft verräterisch. ■

Zdzisław Beksiński: »Die abreisende Frau« (1957).

»Der Mensch neigt dazu, auf die Apparatur auch dort zu bauen oder ihr noch dort zu weichen, wo er aus eigenen Quellen schöpfen muß. [...] Er muß die Punkte kennen, an denen er sich seine souveräne Entscheidung nicht abkaufen lassen darf. [...] Jeder Komfort muß bezahlt werden. Die Lage des Haustiers zieht die des Schlachttiers nach.«

Ernst Jünger: *Der Waldgang*, Stuttgart 1951 (14. Aufl. 2012), S. 27.

# Entängstigung

von Caroline Sommerfeld

Im Netztagebuch der *Sezession* las ich im Kommentarbereich zum soundsovielten »Corona«-Artikel die Sätze »Der Tod hält Ernte wie jedes Jahr. Mal magere Ernte, mal fette Ernte. Big Brother aber erntet jetzt alle Seelen.«

Wenn dieser Tage von »Widerstand« zu sprechen ist, dann muß es Widerstand gegen Seelenernte sein: der geistige Widerstand, dem Bösen zu widersagen. Die meisten Widerstandsformen jedoch erleichtern die üble Ernte. Darüber hat Stephan Siber in seinem Beitrag »Unterlegenheit und Widerstand« geschrieben.

**Die Ebenen der widrigen Weltgegebenheit** – Widerstand wird aufgeboten gegen eine größere Macht. Er ist defensiv, er geht von einem unterlegenen Wesen aus. Das unterlegene Wesen kann dabei der Verführung der Macht widerstehen, oder gerade durch seine Widerspenstigkeit ihr verfallen. Es könnte genauso gut bequem in ihr aufgehen, es könnte sich unterwerfen. Es hat prinzipiell die Freiheit, aufzugeben oder standzuhalten. Der russische Philosoph Nikolai Berdjajew hat in seiner Abhandlung *Von der menschlichen Freiheit und Knechtschaft* (1954) die widerständige Persönlichkeit charakterisiert: »Die Existenz der Persönlichkeit muß notwendigerweise vom Sehnen getragen sein, weil Sehnsucht den Bruch mit der Weltgegebenheit bedeutet, die Unmöglichkeit, sich ihr anzupassen.« Proportional zur Wirkmächtigkeit des wie auch immer gearteten Bösen wächst die Sehnsucht in einem entsprechend veranlagten Individuum, diesem Widerstand leisten zu wollen. In meinem Beitrag über das unsichtbare Böse (*Sezession* 92) und in meinem Kaplaken *Selbstrettung* (2020) deutete ich die Ebenen an, auf denen uns Berdjajews übermächtige (er nennt sie »knechtende«) Weltgegebenheit entgegentritt. Fünf Ebenen möchte ich unterscheiden. Von der obersten Ebene hinunter zur untersten wird Angst aufgebaut; von der untersten hinauf zur obersten blickend steigt das Ohnmachtsgefühl derer, die immer mehr Ebenen in ihr Wahrnehmungsfeld aufnehmen.

»Diesen offensichtlichen Fortschritten stehen aber starke Schattenseiten gegenüber. Was würde zum Beispiel der Menschheit bevorstehen, wenn man die Bazillenfurcht ausnutzen und Bestimmungen gesetzlicher Art gegen die Bekämpfung der Bazillen schaffen wollte? [...] Kontrollieren kann man das alles nicht, es würde das zu unmöglichen Zuständen, zu einer unerträglichen Tyrannei führen.«

Rudolf Steiner, Vortrag vom 6. März 1909.

**1. LEBENSWELT** – Auf der untersten Ebene, im alltäglichen Leben, sehen wir uns mit Atemschutzmaskenzwang, Ansteckungsangst, Quarantäne, Verbot aller lebendigen Gemeinschaften, neuen Blockwarten und Unternehmenspleiten konfrontiert. Gespräche mit Mitmenschen eskalieren in Windeseile, weil aus verschiedenen Positionen zur »Coronakrise« handfeste Weltanschauungskonflikte werden: »Schlafschafe« *versus* »Virusleugner«. Die einen verängstigt die Seuche, die anderen die Ignoranz der Masse und das Durchgriffsrecht der Politik auf das Allerprivateste. Der Konflikt ist auf dieser Ebene unlösbar – was die Angst steigert.

**2. PARTEIPOLITISCHE EBENE** – Eine Ebene höher siedelt die Parteiherrschaft, »unsere Politiker«, die sich in Krisenmanagementstrenge überbieten, um ihren Kopf zu retten. Alle Parteien bilden ein

»breites Bündnis« gegen »die Pandemie«. Selbst die Spitze der AfD schritt tugendstolz voran mit härteren Forderungen nach Grenzschießung und Sicherheitsmaßnahmen.

Wenn sich derzeit eine Protestbewegung formiert, die schon als neue »PEGIDA« gehandelt wird, setzt auch diese ihr Vertrauen in die Einsichtsfähigkeit der Politiker, an die sie ihre Appelle richtet.

Wem soll man noch Vertrauen schenken? Dem Soziologen Niklas Luhmann zufolge vertraut man jemandem, weil man nichts, nicht etwa, weil man viel von ihm weiß. Der »Wählerwille« ist im Zustand der totalen Ahnungslosigkeit (die zugleich eine Informiertheitsillusion sein kann) kräftig manipulierbar.

**3.** WELTMACHTEBENE – Die Politik hängt wiederum am Faden supranationaler Organisationen: Via Robert-Koch-Institut (das eine Regierungsbehörde ist) regiert die WHO de facto Deutschland. Diese ist ihrerseits von der Pharmedia und u.a. der Bill & Melinda Gates Foundation mitfinanziert. Auf der »Bill-Gates-Ebene« haben wir es mit einer kleinen Zahl von Handelnden und entsprechend größerer Machtkonzentration zu tun: Ein Mann kann die weltweite Impfstoffentwicklung in seinem Interesse vorantreiben. Seine Firma Microsoft ist am weltweiten Verkauf von »Corona«-Apps, 5 G, per Nanopartikel in den Körper geschleusten Impfstoffen und dem »Known-Traveller-Digital-Identity«-Programm beteiligt, das Reisende nur mit einem Häkchen bei »genesen« oder »geimpft« passieren läßt. Gegen die globalistische Elite die Renationalisierung zu feiern, da die Staaten ihre Grenzen schließen, verkennt das Wirkprinzip der Eliten: Die Staaten verwalten nicht sich selbst, sondern in handlicher Größe die Interessen der supranationalen Organisationen.

Ließen sich auf den unteren Ebenen noch rein ökonomische Interessen dingfest machen (so daß es derzeit eine auffällige kritische Querfront zur antikapitalistischen und anti-neoliberalen Linken bis hin zur Antifa gibt), läßt ein genauerer Blick in Programme der WHO, der Gates Foundation oder die aufgezeichneten Konferenzen von Pandemie-Planspiel-Veranstaltungen wie »Event 201« im Oktober 2019 ahnen, daß es um Weltmacht geht. Manfred Kleine-Hartlage hat in seinem *kaplaken Neue Weltordnung* 2011 die These vertreten, daß es sich bei solcherart globalen Programmen nicht um geheime »Verschwörungen« zur Errichtung einer »Neuen Weltordnung« handelt, sondern die Pläne ganz offen daliegen. Bill Gates erhielt eine Dreiviertelstunde Werbezeit in den *ARD-Tagesthemen*, fördert, wie im Impressum erklärt, das Auslandsressort des *Spiegel*, und schmiert YouTube-*influencer*, damit sie seine Impfkampagne betreiben. Diese Ebene der globalen Steuerung durch eine kleine Elite ist gemeint, wenn Trump im Laufe der Coronakrise seither fünfundvierzig Mal vom »invisible enemy« spricht, und Viktor Orbán 2018 eine Wahlkampfrede mit den Worten beginnen läßt: »Wir kämpfen gegen einen Feind, der von anderer Art ist als wir. Er kämpft nicht mit offenem Visier, sondern versteckt sich. Er glaubt nicht an den Lohn der Arbeit, sondern spekuliert mit Geld. Er hat keine Heimat, glaubt aber, daß ihm die Welt gehört.« Ein großer Teil der politischen Rechten setzt große Hoffnungen in diese Politiker. Trumps Antrittsrede konnte als Ankündigung, mit der NWO aufzuräumen, verstanden werden.

**4.** DAS UNSICHTBARE BÖSE – Der Kampf um die Macht über die Menschheit liegt seit alters her in der Hand des Teufels. »Der alt böse Feind // mit Ernst er's jetzt meint // groß Macht und viel List // sein grausam Rüstung ist«, heißt es in Luthers Lied *Ein feste Burg*. Die Spitze der Machtpyramide kann unerkennbar bleiben, das Böse schlechthin entzieht sich.

Sein Wirken in der Welt benötigt Stellvertreter und mächtige Helfershelfer. Es mag ausschauen, als könnte im Angesicht dieser höchsten Ebene nichts mehr helfen. Doch – und um diesen christlichen Grundgedanken geht es mir in diesem Beitrag – aus der größten Ohnmacht erwächst ein Rettungsimpuls. Ich kann das abstrakte Böse nicht fassen. Doch ist auf dieser Ebene das sich entziehende, nicht erkennbare Böse am tiefsten mit mir selbst verflochten, mit meiner Seele. Auf den anderen Ebenen kann ich von mir absehen: Da sind es andere *player*, die mir gegenüberstehen. Auf der letzten Ebene bin ich selbst damit verflochten,

»Das ist ein geistiges Gesetz: Derjenige, der dem Bösen nicht widersteht, wird von ihm absorbiert und von ihm besessen«

Iwan Iljin: *Über den gewaltsamen Widerstand gegen das Böse*, 1954.

schicksalhaft, also so, daß ich die Verflechtung nicht willentlich beenden kann. »Das Böse entzieht sich mir als identifizierbarer Gegner, es entzieht sich in mich selbst.« (Thomas Wawerka) – eben dadurch bekomme ich die Aufgabe, ihm zu widersagen. Erst auf dieser Ebene wird sichtbar, wie geistiger Widerstand aussehen könnte. Von hier aus wirkt er dann hinunter bis in die allereinfachste zwischenmenschliche Begegnung.

**Zwei Weisen der Verführung** – Das Wesen des Bösen ist es, Macht auszuüben über die Seelen, indem es sie einschüchtert und dann manipuliert: Wer sich ihm unterwirft, wird belohnt. Er kann fortan, wie der Teufel Christus in der Wüste so schön plastisch suggeriert, Weltreiche gewinnen, Steine zu Brot verwandeln und Wunder tun.

Die biblische Erkenntnis, daß das Böse letztlich identisch mit der *Verführung* ist, hat Rudolf Steiner neu gefaßt, indem er den mächtigsten Verführungskräften in der Weltgeschichte und im einzelnen Menschen die alten Namen »Ahriman« (altpersisch: »arger Geist«, hebräisch auch »Mephistopheles« genannt) und »Luzifer« (lat. der »Lichtbringer«, der gefallene Engel) gegeben hat. Wir brauchen hier nicht in Steiners Gedankenwelt einzutauchen. Es reicht aus, anzunehmen, daß der Mensch in zwei entgegengesetzte, aber stets auf einander verweisende Richtungen verführbar ist. Die ahrimanische Verführung ist die kalt berechnende, kalkulierende, egoistische. Ahriman ist »der Herr des Intellekts«. Die luziferische Verführung ist die heiße, begeisterte, harmonisch-verschmelzende, kollektive. Der Mensch befindet sich aufgespannt zwischen diesen beiden Kräften, die sich ihm einprägen. Je nach Zeitalter der Menschheitsentwicklung und je nach individuellem Charakter prägt mehr die eine oder mehr die andere.

**1.** DIE LUZIFERISCHE VERFÜHRUNG – Nicht mitzumachen, keine »Un-  
tertanenmaske« aufzusetzen, Handy-Apps und Impfungen gegen »Corona« zu verweigern, Teil einer Bewegung gegen die »große Lüge« werden zu wollen, kennzeichnet zunächst den widersagenden Menschen: die »Persönlichkeit« im Sinne Berdjajews. Viele kritische Zeitgenossen sind erfüllt von dieser »Sehnsucht«, mit der Weltgegebenheit zu brechen, sich ihr nicht anzupassen. Dieses Sehnen ist unerläßlich zum Aufbau des inneren Widerstandspotentials.

Es kann allerdings in utopisches Wollen münden, das sich in dem 70er-Jahre-Slogan ausdrückt »Wer keinen Mut zum Träumen hat, hat keine Kraft zum Kämpfen«. Am Sehnsuchtspunkt setzt, bildlich gesprochen, Luzifer an. Der Freiheitsdrang und der soziale Trieb zur Vergemeinschaftung (Steiner spricht von der »Gruppenseele«) wirken ständig im Menschen. Um so stärker, je effizienter diese Triebe beschnitten werden und der Mensch eingesperrt oder isoliert wird. Die Suggestion einer »neuen Solidarität« (Anselm Grün) zwischen jungen und alten, kranken und gesunden Menschen, oder gleich der ganzen Menschheit unter dem Slogan *One World: together at home*, ergreifen diesen authentischen Sehnsuchtstrieb und lähmt die Wahrnehmung. Indes – kollektive Widerstandsbewegungen, Demonstrationen, selbst die Hoffnung der »Truther« auf eine harmonische ganz andere Weltordnung sind immer auch luziferisch begeistert. So nötig das Sehnen ist, so hochgradig gefährdet ist es, instrumentalisiert zu werden.

**2.** DIE AHRIMANISCHE VERFÜHRUNG – Der moderne Mensch ist als Individuum angelegt. Die Zeit der antiken und mittelalterlichen Gruppenseele ist *passé*, das Zeitalter des Ichs ist in der Renaissance angebrochen. Entsprechend ist der moderne Mensch Einzelwesen, Vernunftwesen, »faustischer« Wissenschaftsmensch. Der »Wille zum Wissen« (Nietzsche) kann in Wissenschaftshörigkeit, Aufklärung in ihr unmündiges Gegenteil umschlagen, weil er ursprünglich angstgewirkt ist. Ahriman ist auch der »Angst verursachende Geist«.

Wenn Seuchenstatistik, epidemiologische Theorien, medizinische Falldefinitionen und täglich neue Maßnahmen zur Infektionsrisikenminimierung die Menschen, um »sich zu informieren«, wochenlang vor die Bildschirme bannen, hat Ahriman leichten Zugriff auf ihre Seelen. Auch die »Digitalisierung« jeglicher Interaktion ist ganz in seinem Sinne: Der informierte, Gesundheitsrisiken kalkulierende, materialistische Einzelmensch vor dem mobilen Endgerät ist sein Fall.

Derzeit schlägt Ahrimans Stunde. Er bindet Widerstandskräfte, indem er den Gegner fehllokalisiert: »das Virus« wird so zum angsteinflößenden Bösen. Medizinische Kontrolle, Impfstoffe und *big data* heißen die vermeintlichen Waffen.

**Ahriman und Luzifer sind notwendig** – Ohne Widersachermächte kein Ich, keine Freiheit. Was zunächst paradox erscheinen mag, will ich zuerst mit dem biblischen Hiob und dann anhand eines Gedankens aus Richarda Huchs Büchlein *Entpersönlichung* (1921) erklären.

»Der HERR sprach zum Satan: Siehe, alles, was er hat, sei in deiner Hand; nur an ihn selbst lege deine Hand nicht.« (Hiob 1,11). Gott setzt also Satan selbst ein, daß dieser sich an Hiob vergeife und ihn versuche! Er soll ausprobieren, ob Hiob verführbar ist, ob er endlich, wenn seine Qualen zu groß sind, dem Herrn »ins Angesicht fluchen« werde. Satan wird gebraucht, ohne ihn könnte Gott dem Hiob nicht zeigen, daß er frei ist.

»Gott ohne Satan ist Satan« kondensiert Richarda Huch in dem genannten Buch dieses Problem. Sie fährt erläuternd fort: »Nicht die Gegenwirkung gegen Gott ist das Böse, vielmehr das, keine Gegenwirkung leiden zu wollen«. Keine Gegenwirkung mehr leiden zu wollen, aller Qualen ledig zu sein, alles nach seinem eigenen Willen haben zu können – damit ist der Mensch maximal verführbar. Widerstand bedarf der unablässigen Anstrengung. Ohne Gegenwirkung, ohne Widersacherkräfte wäre der Mensch ein Tier oder ein Automat. Er ist deshalb frei, weil er in Versuchung geführt werden kann *und weil er ihr widersagen kann*. Satan will gleichzeitig die Verführung auf Dauer stellen, indem er die Manipulation (oder postmodern gesprochen »die Matrix«) aufrechterhält, und diese für immer beenden, indem er Pseudo-Freiheit verspricht und das Ende allen Leidens (auch das Ende von Krankheit und Sterblichkeit).

**Entängstigung** – Je lückenloser und kollektiver sich die Angst weltweit durchsetzt, desto notwendiger (im wahren Sinne des Wortes: Notwendend) wird Entängstigung. Es muß sich um individuelle Selbst-Entängstigung handeln. Sobald sie kollektiv würde, liefe sie Gefahr, Massen zu mobilisieren, zu instrumentalisieren, auf ein Ziel einzuschwören und erzeugte nichts als neue Angst. Wie ist Entängstigung möglich? Meines Erachtens bedarf es dazu dreierlei:

**1.** »Wachen über die Zeichen der Zeit« (Rudolf Steiner). Alle Informationen prüfen, sich fragen, was hinter bestimmten Phänomenen stecken könnte, dabei viele Ebenen im Blick behalten. Sich dabei nicht triggern lassen: antipathische Abwehrreflexe genauso wie sympathische Solidaritätsreflexe wirken einschläfernd. Wachsamkeit schließt Selbstprüfung ein: Auch meine Beobachtung hat immer einen blinden Fleck.

**2.** Immer mehr erkennen, das Erkannte dann ertragen, und zwar insbesondere diejenigen Teile des Erkannten, auf die man absolut keinen Einfluß hat. Diejenigen Teile, auf die man Einfluß nehmen kann, ergreifen: anderen Mut vermitteln, Manipulationen bloßlegen, sich verweigern, dem Bösen ständig neu widersagen. Sich nicht beeindrucken lassen, dem Widrigen trotzen. Starkmütig wie Hiob bleiben, der Gott vertraut, obwohl dieser sein Flehen gerade nicht erhört. Ahrimans Ziel und Sieg ist nicht, daß Milliarden von Menschen gechipt und geimpft werden, sondern, daß er Seelen erntet, die sich ihm gern hingeben. Ersteres ist nur eines seiner Beeindruckungsmittel: die Menschen sind entweder begeistert oder schockiert angesichts von Ahrimans Mitteln - und gleichermaßen beeindruckt von ihm!

**3.** Wachsamkeit und Ertragenlernen geschehen noch im Angesicht des Bösen. Doch wie von dessen lähmendem Blick loskommen? Widersagen heißt in seiner schwierigsten Form, das Böse nicht allein als äußere Widersachermächte, sondern als nicht spaltbare luziferische und ahrimanische Teile der eigenen Persönlichkeit zu sehen. Es handelt sich gegenwärtig nicht um eine »Krise«, bei der es sich zu hoffen lohnt, daß sie bald vorbei sein wird. Es handelt sich um die *conditio humana*. Gott reicht sie den Jetztmenschen als »Krise« dar, damit sie lernen, sich an der Angst selber zu entängstigen. ■

»Widersagt ihr dem Bösen, um in der Freiheit der Kinder Gottes leben zu können? – Ich widersage.  
Widersagt ihr den Verlockungen des Bösen, damit es nicht Macht über euch gewinnt? – Ich widersage.  
Widersagt ihr dem Satan, dem Urheber des Bösen? – Ich widersage.«

Abrenuntiatio diaboli,  
Teil der katholischen und orthodoxen Taufliturgie.

# Das Denken in langen Zyklen

von Jonas Schick

Damit der menschliche Körper funktionieren kann, muß er Nahrung aufnehmen und die darin enthaltenen Nährstoffe in Energie umwandeln. Jedes Individuum ist demzufolge sein eigenes kleines Kraftwerk. Was und wieviel in diesem Prozeß zugeführt wird, hat indes maßgeblichen Einfluß auf die Funktion und Ausgestaltung des Organismus. Auszugsweise zu nennen wären hier: Größe, Muskelmasse, Hautbild, Tumore, Diabetes oder Adipositas. Dieser Prozeß ist jedoch nicht nur auf der Individualebene aktiv, sondern vollzieht sich außerdem auf der Aggregatebene: Gesellschaften nehmen »Nahrung« zu sich, verstoffwechseln Teile davon zu Wärme bzw. Aktivität und scheiden einen »unbrauchbaren« Rest wieder aus. Die österreichische Sozialökologin Marina Fischer-Kowalski und Kollegen beschreiben diesen Vorgang als »gesellschaftlichen Stoffwechsel«.

Abgesehen von den expliziten ökologischen Folgen sind in diesem Prozeß Mechanismen angelegt, die in erheblichem Maße die soziale Organisation einer Gesellschaft beeinflussen – dies sowohl über kurzfristige als auch langfristige Zeiträume. In diesem Zusammenhang spricht der Umwelthistoriker Rolf Peter Sieferle von »sozial-metabolischen Regimen«, von denen die Menschheit bisher drei durchlaufen habe, wobei das letzte hier aufgezählte das aktuell herrschende darstellt: Jäger- und Sammlergesellschaften, Agrargesellschaften und Industriegesellschaften. War die Industriegesellschaft zuerst ein rein englisches und dann europäisches Phänomen, so ist sie heute global geworden und hat alle Völker und Staaten ergriffen.

Die Übergänge zwischen den Regimen vollziehen sich nicht stillschweigend, sondern lösen – in demselben Maße, wie sie sie voraussetzen – tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen aus. Das betrifft die Demographie, die Ökonomie, die Herrschaftsstrukturen sowie die Technologie und Infrastruktur. Während beispielsweise Jäger- und Sammlergesellschaften qua ihrer Ernährungsweise große Räume mit kleinen Gruppen beanspruchten und wegen ihrer extremen Mobilität lediglich instabile Kulturkomplexe auszubilden vermochten, führte die Sesshaftwerdung – also die Entstehung von Agrargesellschaften – zu höheren Bevölkerungsdichten als auch aufgrund gesunkener Mobilität zur Genese stabiler Kulturkomplexe. Die damit verbundene Zunahme der Gruppengröße und Arbeitsteilung innerhalb der agrikulturnen Gesellschaften verlangte ferner nach Hierarchien und beendete die vergleichsweise egalitäre Organisation der Jäger und Sammler.

Außerdem war nun der Boden für eine ausgeprägte Traditionalisierung bereitet: Es bildeten sich spezifische Identitäten einzelner Kulturen heraus, die die Zugehörigkeit zu einer Gruppe exklusiv werden ließen, »mit der Doppelfunktion, daß eine neuartige Kombination von Solidarität und Verpflichtung, von Schutz und Gehorsam« (Sieferle) auftrat. Es wird deutlich, daß konservative Weltbilder im wesentlichen auf den Ge-

»Hohe Mobilität bei einfachster Struktur verhindert soziale Differenzierung oder gar hierarchische Schichtung. Eine solche Gesellschaft bleibt egalitär, bei geringer Größe, geringer Komplexität, aber wohl auch geringem Problemlösungspotential.«

Rolf Peter Sieferle: *Rückblick auf die Natur*, S. 44.

setzmäßigkeiten ebenjener Agrargesellschaften beruhen und in ihnen die unhintergehbaren Prinzipien sesshaften Lebens ausmachen. Das konservative Herausstreichen der ewigen Gültigkeit hierarchischer Ordnungen in Gesellschaften basiert auf der Erkenntnis, daß größere, komplexere Gruppen, die entscheidungsfähig bleiben wollen, zwangsläufig auf Herrschaftszentren zurückgreifen müssen, da sie ansonsten wieder in eigenständige, unstrukturiertere tribale Kleinstgruppen zerfallen.

Zugleich wurde der tiefgreifende soziale Wandel, der während des Übergangs vom nomadischen Dasein zum Ackerbau erfolgte, durch die Ablösung der passiven Entnahme aus dem natürlichen Ressourcenfluß mit einer kontrollierten Entnahme hervorgerufen. Diese planmäßige Bewirtschaftung brachte wiederum den Vorteil mit sich, eine kontinuierlichere Nahrungsversorgung zu ermöglichen, was simultan aber eine intensivere Nutzung der Umwelt und den stärkeren Einsatz von Arbeit nach sich zog – die Kulturlandschaft entsteht. Trotz ihrer gravierenden Unterschiede teilen beide »sozial-metabolischen« Regime den Rückgriff auf die stetig vorhandenen Solarenergieflüsse und damit das Grundmerkmal der Flächenabhängigkeit. In dieser elementaren Eigenschaft gründet die den Agrargesellschaften immanente Tendenz, auf einen stationären Zustand zuzulaufen – das Maßhalten ist für sie ein permanent gültiges Prinzip, da sein Mißachten negative Rückkopplungen erzeugt, die nicht mit Hilfe technischer Mittel in eine unbestimmte Zukunft verlegt werden können.

Die Industrialisierung sollte das maßgeblich ändern; denn anstatt »nur« die Art und Weise der Nutzbarmachung eines Energiestroms zu transformieren, ersetzte sie den solaren Energiefluß mit einer völlig neuen Quelle: den fossilen Energien. Die vorher unüberwindbare solarenergetische Grenze wurde mit dem Zugriff auf über Jahrmillionen gespeicherte Energie innerhalb eines Wimpernschlags überschritten. Die neu entfesselten Energiemassen lösten eine flutartige Dynamik aus, die die vergleichsweise stabilen Austauschprozesse der menschlichen Kulturen mit ihrer natürlichen Umwelt zerschlug und alle sozialen Arrangements der Agrargesellschaften zwangsläufig hinwegschwemmte. Die Eisenbahn ließ die Welt schrumpfen und unterstützte somit die Homogenisierung von Kulturräumen und damit die moderne Nationenbildung. Heute ist dieser Prozeß mit Individualmobilität (Automobil) und Flugzeug noch einmal verstärkt worden und läßt die einst »fortschrittlichen« Nationen zunehmend angestaubt wirken. Unter diesen Gesichtspunkten erscheint das deutsche Kaiserreich als kurzlebige Durchlaufstation – ein instabiles Amalgam aus traditionellen Restbeständen alter Zeiten und der aufkommenden bürgerlichen Gesellschaft, dessen Entstehung unter modernen Vorzeichen zeitgleich sein baldiges Ende in sich trug. Die Monarchie ist zu diesem Zeitpunkt ein bereits ausgehöhlt, anachronistisches Herrschaftssystem agrargesellschaftlichen Ursprungs, dessen Legitimation vom kapitalistischen Produktionssystem nachhaltig untergraben wird. Das ökonomisch prosperierende Bürgertum verdrängte den Adel als tragende Elite – Tugenden wandelten sich zu Werten. Seitdem hat die von der Industrialisierung angestoßene Transformation eine Umwälzung nach der anderen gezeitigt, jedoch bis heute keine Struktur hervorgebracht, die mit den stabilen Zuständen der vergangenen »sozial-metabolischen« Regime vergleichbar wäre. Die einzige Konstante ist ihr auflösender, unstetiger Charakter – die einzige feststehende Norm ist das mittels fossiler Energie gestattete Leben über die Verhältnisse.

Welche konkreten sozialen Veränderungen beispielsweise die Nutzung flüssiger Brennstoffe als Grundlage der Massenmotorisierung für traditionale Gesellschaft bedeutet, hat der finnisch-amerikanische Anthropologe Pertti J. Pelto in einer ausgiebigen Studie anhand der Skoltsamen im Norden Finnlands in den 1970ern untersucht. Die zentrale technologische Neuerung, die das bis dato ausschließlich am Rentierhüten orientierte Leben aus den Fugen geraten ließ, war das Schneemobil. Über einen Zeitraum von rund zehn Jahren, zwischen 1961 bis 1971, statteten sich alle 72 Haushalte der von Pelto studierten Gemeinde mit dem neuen Gefährt aus, um dieses für das Rentierhüten zu verwenden. Vor der Einführung des Schneemobils drehte sich das gesamte Leben der Skoltsamen um das Rentier. Die Kinder erhielten für ihren ersten Zahn ein Rentier; es gab ein »Namenstag-Rentier« und bei einer Hochzeit bekam das glückliche Paar etliche Rentiere geschenkt, damit der neue Haushalt mit

»Die industrielle Revolution, die vor etwa zweihundert Jahren begonnen hat, ist noch immer voll im Gang. Wir befinden uns seitdem inmitten einer Explosion von universalgeschichtlicher und globaler Dimension. Diese Explosion hat schleichend begonnen und sich allmählich beschleunigt.«

Rolf Peter Sieferle: *Rückblick auf die Natur*, S. 181.

einer kleinen Herde seinen Start nehmen konnte. Das Rentier bildete das zentrale Objekt der samischen Kultur und war die Basis ihrer relativen Autarkie. Nach der Einführung des Schneemobils reduzierte sich die Zahl der Rentiere aus verschiedenen Gründen. Außerdem war man nun stärker als zuvor auf die Außenwelt angewiesen, da nur über sie ein Erwerb von Schneemobilen und Benzin möglich war. Der Fall der Skoltsamen verdeutlicht, wie das fossile Energieregime und die mit ihm verbundenen Technologien es in kürzester Zeit vermögen, soziale Machtstrukturen zu verschieben und stabile Austauschbeziehungen zwischen Mensch und Natur zu unterbrechen.

In dem Moment, wo man die energetische Perspektive einnimmt bzw. soziale Prozesse anhand des »gesellschaftlichen Stoffwechsels« betrachtet, wird augenscheinlich, daß in den »sozial-metabolischen« Übergängen der eigentliche Antreiber von Revolutionen liegt, vor deren Wirk-



Skoltsamisches Mädchen.

macht Aufstände oder gestürzte Herrschaftshäuser zu Geplänkel verblasen bzw. als lediglich vordergründige und kurze Episoden vor einem weit aufgespannten sozio-energetischen Wirkungszusammenhang erscheinen. Unterdessen wohnen dieser Erkenntnis vor allem in Hinblick auf das Konzept der »Metapolitik« mehrere folgenschwere politische Implikationen inne. Geht man davon aus, daß Metapolitik »nichts anderes als eine politische Lagebeurteilung« ist, »die von der Frage ausgehen muß, wer der Feind ist, wo er steht und mit welchen Mitteln er den Kampf führt« (Erik Lehnert), so bietet die energetische Perspektive einen neuen theoretischen Rahmen zur Beurteilung dieser Lage, die vor folgenschweren Verkürzungen und Kurzsichtigkeiten bewahrt.

Als allererstes läßt sich eine klare Feindbestimmung vornehmen: Auf der Basis der oben dargelegten Prozesse ist der Feind eindeutig in der bürgerlich-liberalen Gesellschaft auszumachen. Sie ist zentraler Träger und zumindest vorübergehender Profiteur der industriellen Destabilisierung. Die 68er oder die Neue Linke sind alles Ablenkziele, die selbst nur kurzfristige Ausdrucksformen ebenjener Transformation darstellen. Demzufolge gibt es keinen stabilen Status quo ante in der Vergangenheit der BRD, auf den es zurückzukehren gelte, weil mit ihm rechte Gesellschaftskonzepte durchzusetzen wären. Vielmehr ist das bundesrepublikanische System nur ein weiteres Glied in der langen Kette der »großen Transformation«, die im späten 18. Jahrhundert mit einer gewissen Vorlaufzeit ihren Anfang nimmt. Ferner folgt daraus, daß die Form des Konservatismus, die sich mit den marktwirtschaftlichen Prinzipien des Liberalismus arrangiert, bereits verloren hat, da sie (energetische) Mechanismen inkorporiert, die die von ihr weiterhin wertgeschätzte traditionale Moral auflösen, womit sie selbst zu einem essentiellen Antreiber des von ihr kritisierten Zerfallsprozesses wird. Ihr gravierender Fehler liegt in einer fehlgeleiteten Feindbestimmung.

»Wenn es (...) um die »verborgenen Grundlagen des Gesellschaftsaufbaus« geht, dann weil es nicht um Partizipation am politischen Betrieb geht, sondern um die Grundlegung eines Wandels im objektiven Geist.«

Erik Lehnert: »Metapolitik und Aufklärung«, S. 21.



Skoltsamisches Mädchen.

Das »rückhaltlose Befragen« fortführend, gelangt man außerdem zu dem Punkt, daß das beharrliche Insistieren vieler zeitgenössischer Rechter auf dem Nationalstaat als stabilem Fluchtpunkt vor der rasenden Bewegung der Transformation und ihrer Homogenisierung von Kulturen einen trügerischen Irrweg darstellt, insofern als die Nation Produkt und Agens ebenjenes industriellen Transformationsprozesses ist, den man mit ihrer Wiederinstandsetzung einzudämmen sucht. Von diesen klärenden Feststellungen ausgehend, ist es nun möglich, ein Alternativmodell zum Status quo zu konzipieren, das nicht Gefahr läuft, Mechanismen zu beinhalten, die den Prozeß antreiben, dessen Ende man herbeiführen möchte. Aktuell stecken wir noch mitten in der Transformationsphase, die die stabilen Normenstrukturen traditionaler Gesellschaften in volatile Verhandlungsobjekte verwandelt oder bereits umgewandelt hat. Indes ist nicht davon auszugehen, daß die einzigartige Entfesselung von Energien sich je in einem stationären Zustand einpendeln wird. Da der Status quo selbst transformativen Charakter trägt und in ihm keine zu verteidigenden Bestände existieren, muß zu einem »revolutionären« Ansatz gegriffen werden. Die politische Programmatik ist also auf die Zukunft auszurichten, in der eine gesellschaftliche Ordnung zu errichten ist, die die »große Transformation« unterbricht und es vermag, erneut feste Normenstrukturen und stabile kulturelle Bezugssysteme zu schaffen, deren Bewahrung lohnt. Die Betrachtung des gegenwärtigen Zustands anhand des »gesellschaftlichen Stoffwechsels« hilft dabei, die dafür notwendigen Maßnahmen, wie beispielsweise die Verringerung des Stoffdurchsatzes, zu erkennen.

Was die energetische Perspektive und der Fokus auf den »gesellschaftlichen Stoffwechsel« darüber hinaus verdeutlicht, ist, daß das politische Handeln der Rechten auf Langwierigkeit ausgelegt sein muß – also metapolitisch in bestem Sinne zu sein hat. Politische Epochen und der mit ihnen verbundene soziale Wandel wechseln sich nicht innerhalb von wenigen Jahrzehnten miteinander ab, sondern spannen sich über Jahrhunderte und sind dabei, wie wir gesehen haben, in das sie tragende »sozial-metabolische Regime« eingebettet. Ein Denken in Wahlzyklen oder ein Versteifen auf einen parlamentarischen Arm als einzigem Mittel, um Politik und Gesellschaft zu verändern, ist daher zum Scheitern verurteilt. Insgesamt sollte man in die parlamentarischen Instrumente nicht die höchsten Erwartungen setzen, da ihre Lösungskompetenzen eingeschränkt und sie Ausdruck von Stimmungen im Volk sind, denen sie eher hinterherrennen, als daß sie diese mit Absicht auf Langzeitwirkung beeinflussen. Es bedarf also immer außerparlamentarischer Akteure, um bleibende Strukturen zu schaffen, die auf die Gesellschaft als Ganzes wirken und sich dabei als Generationenprojekte verstehen, von deren Ergebnis wahrscheinlich, wenn überhaupt, erst die Enkel profitieren können. Zur Beeinflussung des »gesellschaftlichen Stoffwechsels« verspricht nur die auf Dauer angelegte Herangehensweise Erfolg. ■

Literaturhinweise:

David S. Landes: *Der entfesselte Prometheus. Technologischer Wandel und industrielle Entwicklung in Westeuropa von 1750 bis zur Gegenwart*, Köln 1973;

Erik Lehnert: »Metapolitik und Aufklärung«, in: *Sezession* 67, S. 18–21;

Perti J. Pelto: *The Snowmobile Revolution: Technology and Social Change in the Arctic*, Prospect Heights 1987;

Rolf Peter Sieferle: *Rückblick auf die Natur. Eine Geschichte des Menschen und seiner Umwelt* (1997), Berlin/Lüdinghausen 2020.

# Mit dem Spießler rechnen

von Dirk Alt

Im Kanon der abwertenden Begriffe ist der des *Spießlers* sicher einer der am stärksten abgenutzten. Von den klassischen Linken zur Deklassierung eines Kleinbürgertums verwendet, das angeblich den Nährboden für den Nationalsozialismus gebildet habe, diente der Begriff im Zeitalter jugendlicher Subkulturen und Generationenbrüche zur Abgrenzung gegen alles (vermeintlich) Bürgerliche, als eine Negativfolie, die adoleszenten Individualisierungsbestrebungen – so einheitlich sie im Resultat auch waren – vorteilhafte Konturen verschaffen sollte. Spätestens ab dem Moment, in dem der Begriff als nur halbironisches Bekenntnis zu überschaubar geordneten Lebens- und Wohlstandsverhältnissen und zur Rückkehr in einen familiären Mikrokosmos rehabilitiert wurde (»Neo-Spießler«), hatte er seine Schärfe verloren.

In der heutigen Erwachsenenwelt fühlt sich durch ihn nur noch jene kleine Gruppe ernstlich beleidigt, die in jugendlich-alternativen Lebensentwürfen verhaftet geblieben ist. Und das ist bedauerlich, da der Begriff meines Erachtens hervorragend dazu geeignet ist, die Mentalität und Verfaßtheit der autochthonen Mehrheitsgesellschaft zu beschreiben. Dies dürfte bereits deutlich werden, wenn wir als zentrale dem Spießler zugeschriebene Eigenschaft den Opportunismus benennen, aus dem sich weitere wohlvertraute Merkmale ergeben: Engstirnigkeit, Eigennutz, Heuchelei und Hang zum Denunziantentum. Wie sehr von einer Verspießerung der bundesrepublikanischen Gesellschaft und ihrer politischen Kultur, ja von einer Spießler-Republik die Rede sein kann, soll im folgenden unter Rückgriff auf eine oft zitierte Definition aus der Feder Ödön von Horváths gezeigt werden; anschließend stellt sich die Frage, wie mit dem Spießler politisch umzugehen sei.

Der pazifistisch-antifaschistische, für seine unerbittlichen bis misanthropischen Figurenzeichnungen berühmte Literat Horváth, der sich dem »Aufzeigen des Bestialischen« im Menschen verschrieben hatte, stellte seinem Roman *Der ewige Spießler* die hier beigefügte Beschreibung eines Typus' voran, auf den er sich spezialisiert hatte. Wie kaum ein anderer verstand es Horváth, die Selbstsucht, Bösartigkeit und Asozialität kleinbürgerlicher sowie der Mittelschicht angehörender Aufsteiger-, Ausbeuter- und Mitläuferfiguren durch deren moralisierenden und relativierenden Jargon zu entlarven. Daß er damit antifaschistische Wirkungsabsichten verknüpfte, tut der Treffsicherheit dieser Portraitierungen keinen Abbruch. Stellt man das durchaus sensible Gerechtigkeitsempfinden in Rechnung, das Horváth zu eigen war, so kann kein Zweifel darüber bestehen, wo er den Spießler heute verorten würde. Die Überzeitlichkeit des Spießlers resultiert ja gerade aus dessen äußerlicher Wandelbarkeit, die ihm die instinktmäßige Ausnutzung der jeweiligen politischen Konjunktur erlaubt. Für die Einschätzung des Spießlers als Hindernis und Problem ist dieser Aspekt entscheidend.

»Der Spießler ist bekanntlich ein hypochondrischer Egoist, und so trachtet er danach, sich überall feige anzupassen und jede neue Formulierung der Idee zu verfälschen, indem er sie sich aneignet. Wenn ich mich nicht irre, hat es sich allmählich herumgesprochen, daß wir ausgerechnet zwischen zwei Zeitaltern leben. Auch der alte Typ des Spießlers ist es nicht mehr wert, lächerlich gemacht zu werden; wer ihn heute noch verhöhnt, ist bestenfalls der Spießler der Zukunft.«

Ödön von Horváth: *Der ewige Spießler* (1930).

Ein weiterer Vorteil der Horváthschen Definition liegt darin, daß sie es erlaubt, die Angehörigen der unkorrumpten traditions- und heimatbewußten Milieus, die dem Spießler-Vorwurf gemeinhin reflexartig ausgesetzt werden, die Verwurzelten, Urteilsfähigen, Bodenständigen, Wohlgeordneten und Gemeinschaftsgebundenen – oder, modisch gesprochen, Kommunitaristen/ »Somewheres« – auszuklammern: Jene Anständigen tauchen bei Horváth, dem selbst Entwurzelten, nicht auf und existierten für ihn wahrscheinlich auch nicht. Die Frage, ob das Spießertum eine anthropologische Konstante darstellt oder ob es sich bei ihm im Gegenteil um ein Produkt des bürgerlichen Zeitalters handelt, soll an dieser Stelle beiseitegelassen werden – ebenso wie die historischen Wurzeln des Begriffes, die uns allzu weit von Horváth und vom Spießler der Moderne wegführen.

Nimmt man die politische Nomenklatur der Bundesrepublik sowie die Meinungsführer des Medienapparates und der sogenannten Zivilgesellschaft in den Blick, so müßte eine Typologie, die ihnen gerecht wird, aus meiner Sicht drei grobe Kategorien umfassen. Wir haben es einerseits, vor allem in Staat und Parteien, mit einem wirbellosen Funktionärstypus zu tun, den man unter anderem an der amphibischen Kälte erkennt, die er verströmt (Angela Merkel, Ursula von der Leyen, Thomas Haldenwang), andererseits, vorzugsweise in Medien und Zivilgesellschaft, mit dem genauen Gegenteil, dem pathologisch schwerstaufrälligen und heißblütigen Fanatiker (Philipp Ruch, Carola Rackete, Jutta Dittfurth). Die mit Abstand größte und zumeist gut abgrenzbare Gruppe bildet allerdings, hier wie dort, der Spießler.

Wie dessen Ausprägungen in Horváths Werken – etwa Kobler und Schmitz in *Der ewige Spießler*, Alfred in *Geschichten aus dem Wiener Wald* oder *Sladek der schwarze Reichswehrmann* – zeichnet sich auch der Spießler der Gegenwart einerseits durch geistig-weltanschauliche Beliebigkeit, andererseits durch ungehemmte Anpassungs- und Aneignungsbereitschaft aus. Sein größtes Bedürfnis ist es, im Einklang mit seiner Zeit und deren konstitutiven Normen zu stehen. Dafür ist er bereit, jeden Mist zu beklatschen, solange es der *richtige* Mist ist. Sein hervorstechendes Merkmal ist die Dummheit, worunter aber keinesfalls Lebensuntüchtigkeit verstanden werden soll, sondern der Komfort geistiger Beschränktheit oder Selbstbeschränkung. Diese angeborene, anerzogene oder selbstverordnete Trägheit ist es, die ihm sein Dasein überhaupt erst ermöglicht, also ihn dessen innere Widersprüche hinnehmen läßt oder sie vor ihm verbirgt. Dies gelingt nicht immer. Gelegentlich beunruhigt ihn durchaus die Ahnung der eigenen Unzulänglichkeit: Je stärker ihm diese bewußt wird, um so unduldsamer wird er.

Lebt er auch von der Lüge, so lebt er meist nicht schlecht; folgerichtig ist er stets bestrebt, deren Herrschaft zu institutionalisieren. Da er nur vorgibt, ein Freiheits- und ein Gerechtigkeitsempfinden zu besitzen, ist er gegen Pervertierungen des Freiheits- und Gerechtigkeitsempfindens ebenso unempfindlich wie sein Geruchssinn gegenüber der Verwesung. Dies mag nicht zuletzt mit einer eklatanten Phantasielosigkeit zusammenhängen, die sich an seiner austrocknenden Wirkung auf die deutsche Kulturproduktion anschaulich machen läßt: Hiervon legen die notorische Epigonerie und Falschheit des bundesrepublikanischen Film- und Medienbetriebes eindrucksvoll Zeugnis ab. Da er selbst bestenfalls durchschnittlich ist, sucht er auch sein Heil im Durchschnittlichen, bei seinesgleichen. Er trachtet danach, sich über den anderen, vor allem über den weniger Durchschnittlichen zu erheben, und diese Bestrebung wird um so stärker, je mehr Anlaß er zu dem Verdacht hat, daß der andere ihn durchschaut. Das Erhabene weckt sein Mißfallen insbesondere dann, wenn es sich seinen Konsumansprüchen entzieht. Bezeichnend sind in diesem Zusammenhang seine häufige Vorliebe für Profanisierungen, für sexualisierten Humor, für Furzwitze und Scheißhausprüche, sein Gaffertum und seine Schadenfreude.

Kaum etwas fürchtet er mehr als Demaskierung und Deklassierung – höchstens vielleicht noch, beim Wort genommen zu werden. Risikofreudig ist er nur, wenn die Anreize entsprechend sind; er geht jedoch niemals mit einer verlorenen Sache zugrunde. Seine hypochondrische Veranlagung bricht stets dann offen aus, wenn er seine Pfründe bedroht sieht; sie ließ sich in der Vergangenheit jedoch zumeist in systemkonforme Bahnen lenken, etwa auf eine drohende Revolution von rechts, auf Pande-

»Die Masse robotet, verdaut, schläft mit ihren wasserstoffsperoxydfärbten Weibern und zeugt, damit der Termitenhaufen weiterlebt, Kinder – sie betet die Parolen des großen Manitu nach, denunziert und wird denunziert, stirbt oder wird gestorben und vegetiert so dahin; übrigens ohne auch nur zu erröten vor den Hinterlassenschaften der Väter, vor den Denkmälern einer großen Vergangenheit, vor den Kronjuwelern der eigenen Kultur.«

Friedrich Reck-Malleczewen: *Tagebuch eines Verzweifelten*. Frankfurt a.M. 1971, S. 50.

»Die Landeserntedank-Gottesdienste sind in den letzten Jahren politischer geworden. Von Lebensmittelverschwendung über Tierhaltung bis zu Handelsverträgen wurde in den Jahren in Predigten und Grußworten die ganze Agenda der Agrarpolitik angesprochen. Diesmal aber genoss ich vor allem die Tradition selbst – ja, ich, der so was eher spießig und altbacken und überkommen findet, saß ich da und dachte: wie besonders.«

Robert Habeck: Blogeintrag vom 1. Oktober 2017 unter [www.robert-habeck.de](http://www.robert-habeck.de)

mie-, Klima- oder Atomkatastrophen. Damit ist er der entscheidende Resonanzboden für die Massenhysterien, die unsere Zeit prägen.

Fragt man nach den Ursachen hinter der Dominanz des Spießers im heutigen System, so ist der Hauptgrund wohl, wenig überraschend, in jenem schleichenden Prozeß zu sehen, der die traditionelle Herrschaftslegitimation der Eliten aushöhlte. Denn im gleichen Maße, wie der Gesinnungsmoralismus an die Stelle von nachprüfbarem Sachverstand, von Fähigkeiten, natürlicher Autorität und angewandten Tugenden trat, eröffnete sich dem Spießer ein immer breiteres Wirkungsfeld, bis er schließlich Parteien, Staat und Öffentlichkeit gänzlich durchdrungen hatte. Nach und nach schuf er sich ein Umfeld aus seinesgleichen, das für seine Verfehlungen und Schwächen, für Heuchelei und überführte Lügen, für private Exzesse, akademische Plagiate, Korruption und fachliche Inkompetenz ein Höchstmaß wohlwollender Nachsicht aufbringt und ihn, muß er auch mal ins zweite Glied zurücktreten oder das Betätigungsfeld wechseln, vor angemessener Sühne schützt. Der gesellschaftlich-kulturelle Gleichschaltungsprozeß ist somit auch ein Prozeß der Verspießerung gewesen.



*Alles richtig gemacht.*

Wie ist nun mit ihm umzugehen? – Zunächst einmal: Wer die Macht errungen und gefestigt hat, wird sich der Umarmung durch den Spießer kaum erwehren können. Dies ist ein gesondertes, aus gegenwärtiger Sicht ein Luxusproblem. Es besteht kein Zweifel, daß der Spießer die gleiche Fahne, die er jetzt noch mit Füßen tritt oder sich widerstandslos entwenden läßt, bei Veränderung der Machtverhältnisse mit Inbrunst wieder schwenken würde: Mehr noch, er würde Schwarz-Rot-Gold, wenn es die Lage erfordert, bedenkenlos gegen Schwarz-Weiß-Rot (oder Hammer und Sichel) tauschen, sich mit Eichenlaub, Tannengrün und Wehrmacht-Devotionalien umgeben (oder sozialistischem Realismus, Karl-Marx-Büste und Ostblock-Memorabilien) und sogar das Runen-Alphabet lernen (oder Russisch), wenn es seinem Vorankommen nützlich wäre. Hierin liegt natürlich auch eine gute Nachricht, denn einmal eingefangen, ist der Spießer leicht zu beherrschen (überflüssig zu erwähnen, daß man seine Machtbasis nicht auf ihm begründen darf).

Was nun den Weg dorthin angeht, so ist bereits deutlich geworden, daß der Spießer für revolutionäre Bestrebungen unbrauchbar ist. Zwar wird man ihn in jedem siegreichen Lager finden, doch ist es aussichtslos,

ihn für eine Bewegung gewinnen zu wollen, die ihm Opfer abfordert, ohne sie umgehend zu kompensieren. Zu selbstlosem Verhalten kann er ohnehin nur durch die Dynamik und Sanktionsmacht einer Gruppe gezwungen werden, mit der er unlösbar verkettet ist.

Nun kann man mit einer gewissen Berechtigung argumentieren, daß er als maßgeblicher Teil des Problems nicht Teil der Lösung sein kann. Doch stellt der Spießler schon aufgrund seiner schier Masse, die ein wahrhaft bundesrepublikanischer Züchtungserfolg ist, einen entscheidenden Adressaten für die politische und metapolitische Ansprache dar. Ohne Umschweife: Wer Deutschland retten will, kommt am Spießler nicht vorbei. Die Einbindung des Spießlers bleibt gleichwohl ein Balanceakt, denn er wird seine schlechten Eigenschaften, nur weil er – offen oder verdeckt – ins oppositionelle Lager wechselt, kaum ablegen. Gibt man ihm Raum, so wird er diesen früher oder später nutzen, um seine Eigenschaften zu entfalten. Darum ist es auch schädlich, Überläufer der Systemparteien und -institutionen in exponierte Positionen des eigenen Lagers zu pflanzen; stattdessen sind eigene Eliten heranzuziehen und zu bevorzugen. Als Fußvolk indes ist der Spießler unverzichtbar. Darum muß man niedrigschwellige Angebote schaffen, die seine Beteiligung erheischen: Das Internet bietet hierfür bekanntlich die besten Voraussetzungen.

Das grundlegende metapolitische Angebot an den Spießler, der Normalisierungspatriotismus, liegt bereits auf dem Tisch und sollte beharrlich wiederholt werden. Doch darf man sich keinen Illusionen hingeben: Der Spießler wird in der Mehrzahl erst danach greifen, wenn sich entweder das Systemversagen empfindlich auf seine Lebensverhältnisse auswirkt oder ihm ausreichende materielle Anreize geboten werden (Ämter, Entscheidungsbefugnisse). Davon, ihn mit letzteren zu ködern, ist aus den oben geschilderten Gründen abzuraten; auch darf er nie zu offensichtlich umworben werden, da er andernfalls glauben wird, die Regeln bestimmen zu dürfen. Zweckmäßiger wird es sein, kontinuierlich und gezielt, durch Publizistik und Aktionismus, seine hypochondrischen Neigungen zu stimulieren, ihn bei seinen Verlustängsten zu packen und, wo immer möglich, darauf zu stoßen, daß die Katastrophe, die er ja selbst in lichten Momenten ahnt, mitunter schon heraufziehen sieht, nicht erst in Jahrzehnten, sondern in Kürze bevorsteht, daß sie mit rasender Geschwindigkeit auf ihn zurollt und ihn unter sich begraben wird, wenn er sich *jetzt* nicht ermannt. Hier muß mit grellen Farben gemalt werden, die seiner Überreizung und Abstumpfung Rechnung tragen. Für Katastrophenszenarien ist er grundsätzlich empfänglich, da sie für ihn zugleich lust- und angstbesetzt sind; solange man ihm erlaubt, sich als Opfer zu fühlen (obgleich Sie und ich wissen, daß er schuldig ist), wird er sich mental auf das Kommende vorbereiten lassen und abzuwägen beginnen, wie und wo er sich unter den verändernden Bedingungen positionieren soll. Das gespaltene Bewußtsein, das daraus resultiert (»links reden – rechts leben«, oder zumindest: »rechts wählen«), und dessen seit 2015 fortschreitende Verbreitung sind vielfach beobachtet und beschrieben worden.

Kommen wir zuletzt auf ein langfristiges Ziel zu sprechen. Die Überwindung des Spießlers, d.h. die Umkehrung der gesellschaftlichen Verspießerung kann selbstredend nur auf metapolitischem Wege erreicht werden. Es gilt, den Spießler unter das Dogma einer neuen Leitkultur zu zwingen, die jener »geistig-moralischen Wende« entsprechen könnte, die Helmut Kohl den Westdeutschen in den frühen 1980er Jahren verordnen wollte. Dabei liegt es auf der Hand, daß gemeinschaftstaugliche Werte, Treue und Ehrgefühl nicht von oben durchgesetzt werden können. Um sie überhaupt zu begreifen, müssen sie *erfahren* werden – und sei es aus der Ferne. Daß integrale, authentische Köpfe aus dem oppositionellen Milieu dank virtueller Kanäle und Plattformen auf eine breite Zuschauerschaft einwirken und, ungehindert durch Verzerrungen der Systemmedien, ihre Strahlkraft entfalten können, ist ein Hoffnungszeichen für diejenigen, die das Überleben dieser Republik und eine Erneuerung unseres Volkes für möglich halten. In dem Moment, in dem die Toleranz gegenüber Blendertum, Scheinheiligkeit und Mediokrität ein Ende nimmt, in dem nicht mehr die Worthülse zählt, sondern das Wort, nicht mehr die Absichtserklärung, sondern die Tat, und nicht mehr die Versprechung, sondern deren Einlösung, wird auch das Spießertum nach Horváth an jenen Platz verwiesen sein, an den es gehört. ■

»Ein Mensch, der, wenn auch nicht in der Wüste, so doch in einer verkümmerten Zone, wie etwa einer Industriestadt, sich fristet und dem auch nur ein Schimmer, ein Hauch der ungeheuren Macht des Seins vermittelt wird: ein solcher Mensch beginnt zu ahnen, dass ihm etwas fehlt.«

Ernst Jünger: *Der Waldgang*, Stuttgart 2014, S. 64.

# Marina Abramović

von Martin Lichtmesz

Am Karfreitag 2020 veröffentlichte Microsoft auf YouTube einen Werbespot für ein »Mixed Reality«-Projekt der serbischen Performancekünstlerin Marina Abramović, das durch die 3D-Brille »HoloLens 2« ermöglicht wird: Im Zuge der neunzehnminütigen Performance »The Life« soll Abramović den Zuschauern als täuschend lebensechtes Hologramm erscheinen und sich sodann »in dünne Luft« auflösen. Die Performance soll im Oktober dieses Jahres in New York, Los Angeles und London aufgeführt und versteigert werden. Sie kann prinzipiell noch lange nach dem Tod der Künstlerin wiederholt werden und verleiht ihr somit eine Art virtueller Unsterblichkeit. »Ich glaube, daß die Kunst der Zukunft eine Kunst ohne Objekte ist. Sie ist eine reine Übertragung von Energie zwischen dem Betrachter und dem Künstler. Für mich ist Mixed Reality die Antwort«, so Abramović in dem Spot, während eine Skizze von Michelangelos »Erschaffung Adams« eingeblendet wird. Der Regisseur von »The Life« beteuert, was für eine »einzigartige Gelegenheit« es gewesen sei, mit der »legendärsten zeitgenössischen Künstlerin« zu arbeiten und ihr Abbild »für immer« festzuhalten. Der Vizepräsident von Christie's Los Angeles versichert, daß es sich hier um ein »bahnbrechendes« Werk handle. Die von Microsoft produzierte Technologie ermögliche nicht nur »den reinsten Ausdruck künstlerischer Absichten«, sondern erstmalig auch den Erwerb der »Anwesenheit des Künstlers« für die eigene Kunstsammlung.

Innerhalb von drei Tagen erhielt der Spot über 24 000 negative Bewertungen (denen nur 625 »Likes« gegenüberstanden), während sich die Kommentarspalten rasch mit zornigen und sarkastischen Einträgen füllten. Außerhalb des Milieus, das sie unermüdlich als epochale Lichtgestalt preist, wird Abramović nämlich von einem inzwischen sehr großen Publikum als zutiefst böse »Satanistin« wahrgenommen, als okkulte Hohepriesterin der globalistischen Eliten, zu denen sie enge Beziehungen pflegt, seien es Politiker, Pop- und Filmstars oder philanthropische Milliardäre mit Weltverbesserungsneigungen. Ein Wasserfall auf diese Mühlen ist die Tatsache, daß sie mitten in der »Coronaviruskrise« ausgerechnet mit jenem Konzern gemeinsame Sache macht, dessen Gründer und WHO-Sponsor Bill Gates zum Lieblingsfeindbild aller geworden ist, die befürchten, daß eine weltweite »Coronadiktatur« mit Zwangsimpfungen und Überwachungs-Apps bevorsteht. Der Gegenwind blies derart stark, daß sich Microsoft gezwungen sah, den Spot wieder vom Netz zu nehmen, während die *New York Times* Abramović mit einem Artikel in Schutz nahm. »Ich bin eine Künstlerin, keine Satanistin«, beteuerte sie. »Könnt ihr aufhören, mich zu belästigen? Seht ihr nicht, daß ich diese Art von Kunst seit fünfzig Jahren mache?«

Auch in Deutschland wird die laufende verschwörungstheoretische Pandemie von den Leitmedien als ernsthafte Gefahr betrachtet, befeu-

»Taucht man ein ins Milieu der Verschwörungstheoretiker, stellt man schnell fest: Was sie eint, ist das Mißtrauen gegenüber den Autoritäten. Der Wille, sich zu wehren. Und die Zurückweisung des Begriffs ›Verschwörungstheoretiker«. Allenfalls ironisch, mit spöttischem Stolz würden sie selbst sich so nennen, um zu betonen, daß sie zum Mainstream nicht dazugehören.«

Sebastian Kempkens: »Das große Komplott«, *Die Zeit*, 14. Mai 2020.



»The Life«

ert durch bundesweite Proteste gegen die Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung des Coronavirus. Die »Verschwörungstheorien« bewegen sich dabei auf sehr unterschiedlichem Niveau, und ihre schrägsten Auswüchse werden gerne dazu benutzt, um begründete Zweifel und Kritik zu diskreditieren. Ihr Wuchern ist gewiß als Symptom zu werten: Es spiegelt das tiefe Mißtrauen wider, das wachsende Teile der Bevölkerung den tonangebenden wirtschaftlichen, politischen, medialen und kulturellen Eliten entgegenbringen, und das nicht nur in westlichen Staaten. Diese Eliten treten mit dem Anspruch auf, Bannerträger einer universalen, unantastbaren, progressiven, liberalen Moral sein, was wohl eine Ursache des psychologischen Bedürfnisses ihrer Gegner ist, sie moralisch so radikal wie möglich zu diskreditieren, ja buchstäblich zu dämonisieren. Die Eliten erscheinen dann als totalitäre Antichristen in der Maske von Erlösern, und sie werden verdächtigt, satanischen Orgien à la Gilles de Rais (»Blaubart«) inklusiv ritueller Kinderschändungen zu huldigen, was nach Aufdeckung der Vorgänge um Jeffrey Epstein und seinem »Lolita-Express« nicht mehr ganz an den Haaren herbeigezogen erscheint. Ein Vertreter dieses Genres ist etwa der einflußreiche YouTuber Oliver Janich (144 000 Abonnenten), der die »Coronakrise« als »satanische Freimaurerinszenierung« betrachtet.

Dies führt uns zurück zu Marina Abramović, der 1946 in Belgrad geborenen Performance-Pionierin, die seit dem sogenannten »Pizzagate«-Skandal zentrale Figur etlicher Spekulationen über die Machenschaften der »Kabale« geworden ist. Ursprung waren private E-Mails von John Podesta, dem Wahlkampfleiter von Hillary Clinton, die von Wikileaks im Oktober und November 2016 veröffentlicht wurden. Diese enthielten etliche seltsam anmutende Stellen, die von Amateurinvestigatoren als Codes für pädophile Umtriebe gedeutet wurden. In der Tat bestand eine direkte persönliche Verbindung zwischen Clinton und Podesta zu dem Besitzer einer Pizzeria in Washington, der sich in hohen Regierungskreisen bewegte und auf seinem Instagram-Konto Bilder mit unlegbar perversem und pädophilem Subtext postete. Eine Mail aus dem Jahr 2015 enthielt eine Einladung von Abramović an John Podesta und seinen Bruder Tony – einen wohlhabenden Sammler makabrer Kunst –, an einem »spirit cooking dinner« bei ihr zu Hause teilzunehmen, das nach Aussage der

»Die Belästigung im Netz habe sie beruflich nicht beeinträchtigt, sagte Frau Abramović, da »die Leute, die in diesem Geschäft wirklich gesunden Menschenverstand haben, das alles für Unsinn halten«. Die Drohungen haben jedoch ihr Privatleben stark beeinträchtigt. »Ich habe persönlich Angst, daß irgendein Verrückter mit einer Waffe kommt und auf mich schießt, weil er mich für eine Satanistin hält«, sagte sie.«

Alex Marshall: »Marina Abramović Just Wants Conspiracy Theorists to Let Her Be«, *New York Times*, 21. April 2020.



© Wolfgang Wehls, picture alliance / dpa

### Installationen in Hannover.

»Das sind ritualistische Praktiken. Wo lernen die das? Das frage ich mich immer, als Anwalt, als Detektiv, als Journalist. Es ist ganz klar, daß sie eine gemeinsame Sprache, eine gemeinsame Symbolik haben. Sie lernen es irgendwo, sei es vom Teufel, vom Satan oder von Praktizierenden. Ich weiß es nicht, aber als Rationalist, als jemand, der nicht notwendigerweise an Gott glaubt, sage ich: Sie lernen es von irgendwo.«

Mike Cernovich: »Spirit Cooking: Evil In Government«, YouTube, 4. November 2016.

Künstlerin am Ende nie stattfand und nichts weiter gewesen wäre als ein normales Abendessen. Diese E-Mail wurde im Zusammenspiel mit anderen Fundstücken zum Ausgangspunkt wüster Gerüchte, die im Endspurt des US-Präsidentenwahlkampfes gezielt lanciert wurden, um Clinton zu schaden. Hauptventilatoren der Behauptung, die Mail Abramovićs an Podesta würde die Verstrickung der »Eliten« in satanische Rituale belegen, waren YouTuber wie Paul Joseph Watson, Stefan Molyneux und Mike Cernovich.

Hinter diesem »Geisterkochen« schienen sich außerordentlich sinistre Dinge zu verbergen. »Spirit Cooking« war der Titel eines 1996 erschienenen Portfolios surrealer »Rezepte« Abramovićs, die beispielsweise so lauteten: »Mische frische Muttermilch mit frischer Spermamilch, trink sie in Erdbebennächten«, »Schneide dir mit einem scharfen Messer tief in den Mittelfinger deiner linken Hand. Iß den Schmerz« oder »Frischer Morgen-Urin. Besprenkle damit Alpträume der Nacht«. »Spirit Cooking« war auch der Titel eines Videos aus dem Jahr 1997, das sich auf YouTube findet und Abramović zeigt, wie sie diese »Rezepte« mit Schweineblut auf eine weißgekalkte Wand malt. Das mag an die Zutaten eines Hexenkessels à la *Macbeth* erinnern, und hat auch gewisse Ähnlichkeiten mit Zutaten (Menstruationsblut, Honig, Öl) der »Hostie« der »Gnostischen Messe« Aleister Crowley's, wodurch das Gerücht entstand, Abramović wäre bekennende Anhängerin des berühmten Okkultisten. Etliche weitere Schockbilder tauchten auf: 2011 war sie Gestalterin einer dekadenten Fundraising-Party des Museum of Contemporary Art in Los Angeles (MoCA), an der achthundert Gäste aus der Kunst-, Mode-, Film- und Popwelt teilnahmen, zu Eintrittspreisen, die von 25 000 bis 100 000 Dollar reichten. Jeder Tisch war drapiert mit einer nackten, mit einem Plastikskelett bedeckten Frau (eine Anspielung auf eine Performance von Abramović), während aus Löchern in der Tischplatte die Köpfe von lebendigen jungen Menschen hervorlugten, deren Job es war, in dieser Position stundenlang regungslos zu verharren. Als Höhepunkt wurden zwei Torten in Menschengestalt angeschnitten, die Abramović und der Sängerin Debbie Harry glichen.

2013 erschien sie mit der Popsängerin Lady Gaga auf einer Glamour-Party des Theaterregisseurs Robert Wilson unter dem Motto »Devil's

Heaven«. Die beiden wurden photographiert, wie sie an dem dunklen Honig naschten, der blutähnlich den Körper einer nackten Frau bedeckte, die mit starrem Blick in einer sargartigen Kiste lag – eine Performance einer wenig bekannten Künstlerin mit dem Titel »Funérailles de miel« (»Honigbegräbnis«). Für die ukrainische Ausgabe der Modezeitschrift *Vogue* posierte Abramović 2014 im diabolischen Dracula-Look: pechschwarzes Haar, blutrotes Kleid, leichenweiße Haut, in den Händen einen gehäuteten Bocksschädel haltend. Schon zu Beginn ihrer Karriere hatte sich eine komplett nackte Abramović in einer Performance mit einer Rasierklinge ein auf dem Kopf stehendes Pentagramm in den Unterbauch geritzt, das in anderen Versionen der Aktion allerdings auch als Sowjetstern interpretiert werden kann.

Aus diesen und anderen Indizien entstand die kannibalistische Hexenmeisterin von »Pizzagate«, während die Abramović der internationalen Kunstszene als numinose »Ikone« gilt, deren Karriere ähnlich wie bei



© Gryf / Alamy Stock Foto

Joseph Beuys vor allem auf ihrer Selbstinszenierung als charismatische Visionärin beruht. Abramović ist ein Musterbeispiel für eine dominante Strömung der modernen Kunst, die sich einerseits vom auratischen Abglanz und Stellenwert der »alten« Kunst nährt, andererseits den Kunstbegriff ins nahezu Beliebige erweitert und von Objekten wie Gemälden, Skulpturen, Architekturen abgelöst hat. Der Zerstörung des traditionellen Kunstbegriffs folgt ein Sinnvakuum, das der Künstler als um sich selbst kreisender, gnostischer Guru füllt. Er ist nicht mehr der Schöpfer »schöner« Objekte, sondern wird selbst zum Kunstwerk, zum »Schamanen«, der unsichtbare Geisteskräfte channelt, zum direkten Spender jener Transzendenz (Abramović: »Energie«), die einst durch die Schönheit oder Vollkommenheit des Werkes vermittelt wurde. Es ist weniger von Bedeutung, was der Künstler kann (als »artisan«), als was er (vorgeblich) ist, nämlich ein Vermittler von spirituellem Mana und Manna. Kunst als »Performance« hat rituellen Charakter und ist darum mit dem Tanz und dem Theater ebenso verwandt wie mit Initiationsriten, Messen oder Zeremonialmagie – weshalb sich Aktionskunst auch gut zur Subversion eignet, wie schon in den sechziger Jahren die Wiener Aktionisten demonstrierten.

*Marina Abramović & Ulay – »Rest Energie«, präsentiert in der Ausstellung »Der Reiniger« im Museum für zeitgenössische Kunst in Belgrad, Serbien 1980.*

»Performance-Kunst«, die aufgrund fehlender verbindlicher Maßstäbe häufig banal und beliebig ausfällt, fördert den Narzißmus des Künstlers und wird heute vorwiegend zu »dekonstruktiven« Zwecken benutzt. Die Unverständlichkeit und Absurdität der Performance soll dazu dienen, »Sinnfragen zu stellen«, »verkrustete Denkmuster zu sprengen« oder was auch immer an Rechtfertigungen vorgebracht wird. In dem 3D-Projekt »The Life« wird eine in feierliches Rot gekleidete Abramović gleichsam nekromantisch beschworen; »Kunst« ist das nur deswegen, weil eine Künstlerin erscheint und nicht etwa eine x-beliebige Putzfrau oder ein Taxifahrer oder Bill Gates. Abramović hat es so weit gebracht, daß schon ihre bloße Anwesenheit als »Kunst« gehandelt wird. So adelte sie ihre Lebenswerk-Retrospektive im New Yorker Museum of Modern Art im Jahre 2010, die ihren Durchbruch in den Mainstream markierte, mit der Aktion *The Artist is Present*: Drei Monate lang saß sie acht Stunden pro Tag, sechs Tage pro Woche, schweigend auf einem Holzstuhl vor einem leeren Tisch, ihr gegenüber ein weiterer Stuhl, an dem die Besucher Platz nehmen und mit ihr Augenkontakt aufnehmen konnten, solange sie wollten. Der gleichnamige Film über die Ausstellung zeigt, wie manche Menschen buchstäblich in Tränen ausbrechen, zutiefst erschüttert von der »Präsenz« dieses überirdischen Wesens.



© Andrew Russeth, CC BY-SA 2.0

»The Artist is Present«,  
Museum of Modern Art,  
New York 2010.

Gewiß können selbst ihre Verächter Abramović kaum den Respekt für ihre geradezu übermenschliche körperliche und mentale Zähigkeit versagen. Ihr »legendärer« Ruf basiert weitgehend auf Aktionen aus den siebziger Jahren, deren berühmteste, »Rhythm 0« (1974), als eine ähnlich beunruhigende Offenbarung der menschlichen Natur gilt wie etwa das Milgram- oder das Stanford-Gefängnis-Experiment. Abramović verharrte sechs Stunden lang vor einem Tisch mit 72 Gegenständen, deren Anwendung an ihrem Körper dem Publikum völlig freigestellt war: darunter eine Federboa, eine Rose, ein Hammer, eine Axt, Scheren, Nägel,

Skalpelle, Weinflaschen, Gürtel, Peitschen und eine geladene Pistole, die am Ende, als die Künstlerin bereits mit Schnittwunden übersät war, tatsächlich von einem Besucher an ihren Kopf angelegt und ihm in letzter Sekunde entrissen wurde. In der Tat wird niemand, der diese Geschichte gehört hat, sie je vergessen und ihre mythische Wirkung steigert sich noch dadurch, daß es außer ein paar Fotos keine Aufzeichnung gibt und sie tatsächlich zur »Legende« geworden ist, die durch das Weitererzählen lebt, wie auch einige andere ihrer Taten, etwa ihr Marsch entlang der chinesischen Mauer, in deren Mitte sie auf ihren »Seelenzwilling«, den deutschen Künstler Ulay traf, um sich nach zwölfjähriger Partnerschaft von ihm zu verabschieden.

Heute ist Abramović, die noch vor dreißig Jahren kaum ihre Stromrechnungen bezahlen konnte, Multimillionärin und Superstar eines internationalen Kunstbetriebs, der kaum mehr Kunstwerke oder gar Schönheit hervorbringt, sondern einerseits zum Markt von Scharlatanerien, Banalitäten und Scheußlichkeiten, die jeder Beschreibung spotten, geworden ist, andererseits als Sprachrohr globalistischer Ideen und Slogans dient.

So lernen auch die per Marina-Abramović-Methode mental und physisch gestählten Performance-Studenten am Marina-Abramović-Institut in Hudson, New York über »zeitgemäße Sichtweisen auf Politik, Feminismus, Intimität, Gender, Neurowissenschaft, rassische Identität, Psychologie und Verwundbarkeit« zu debattieren. Die Marschrichtung ist klar: Es handelt sich im Kern um dasselbe Evangelium, das heute unisono von unzähligen Stiftungen, Instituten, medialen Netzwerken, Think-Tanks und übernationalen Organisationen bis hin zur UNO verkündet wird. Was die »satanische« Ikonographie betrifft, die von vielen Verschwörungstheoretikern für bare Münze genommen wird wie einst Heavy-Metal-Platten von christlichen Fundamentalisten, so hat sie eine lange Tradition in der Moderne und reicht bis zum Schlachtruf »Épater le bourgeois« (etwa: »Schockt den Bourgeois!«) der *poètes maudits* des 19. Jahrhunderts vom Schlage eines Baudelaire, Rimbaud oder Lautréamont zurück. Die Identifikation mit »Luzifer« als Archetyp des prometheischen Rebellen bedarf keines Glaubens an übernatürliche, dämonische Mächte. »Satan« wird zum Symbol des Widersachers, Umstürzlers, Nonkonformisten. Wie Beuys versteht sich auch Abramović als anthropologische Revolutionärin. »Kunst kann nur in destruktiven Gesellschaften gemacht werden, die neu aufgebaut werden müssen«, sagte sie in einem Interview. Es ist eine alte Idee der modernen Kunst, daß das Althergebrachte zerstört werden muß, um zu etwas Neuem zu gelangen, das noch nicht in Worte gefaßt und nur in einer mystisch-suggestiven Sprache und Formensprache ausgedrückt oder angedeutet werden kann.

Im spirituellen Gepäck hat Abramović weniger Crowley oder Huysmans als einen synkretistischen Mix zum Zwecke der Selbst- und Realtranszendenz, der sich nahtlos mit den humanistischen und transhumanistischen Selbstvergottungsversuchen durch die Technologie kurzschließen läßt, wie sie etwa Yuval Harari in *Homo Deus* darstellte. Im Gegensatz zu Baudelaire und anderen »satanischen« Künstlern sucht man bei Abramović vergeblich nach Schönheit oder Dienst am künstlerischen Handwerk, ungeachtet ihres relativen Formwillens und der unfaßbaren Strapazen, die sie sich selbst auferlegt. Daß sie von der subversiven Extremaktionistin, die mit Ulay jahrelang in einem alten Lastwagen lebte, zum millionenschweren Idol der globalistischen Klasse aufgestiegen ist, ist eine erstaunliche und aufschlußreiche Entwicklung. Die Vergnügungen und Geschmäcker der letzteren haben sich trotz ihrer demokratischen, humanitären und egalitären Rhetorik zum Teil weit von dem entfernt, was für einen Durchschnittsmenschen noch nachvollziehbar ist, und wer den Teufel derart deutlich an die Wand malt, darf nicht erwarten, nur wohlwollende und kunstgeschichtlich informierte Reaktionen zu ernten. Aus dem Eck der Reichen, Schönen, Mächtigen, Kosmopolitischen wirkt das »épater le bourgeois« nicht nur witzlos und überholt, sondern geradezu wie ein Treten nach unten. Den »populistischen« Gegendruck bekam Microsoft deutlich zu spüren, und er hat nicht nur mit Banausentum oder Paranoia zu tun, sondern mit einer deutlichen Entfremdung unterschiedlicher Lebenswelten und Klassen innerhalb sehr ungleicher Machtverhältnisse. ■

»Es begann harmlos. Jemand drehte ihre Arme herum. Jemand schob ihre Arme hoch in die Luft. Jemand berührte sie auf eine einigermaßen intime Weise. Die neapolitanische Nacht begann sich zu erhitzen. In der dritten Stunde wurden all ihre Kleider mit Rasierklingen vom Leib geschnitten. In der vierten Stunde sondierten Rasierklingen ihre Haut. Jemand schnitt mit denselben Rasierklingen an ihrer Kehle, um das Blut abzulecken. Verschiedene kleinere sexuelle Übergriffe wurden an ihrem Körper ausgeführt. Sie verhielt sich ihrer Performance gegenüber so verpflichtet, daß sie sich weder einer Vergewaltigung noch einem Mord widersetzt hätte. Angesichts ihrer Willenlosigkeit, mit ihrem implizierten Kollaps der menschlichen Psyche, bildete sich im Publikum eine schützende Gruppe. Als eine geladene Feuerwaffe an ihren Kopf gehalten und ihr Finger auf den Abzug gelegt wurde, brach zwischen den Publikumsgruppen ein Kampf aus.«

Frazer Ward: *No Innocent Bystanders: Performance Art and Audience*, Dartmouth 2012.

## Verhaltenslehren – ein kleines Lexikon

von Benedikt Kaiser (BK), Götz Kubitschek (GK) und Erik Lehnert (EL)

Der Begriff **VERHALTENSLEHREN** ist im Verlauf der Diskussionen um die Ausrichtung der Alternative für Deutschland (AfD) zu einer Renaissance gelangt. Er ist dem zur Redewendung gewordenen Titel einer germanistischen Studie entlehnt: Helmut Lethens bahnbrechende Arbeit über die *Verhaltenslehren der Kälte* verwies auf Lebensversuche zwischen den Kriegen, die nach dem Schock der Materialschlacht und der Hinterschlachtung einer halben Generation auf grobe Schnitte, Neuentwürfe, Mobilmachung und reinigende Rücksichtslosigkeit ausgerichtet waren. All diesen Entwürfen wohnte eine Art Nachahmungsverbot inne: Wegkommen von dem, was in die Katastrophe geführt hatte, herantasten an das, was neu und tragfähig sein würde.

Wenn wir nun von der AfD als einem Gegenentwurf zur Beutegemeinschaft aus Altparteien, Zivilgesellschaft und gekaperten Behörden sprechen, klingt daraus die Forderung nach einer Verhaltensänderung auf allen Feldern: Wer sich nicht beteiligen will an den Sauereien derjenigen, die ihre Beute- und Zerstörungspolitik für alternativlos erklären, muß sich tatsächlich ein Nachahmungsverbot auferlegen und überall dort, wo sich die Verfilzung und der politische Zynismus ausgebreitet haben, alternative Verhaltenslehren formulieren und sie befolgen. Daß dies in besonderem Maße und weit über eine Partei hinaus für diejenigen gilt, die sich nicht mehr beteiligen wollen, versteht sich von selbst. (GK)

Die **METAPOLITIK** hat es mit den Phänomenen zu tun, die hinter den unmittelbar das Gemeinwesen und seine Organisation betreffenden Dingen liegen. Es geht um den Hintergrund, vor dem sich die politischen Akteure bewegen. Die Begriffsbildung hat einen reaktionären Ursprung, der sich auf den Umsturz der Französischen Revolution bezog, der die Voraussetzungen der Politik vollständig geändert hatte. Diesem weltgeschichtlichen Ereignis ging die Wühlarbeit der Aufklärer und der Geschichtsphilosophen voraus, die ein Klima geschaffen hatte, in dem die Unzufriedenheit mit dem Absolutismus nicht Einzelmeinung blieb, sondern Zeitgeist wurde. Eine Renaissance hat der Begriff als Reaktion

auf die 68er Revolte erlebt, die in ähnlicher Weise gesellschaftspolitische Weichenstellungen vollzogen hat. Die 68er dienen heute nicht zuletzt deshalb als metapolitische Blaupause, weil die vergleichbare Machtergreifung der 1933er auf weniger weiche Methoden setzte. Metapolitik geht es um den Zeitgeist, da ein politischer Angriff nur erfolgreich sein kann, wenn der Zeitgeist von der Notwendigkeit des Wandels überzeugt ist. Die Erfolge der AfD sind ein Beispiel für eine Machtoption, die metapolitisch in der Luft hängt. Das einseitige Setzen auf die parlamentarische Partizipation führt zwangsläufig dazu, daß an den Grundfragen nicht gerührt wird. Der Einfluß der AfD auf die Zivilgesellschaft ist gering, so daß diese gemeinsam mit dem politmedialen Komplex die AfD in die Zange nehmen kann. Der einzige Ausweg aus diesem Dilemma ist die metapolitische Offensive, die scheinbare Gewissheiten in Frage stellt. Das größte Hindernis für eine metapolitische Wende ist die Überzeugung, daß die Geschichte zu Ende ist, daß wir uns einem Optimum angenähert haben, das, abgesehen von Korrekturen und Verbesserungen, für immer Bestand haben wird. Es ist die Alternativlosigkeit, die Fragen verbietet, Ideen tabuisiert und dabei auf die unausgesprochene Zustimmung der Zivilgesellschaft setzen kann. Eine Alternative muß die großen metapolitischen Fragen nach der Lebensweise und der Form der Partizipation stellen. (EL)

Unter dem Begriff **REALPOLITIK** versteht man gemeinhin zweckbezogenes politisches Handeln. Realpolitik rechnet mit den Dingen, wie sie sind und trachtet nicht danach, die Dinge selbst zu ändern, sondern versucht unter den Gegebenheiten, ein bestmögliches Ergebnis zu erreichen. Es geht in der Realpolitik um eine gute Verwaltung des Zustandes und das Vermeiden von Risiken, weil man weiß, daß es keinen Idealzustand geben kann. Die Idee der Realpolitik ist das Gleichgewicht, das gehalten werden muß, um zu verhindern, daß jemand zu mächtig wird und daraus den Versuch ableitet, das System zu zerstören. Realpolitik erkennt damit an, daß es in der Politik um Macht geht, die einen in den Stand versetzt, Einfluß auf die Dinge zu neh-

men, um nicht Objekt der anderen zu werden. Realpolitik ist ursprünglich ein nationalliberaler Kampfbegriff gegen den monarchistischen Legitimus gewesen, dessen Politik man ein Verhaftetsein an Traditionen vorwarf, die mit den Bedürfnissen der Völker nicht in Einklang zu bringen waren. Realpolitik ist prinzipienlos, weil sie sich nach Opportunitäten richtet. Im Zeitalter der Nationalstaaten war dies unproblematisch, weil Realpolitik rückgebunden an das Wohl der eigenen Nation war, dem alles untergeordnet wurde. Diese Rückbindung sorgte dafür, daß man niemals alles auf eine Karte setzte, gleichzeitig die Dinge aber auch nicht laufen ließ. Die Friedensepoche von 1871 bis 1914 war in dieser Haltung begründet. Das Zeitalter der Massen hat die Voraussetzungen geändert. Demokratie und Realpolitik stehen in einem Spannungsverhältnis zueinander, da Interessengruppen ihr eigenes Wohl in den Vordergrund stellen und realpolitisch gesonnene Politiker nicht selten an den Wahlurnen abgestraft werden, weil sie ihre eigenen Versprechen, die sie gaben, um überhaupt gewählt zu werden, nicht halten können. Aus diesem Dilemma führt nur eine erneute Rückbindung der Realpolitik. (EL)



Das Wort STAATSPOLITIK provoziert Mißverständnisse, da es zum einen die Selbstverständlichkeit der Staatsbezogenheit von Politik zum Ausdruck bringt, zum anderen einen heute eher ungewöhnlichen Anspruch formuliert, der in einem scharfen Gegensatz zum gegenwärtigen Politikgebaren steht. Es macht deutlich, daß das Gemeinwesen, in dem Politik gemacht wird, kein Clan oder Orden, sondern ein Staat ist, mithin eine Institution, die sich aus Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsmacht konstituiert. Da alle drei Bestandteile in Auflösung begriffen sind, durch Migration, Globalisierung und Fragmentierung, ist eine Rückbesinnung als Auftrag an die Politik zu verstehen. Man kann der Staatspolitik andere Politikfelder wie Wirtschaftspolitik oder Kulturpolitik gegenüberstellen

und wird dabei zwangsläufig zu einer Hierarchisierung kommen müssen. Die Dominanz von Wirtschafts- und Sozialfragen in der Politik hat zu einer Schieflage geführt, die die Grundlagen und damit das Ganze gefährdet. Wer der Wirtschaft den ersten Rang einräumt, wird nicht umhin kommen, zahlreiche Einrichtungen, wie Grenzen oder Steuern für entbehrlich zu halten, weil sie der wirtschaftlichen Entwicklung entgegenstehen. Ähnlich verhält es sich mit dem Volk, das nur als Staatsvolk gelten kann, wenn es in der Lage ist, grundsätzlich Einigkeit über die Notwendigkeit des Fortbestands des eigenen Gemeinwesens herzustellen. Die Staatsmacht stellt die eigentliche Aufgabe des Staates dar, der in erster Linie den Bestand und die Sicherheit seiner Bewohner nach innen und außen zu gewährleisten hat. Auch hier bedarf es regelmäßiger Anstrengungen, um nicht in die Wohlfühlfalle zu tappen und die eigene Existenz für eine Selbstverständlichkeit zu halten. (EL)

KULTURREVOLUTION von rechts gehört zu den unvermeidbaren Schlagworten, wenn es um die Metapolitik der Neuen Rechten geht: »Geistige Vorherrschaft«, »kulturelle Hegemonie«, »Gramsciismus von rechts«, vor allem aber »Kulturrevolution«. Popularisiert wurde der Terminus durch die Anthologie *Kulturrevolution von rechts* (Krefeld 1985/Dresden 2017) Alain de Benoists. »Die alte Rechte ist tot. Sie hat es wohlverdient«, hieß es. Ihre geistige Immobilität und ihr fehlendes Verständnis für vielschichtige politische Theorie und Praxis seien verantwortlich für konstante Niederlagen. Mit Antonio Gramsci erklärt Benoist, daß Hegemonie als der Orientierung vermittelnde und die Richtungweisende Prozeß zu erlangen ist, wenn eine politische Bewegung ihre eigenen Ideen im kulturellen und im vopolitischen Raum als führend zu setzen vermag, was wiederum einen langwierigen »Stellungskrieg« erfordern könne. Mit dieser Redewendung spielte Gramsci auf die verzweigten Schützengrabensysteme des Großen Krieges an. Wie diese besteht eine moderne westliche Zivilgesellschaft aus Stellungen, um deren Besetzung und Deutungen werde: Es geht dabei um die Umwertung der bestehenden Werte, Setzungen und Begriffsverständnisse. Dieser Kulturkampf ist eine vielschichtige Angelegenheit, wobei kein Gewinn zu gering ist, denn jede eroberte Stellung zwingt den Gegner dazu, Verlagerungen vorzunehmen. Niemand kann voraussagen, wo Verschiebungen zu Bruchstellen führen: Metapolitik ist eine zähe Sache.

Der Zielpunkt ist klar: Verfügt man über kulturelle Hegemonie in einer Gesellschaft und kommt so der Kulturrevolution näher, kann daraus (real)politische Gestaltungshoheit werden. Eine solche Herangehensweise richtet sich auch gegen jene parlamentarischen Ansätze, denen gemäß ein Wahlerfolg bereits zu einer Tendenzwende führe. Alles nicht viel wert, so Benoist, wenn nicht die gesellschaftliche Stimmung über den Alltagsverstand der Menschen in



eine andere Bahn gelenkt werde. Das erfordere langfristige Planung und Geduld. »Alle großen Revolutionen der Geschichte«, so schreibt es Benoist, »haben nichts anderes getan, als eine Entwicklung in die Tat umzusetzen, die sich zuvor schon unterschwellig in den Geistern vollzogen hatte.« Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis, hieß es bei Lenin und, auf ihn aufbauend, bei Benoists Weggefährten Dominique Venner. Alain de Benoist unterstreicht, daß dies die »Rache der Theoretiker« sei.

Gewiß: 1985 ist lange Jahre her, die Verhältnisse haben sich geändert. Eine Kulturrevolution, meint Benoist heute, sei *ein* Baustein, aber angesichts der global zu beobachtenden Kontrastierung Volk versus Elite und multippler Netzwerkformen der Macht nicht (mehr) der entscheidende. (BK)

Der italienische Marxist ANTONIO GRAMSCI (1891–1937) wird heute links wie rechts der »Mitte« als Denker der »kulturellen Macht«, der »Hegemonie« und der »Kulturrevolution« rezipiert. Der Sarde verließ seine Insel mit zwanzig Jahren und zog nach Turin, wo er 1913 Mitglied der Sozialistischen Partei wurde. Nach der Spaltung der radikalen Linken und der Gründung der Kommunistischen Partei (KPI) 1921 stieg er rasch zu einem Führungskader auf – auf Landesebene, aber auch als Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationalen (Komintern). 1924, zwei Jahre nach der faschistischen Revolution, konnte Gramsci legaler Abgeordneter seiner Partei werden und wurde 1926 sogar Generalsekretär der KPI, die allerdings aufgrund antifaschistischer Aggressionen verboten wurde. Mussolini ließ Gramsci inhaftieren und auf die Insel Ustica nahe Sizilien bringen. Dort wurde Gramsci zu dem politischen Philosophen, als der er heute populär ist. In seinen 33 *Gefängnisheften*, die er trotz faschistischer Herrschaft formulieren konnte, reflektiert er u. a. das Scheitern des Sozialismus und Kommunismus in Italien und analysiert Gesellschaftsverhältnisse, unter denen

eine Minderheit in Schlüsselpositionen in Medien, Kultur und Wirtschaft eine absolute Bevölkerungsmehrheit ohne größere Zwangsanwendung regieren kann. In diesen Inseljahren nimmt Gramsci auch die bleibende Unterscheidung zwischen »bürgerlicher« und »politischer« Gesellschaft vor, wobei er mit ersterer den vorpolitischen Raum – Medien, Moral, Religion, Kultur – meint, während die politische Gesellschaft staatliche Apparate einschließt, auf die sich Kommunisten zu stark fixiert hätten. Der Staat herrsche aber nie »nur« repressiv, sondern kann auf Konsenssituationen zurückgreifen, die auf impliziten und expliziten Ideologien beruhen, auf Werten, die von relevanten Teilen des Volkes anerkannt oder geteilt werden, weil sie dem Alltagsverstand innewohnen. Gramsci geht weit über Marx hinaus, ökonomistischer Reduktionismus ist ihm fremd. Lenins Bolschewiki hätten auf die Machtfrage setzen können, weil die bürgerliche Gesellschaft in Rußland nicht ausgereift war; so war ein reiner Schlag gegen die politische Gesellschaft – den Staatsapparat – machbar. In Westeuropa hingegen sei dies kein Konzept; dort müßten Mentalität und Zeitgeist der entwickelten, vielschichtigen bürgerlichen Gesellschaft geändert werden, als langfristige Transformation der Geister – durch den Kampf um kulturelle Hegemonie, durch



die Übernahme kultureller Macht: »Eine soziale Gruppe kann und muss sogar führend sein, noch bevor sie die Regierungsgewalt erobert: Dies ist eine der essentiellen Bedingungen für die Eroberung der Macht selbst.« Eine zentrale Rolle weist Gramsci den »organischen Intellektuellen« zu, also Denkern, die aus ihrem Milieu heraus und für dieses agieren, Überzeugungsarbeit leisten, auf das Volksempfinden und die Umwertung der herrschenden Werte einwirken sowie Gesang, Lyrik, Bildung, Schulung etc. der eigenen Reihen fördern.

Die Gramsci-Rezeption der Neuen Rechten (und zahlloser linker Gruppen) verlief indes insofern häufig einseitig, als vernachlässigt wurde, daß Gramsci bei aller Betonung des intellektuellen metapolitischen Ringens nie unterstrich, daß dies nicht isoliert von Kaderarbeit

und Massenagitation im Rahmen einer weltanschaulich ausgerichteten Partei vonstatten gehen dürfe. Der Kampf um kulturelle Hegemonie als Kampf der Ideen war für Gramsci ein Teil der Arbeit – doch nicht der einzige. (BK)

Den Begriff TRADITIONSKOMPANIE hat Karlheinz Weißmann mit seinem Text »Biblische Lektionen« (*Sezession* 13) in die Diskussion gebracht. Er stammt von Erich Bräunlich, der als Orientalist und Privatdozent in Leipzig lehrte (gestorben 1945). Bräunlich bezeichnete mit dem Begriff »Traditionskompanie« eine – oftmals auch nur kleine – Gruppe, die in der Lage ist, das Selbstbewußtsein eines Volks zu wahren und zu verbreiten, und zwar in der besonderen Situation einer räumlichen Diaspora, im speziellen Fall: der Israeliten in Ägypten. Die geistliche und geistige Elite stellte damals letztendlich nichts anderes als Verhaltensregeln auf, die den Kern der Identität zu schützen vermochten. Wir verwenden den Begriff intentional: Die Situation des Deutschen ist die einer geistigen Diaspora. Die Konsequenz lautet: Es gilt den Kern der Identität zu wahren und zu gegebener Zeit fruchtbar zu machen.

Wer ehrlich ist, muß zugeben, daß die Aussicht auf Erfolg gering ist. Die Traditionskompanie, die wir sammeln können, ist keinesfalls die unangefochtene geistige Elite, von der oben die Rede war: Sie ist vielmehr eine widerborstige Ansammlung Gutwilliger, die von der Unverwechselbarkeit deutschen Lebens nicht lassen will. Sie spricht der politischen und geistigen Führung Deutschlands diesen guten Willen ab und sieht ihre Aufgabe in der Kritik an den herrschenden Verhältnissen und im Aufbau von Gegenöffentlichkeit, krisenfesten Strukturen und geistigen Orten. Der Notwendigkeit, die Identität zu wahren, steht der zersetzende Zug unserer Zeit entgegen. Er ist übermächtig. Das Konzept der Traditionskompanie ist daher der auf den ersten Blick hilflose, auf den zweiten aber sehr konkrete und konstruktive Versuch der Identitätswahrung durch die Sammlung der richtigen Leute im richtigen Geist. Es ist ein Konzept für Wenige. (GK)

CRITICÓN? Die jüngeren unter unseren Lesern können über diese Zeitschrift nichts mehr wissen. Sie war die publizistische Reaktion unserer Leute auf die 68er-Bewegung. Im Laufe der 1960er Jahre hatte sich das gesellschaftliche Klima der Bundesrepublik nämlich gewandelt. Es fiel der konservativen Intelligenz zunehmend schwer, Publikationsmöglichkeiten zu wahren. Die Notwendigkeit, neue Veröffentlichungsräume zu erschließen, führte zur »Renaissance der konservativen Zeitschrift« (Karlheinz Weißmann): 1969 und in den Folgejahren wurden das CDU-orientierte *Deutschland-Magazin*, das protestantisch ausgerichtete *Konservativ heute* und die katholisch fundierte *Epoche* gegründet, ebenso William S. Schlamms *Zeitbühne*. Nachhaltigen Eindruck hinterließ indes allein das von Caspar von Schrenck-Notzing ursprünglich

als Rezensionsorgan konzipierte *Criticón* (angelehnt an den Roman *El Criticón* des spanischen Philosophen Baltasar Gracián), dessen Debütheft – ein Arnold Gehlen-Panorama – vor exakt 50 Jahren erschien. Schrenck-Notzing ließ sie alle zu Wort kommen, »von den katholischen Traditionalisten über die Adenauer-Fraktion und die Klassisch-Liberalen bis zu den Nominalisten und Nationalrevolutionären« (Weißmann). Zu den regelmäßigen Autoren zählten – neben Schrenck-Notzing – Erik von Kuehnelt-Leddihn, Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Robert Hepp, Hans-Dietrich Sander, Günter Maschke, aber auch Thomas Molnar, Alain de Benoist und zahlreiche weitere internationale Beiträger. Zentral war die Rolle Armin Mohlers, der in jedem Heft mit mehreren Beiträgen vertreten war und überdies die Bücherseite »Scribifax las für



Sie« bespielte. Schrenck-Notzing faßte die inhaltliche Streuung retrospektiv so zusammen: »Schwerpunkte von *Criticón* waren das russische Dissidententum (vor dem Nobelpreis für Solschenizyn), der amerikanische Konservatismus (vor der Wahl Reagans), der britische Konservatismus (vor der Wahl von Mrs. Thatcher), die Emigrationen der Ostblockstaaten (vor deren Zusammenbruch), die deutsche Identität (vor der Wiedervereinigung), Parteien und Medien (vor dem Ausufern des Parteien- und Medienstaates).« Implementiert durch Schrenck-Notzing und Mohler wurde auch die Reihe der fundierten Autorenporträts. Es ist nicht die einzige Tradition *Criticóns*, die in der *Sezession* fortgeführt wird, das die würdige Nachfolge anzutreten hatte, als unter Gunnar Sohn und Ansgar Lange, den mediokreren Nachfolgern Schrenck-Notzings, aus der intellektuell reizvollen »Sammelstelle in der Sturzflut des Gedruckten«, wie der Gründer sein Projekt im Frühjahr 1970 ankündigte, ab der Jahrtausendwende ein libertäres Wegwerfprodukt wurde, das 2005 eingestellt werden mußte. Doch noch heute ist das originäre *Criticón* (1970–1999) als inspirierendes »Blatt der rechten Intelligenz« (Claus Leggewie) eine Fundgrube nonkonformer Metapolitik. (BK)



»Dort, wo wir gerne und gut reden ...« – Jörg Meuthen und Andreas Kalbitz in Schnellroda.

Unter einer **MOSAIK-RECHTEN** verstehen wir das arbeitsteilige, heimatorientierte, politische Feld aus Partei, Vorfeld, Verlagen, Bürgerbewegungen, Orten und Initiativen. Der »Kooperationsverbund kritischer Kräfte« (Hans-Jörg Urban) aus Periodika, Jugendgruppen, Parteigliederungen und Außerparlamentariern stellte von Anfang an eine heterogene Allianz dar. Das liegt nicht zuletzt an der Notwendigkeit der breitestmöglichen Kräftesammlung des »patriotischen Lagers« und dem damit verbundenen Strukturaufbau, der durch den moderaten Rechtsruck der Jahre 2015 ff. nötig wurde. Die Mosaik-Rechte kennt dabei zwei Linien:

Es gibt – erstens – eine handlungsorientierte Ebene, welche die Struktur, Formalitäten und Organisatorisches umfaßt. Ein Mosaik muß getragen sein von der Überzeugung, daß parlamentarische und außerparlamentarische Akteure mit nicht hintergehbarem Bezug auf ein inhaltlich Einendes bausteinartig ein Gesamtmilieu abbildeten, bei dem jeder in seinem Bereich mit den dort typischen Verhaltens- und Aktionsweisen agierte, die organisationskulturelle Autonomie des Bündnispartners aber akzeptierte. Es gilt anzuerkennen, daß Parlament und Bewegung sich wie »Standbein und Spielbein« (Rosa Luxemburg) ergänzen, daß sich – in Abwandlung eines Diktums Antonio Negris – eine »kämpfende« und eine (künftig) »regierende« politische Rechte als dialektisches Paar ergänzen, gegenseitig strategisch vorantreiben und zugleich korrigieren.

Hinzu tritt – zweitens – die Ebene der Arbeitsfähigkeit, für die es nötig ist, in Richtung einer breiteren Bewegung zu wirken, die aufgrund

ihrer organisatorischen Vielfalt – viele aufeinander angelegte Steine erzeugen erst das ganze Bild – als Mosaik-Rechte zu bezeichnen ist. Als Teilchenstruktur muß sie ein Netzwerk der effektiven, solidarischen Arbeitsteilung darstellen.

Mit der flächendeckenden parlamentarischen Präsenz einer Wahlpartei des rechten Lagers, der AfD, wurde diese Ausarbeitung nötig, da die historischen Lehren aller Rechtsparteien im deutschsprachigen Raum – die FPÖ bietet das schaurigste aller Beispiele – zeigen, daß viele Vertreter dieser Parteien parlamentarsgläubig auftreten und ein außerparlamentarisches Umfeld für überflüssig halten. War die Mosaik-Metapher dafür gedacht, dem parteipolitischen Feld ein politiktheoretisches und -strategisches Upgrade zu verpassen, so hatte sie auch eine inhaltliche, mithin dialektische Komponente. Es gilt nach wie vor eine Rechte zu schaffen, in der viele Rechte Platz haben: einander entgegengesetzt, einander ergänzend. Das ist eine Chiffre für Arbeitsteilung – Wirkungsfeld 1 des Mosaiks – und inhaltliche Heterogenität – Feld 2 – zugleich. Die mosaikrechte Struktur ist ein Kind dieser Zeit, das man argwöhnisch beugen darf. Doch angesichts der Zustände, die uns umgeben, wäre das Versäumen des Versuchs unverantwortlich. (BK)

Die **MIMIKRY** hat ihren Platz in der Biologie und bedeutet soviel wie »Nachahmung«. Die verschiedenen Arten unterscheiden sich vor allem im Zweck der Nachahmung. Man kann sich der Umwelt anpassen, um Fressfeinden das Aufspüren zu erschweren, man kann sich ein martialisches Äußeres geben, um unbehelligt zu bleiben, oder so tun, als sei man harmlos. Letzteres ist

gemeint, wenn von »politischer Mimikry« die Rede ist. Bezogen wird sie ausschließlich auf die rechten Vertreter des politischen Spektrums, nie auf die linken. Dabei ist die Erfolgsgeschichte der grünen Emanzipationsideologie das beste Beispiel für eine erfolgreiche Anwendung der politischen Mimikry. In den 1980er Jahren waren die Grünen viel zu schwach, um zum offenen Angriff auf die Institutionen und Traditionen überzugehen, so daß sie gezwungen waren, gesellschaftlich virulente Themen wie Frauenemanzipation zu nutzen und zu befördern, um am Ende bei der Infragestellung der Geschlechter zu landen. Der gleichzeitige Versuch, auf diesem Weg die Pädosexualität zu entkriminalisieren, ist gescheitert.

Die Anwendung des Begriffs »Mimikry« auf die Rechte dient nicht der Beschreibung eines Sachverhalts, sondern der Dämonisierung. Der Normalbürger kann in der Regel viel mehr Übereinstimmung mit der rechten Zustandsbeschreibung und der Wirklichkeit feststellen als mit der linken. Um diese intuitive Sicherheit zu zerstören, wird suggeriert, daß diese Analyse und damit deren Richtigkeit nur Tarnung ist, hinter der sich in Wirklichkeit eine menschenverachtende Ideologie versteckt. Es ist nicht schwer einzusehen, daß dieses Vorgehen Teil der Mimikry der Linken ist, die sich als Aufklärer tarnen, um die Menschen im Zustand geistiger Unmündigkeit zu halten. (EL)

Der Begriff SELBSTVERHARMLOSUNG ist in den beiden vergangenen Jahren als vermeintliche Handlungsanweisung für die AfD zu seltsamer Berühmtheit gelangt. Diese Berühmtheit beruht jedoch auf einem Mißverständnis: Der gleichnamige Artikel aus meiner Feder (*Sezession* 76, Februar 2017) war als Warnung vor inhaltlicher Selbstverzwergung gemeint, nicht als Vorschlag, Mimikry zu betreiben und den politischen Gegner über die Härten und Kompromißlosigkeiten des eigenen Programms zu täuschen. So aber hat ihn dieser Gegner mißbraucht und umgedreht: Hier sei die Empfehlung ausgesprochen, den Wolf im Schafspelz zu geben.

Die eigentliche Gefahr der Selbstverharmlosung besteht darin, ab einem bestimmten Zeitpunkt vom Betteln um Verständnis für das eigene, ganz harmlose Programm nicht mehr lassen zu können, also Gelände geräumt zu haben in der Hoffnung, der Gegner würde das Feuer einstellen. So kommt es aber nie, und das ist der Grund, warum man der Hoffnung auf Anschlußfähigkeit die eigene Agenda nicht opfern sollte: Irgendwie wird man am Ende doch an ihr gemessen. (BK)

Sind VIRTUELLE NETZWERKE ein Wirkungsfeld für rechte Partisanen? Die Digitalisierung aller Lebensbereiche trifft ja naturgemäß auch den metapolitischen Raum. Außerdem können Anonymität und virale Zusammenkunft ein Segen sein: *Memes*, »Shitposting«, Schwarmangriffe und konzertierte Aktionen (für oder gegen etwas) online vernetzter, meist anonymer Akteure in

sozialen Medien, die sich gegenseitig verstärken und mitunter dynamische Entwicklungen auslösen, die nicht zu lenken sind, markieren eine Seite. Diese wird von antifaschistischen Einflußgruppen wie der Amadeu Antonio Stiftung deshalb so hysterisch markiert, weil man Parallelwelten wie in rechten US-Onlineräumen fürchtet, in denen sich unter Verwendung von beißendem Sarkasmus, bewußter Überspitzung und spott-süchtiger Selbstradikalisierung meist jugendliche Akteure verselbständigen und dem polit-pädagogischen Zugriff der Antifa-nahen »Zivilgesellschaft« nicht nur verweigern, sondern ihn zum Teil extrem verhöhnen und attackieren.

Organisierte Onlinekampagnen von metapolitischen Netzwerken und Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die auch im realen Leben tätig sind, markieren eine andere Seite. Hierfür beispielhaft ist die Kampagne gegen die Unterzeichnung des UN-Migrationspaktes in Österreich und Deutschland. Martin Sellner initiierte die Aktion »Migrationspakt stoppen!« im Herbst 2018, weil er das Abkommen der Eliten als weiteren Schritt in Richtung einer globalkapitalistischen, völker- und grenzenlosen Welt begriff. Auch wenn er nicht bindend sei, war der Pakt als Willenserklärung konzipiert, die später zu nationalem Recht werden soll. Sellner verzichtete bewußt auf das *Corporate Identity* seiner Identitären, und konnte deshalb eine spek-trenübergreifende Resonanz herstellen, die im Internet über Graphiken, Slogans und *Memes* eine erhebliche Eigendynamik herstellte; seine entsprechenden YouTube-Videos wurden hunderttausendfach abgerufen. Aber die Agitation verlief nicht allein im Raum der sozialen Medien, sondern wurde, um den Menschen konkretere Möglichkeiten anzubieten, um eine Online-Petition gegen die Unterzeichnung erweitert. Dank der Synergieeffekte einander überwiegend unbekannter Netznutzer konnte das ursprüngliche Ziel von 30000 Unterschriften innerhalb von zwei Wochen erreicht werden. Die mehrgliedrige Strategie sorgte für ein sorgenvolles Rauschen im deutschsprachigen Blätterwald; viele Tausend Menschen gingen nach virtueller Erstmobilisierung physisch auf die Straße, verteilten sachbezogene Flugblätter und machten so den Pakt überhaupt einer nennenswerten Zahl von Bürgern bekannt; sie zwangen die Herrschenden zu medialen Statements und weitschweifigen Rechtfertigungen. Das Fallbeispiel Migrationspakt zeigt, wie virtueller Aktivismus trotz Netzwerkdurchsetzungsgesetz und anderen Einschränkungen immerhin zur Vernetzung und Aktivierung oppositionellen Potentials beitragen kann. Wer die Petition unterschrieb, »hatte nicht seine Schuldigkeit getan«, wie Sellner formulierte, sondern wurde aktiv aufgefordert, sich weiter zu engagieren. Virtuelle Netzwerke, reale Übertragungen, konkrete Ergebnisse – im frühen 21. Jahrhundert ein umkämpfter Schwerpunkt metapolitischer Bemühungen und deshalb zunehmend im Fokus staatlicher wie zivilgesellschaftlicher Repressionsapparate. (BK)

## Blick nach links: Vereinzelt brauchbar

von Benedikt Kaiser

Die erfolgreichste metapolitische Setzung der jüngsten Zeit ist die linke Umdeutung des Charakters des bundesdeutschen Grundgesetzes (GG). Der frühe antitotalitäre Grundkonsens, der in der etablierten Politikwissenschaft der letzten Jahrzehnte extremismustheoretisch gesetzt war, ist verblichen. Verkürzt dargestellt umfaßte dieser, daß die Verfassung durch eine »wehrhafte Demokratie« gegen all jene zu verteidigen sei, die beabsichtigen, die elementaren Grundrechte und ehernen Regeln des GG aggressiv-kämpferisch zu unterminieren. Radikale Meinungsäußerungen von links bis rechts blieben innerhalb des Verfassungsbogens verortet, extremistische Auffassungen und gewalttätige Ideologeme, die in die Praxis hineinwirken, nicht. Diese Vorstellung, prominent vertreten durch Politikwissenschaftler um den Chemnitzer Forscher Eckhard Jesse und seinen Dresdner Kollegen Uwe Backes, wurde gekippt. Das lag an Unzulänglichkeiten der eigenen Extremismustheorie ebenso wie an nachhaltigen Dekonstruktionsarbeiten linker *Pressure groups* bei fortwährender Wühlarbeit durch politmediale Akteure. Besagten Interessengruppen von Antifa-Netzwerken über die Linkspartei und die ihr nahestehende Rosa-Luxemburg-Stiftung bis ins sozialdemokratische und liberale Feld hinein gelang es, die Bestände der Extremismustheorie abzutragen und an ihrer Stelle neue Schichten aufzutragen: Antifaschismus, nicht Antitotalitarismus, Kampf gegen Rechts, nicht Äquidistanz gegenüber den Extremen – so wird die »wehrhafte Demokratie« als Gesinnungskomplex neu entworfen, in der selbst für moderat patriotische Abweichungen gesellschaftliche Ächtung ausgeschrieben ist. Einige der Architekten dieser erfolgreichen Entstellung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stammen aus dem Leipziger Antifa-Milieu (»Initiative gegen jeden Extremismusbegriff« um 2008 ff.), manche aus Linkspartei und Umfeld, andere aus bürgerlichen Anti-Rechts-Förderstrukturen und einschlägigen Bildungseinrichtungen.

Ein Sammelsurium dieser Kräfte hat nun einen Sammelband vorgelegt, der ihre Welt-sicht verständlicher macht. *Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts* (Verbrecher Verlag; Berlin 2020) erscheint als

Projekt der Bildungsstätte Anne Frank just in einem Verlag, welcher der »antideutschen« Szenerie nahesteht. Man will aufzeigen, daß »rechte Ideologie« automatisch »auf ihre logische Konsequenz hinausläuft« – und diese sei mörderisch. Wer irrationale, mit absolutem Wahrheitsanspruch daher kommende Denkschablonen rational verstehen will, sollte diesen Band als Selbststoffbarung der versammelten Autorenschaft lesen. Milieuinterne Reflexionen über linke Gewaltpraxis und antifaschistische Raserie finden sich in keiner Zeile, und die ideologisch verbrämte Selbstzufriedenheit erstaunt zumindest dann, wenn man in Zusammenhängen aktiv ist, in denen zur Kritik auch Selbstkritik zählt. Dabei ist es nicht so, daß eine skeptische Analyse der (bis vor kurzem) gängigen Extremismustheorie nicht notwendig wäre. In-golf Seidel führt in diesem Band immerhin einige bedenkenswerte Kritikpunkte am »Kampfbegriff Extremismus« ein, die auch von rechts formuliert werden (beispielsweise von Josef Schußlburner für das Institut für Staatspolitik), da »Extremismus« ein normatives Konzept des hegemonialen Betriebes und kein juristisch einwandfreier Terminus ist. Seidels Text steht indes alleine. Ansonsten dominieren binäre Denkansätze wie jene der Herausgeber um Eva Berendsen, Katharina Rhein und Tom Uhlig, deren idealtypische Scheidung in »radikale Linke« (demokratieimmanent) und »völkische Rechte« (gefährlich) keinem Praxistest standhalten könnte. Genannte Autoren, aber auch weitere, darunter Kira Ayyadi von der Amadeu Antonio Stiftung (AAS), streben nicht danach, ein mangelhaftes Extremismusverständnis zu korrigieren; ihr – erfolgreiches – Vorhaben ist die Ersetzung des antitotalitären Grundkonsenses durch ein antifaschistisches Politikverständnis der Marke AAS. Daß von Jesse *et al.* kein Widerstand erfolgt, liegt – neben generationellen Abfolgen – an der Zahnlosigkeit liberaler Ansätze gegenüber linken Seilschaften. Trotz des fraglosen Erfolgslaufs wird dabei in *Extrem unbrauchbar* frappierend viel gejamert. Diese ostentative Larmoyanz der alimentierten Linkskreise wird spätestens dann unerträglich, wenn sie raunen, daß jeder Linke »verdächtig« sei. Sie diagnostizieren eine »Kontakt-

bzw. Ansteckungshypothese«, wonach »jede Person, die mit linksextrem markierten Personen in Berührung kommt, einer Szene zugeordnet wird und fortan [der Gesellschaft] als verdächtig gilt«. Diese gesellschaftliche Isolation bzw. Kontaktschuld, die rechts der Mitte tatsächlich wirkungsvoll besteht, ausgerechnet links zu annotieren, wo Antifa-Akteure als vermeintliche Experten in staatsnahen Medien reüssieren, wo Linksaktivisten finanziell potente »Forschungseinrichtungen« übertragen erhalten, wo bürgerliche Zeitungen ganze Cliques linksradikaler Autoren beherbergen usw., ist ein Indiz dafür, daß ideologischer Wahn nicht immer greifbar, sehr wohl aber zwischen zwei Buchdeckel zu bringen ist.

Aus demselben Verlag, indes mit anderer Qualität, stammt eine Streitschrift des Linkspolitikers Jan Korte (MdB). *Die Verantwortung*

ner gemeinschaftsfreien, offenen Gesellschaft führt zu dieser stabilen Partnerschaft. Der verbindende Kitt: linksliberale Identitätspolitik. Es war daher mit Spannung zu registrieren, daß in der Reihe *Basiswissen* des PapyRossa Verlags – gewissermaßen das linke *kaplaken*-Pendant – ein Autor wie Georg Auernheimer das Gelände von *Identität und Identitätspolitik* (Köln 2020. 126 S., 9,90 €) vermisst. Klassisch marxistisch begreift er »Identität als Subjektform« als Antwort auf die Zerstörung der von Marx und Engels beschriebenen »feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse« – als Antwort also darauf, daß traditionale Gemeinschaften die Stellung des einzelnen nicht mehr länger determinierten. Identität sei somit »eine Erfindung der Moderne«, wie Zygmunt Bauman formulierte, der die postmoderne Beliebigkeit und »Vermeidung von Festlegungen« aller



*der Linken* (Berlin 2020) liest sich kurzweilig. Bei aller weltanschaulichen Differenz nimmt man Korte ab, daß er aufrichtig an den Themen, die er – teils selbstkritisch – beackert, leidet. Er legt den Finger in einige innerlinke Wunden, beleuchtet Widersprüche zwischen sozialen Fragen der »alten« Linken und Identitätspolitik ihrer postmodernen Nachkommen, formuliert konkrete Vorschläge zu einer »popularen« Renaissance der Linken als Kümmererpartei, und rät zur Standfestigkeit anstelle einer (freilich bereits gelaufenen) Kooptierung durch den Mainstream: Wer grundsätzliche Änderungen will, müsse begreifen, »dass es kein Schulterklopfen der Reichen und der Bosse mehr geben wird«. Korte hat recht, aber seine Gesinnungsfreunde profitieren nun mal recht einträglich von der Einbindung linker Szenen beispielsweise in die staatlichen und halbstaatlichen Versorgungsstrukturen bildungspolitischer Einrichtungen. Wenn Korte zudem über neue Wege zu einer »solidarischen Sicherheit« der Gesellschaft sinniert, sollte ihm bewußt werden, daß diese Form der eingebetteten Sicherheit des Zusammenspiels stabiler Institutionen und intakter Gemeinschaften bedarf – also just jenes Duos, das soziale und innere Sicherheit gewähren kann, aber durch antifaschistische Kräfte in Kollaboration mit dem politmedialen Kartell dekonstruiert wird. Gewiß: Das ist keine klandestine Allianz ohne objektive Gemeinsamkeiten. Das Streben nach Totalemanzipation des Individuums in ei-

ner Art monierte. Auernheimer, Altpädagoge der Marburger Schule, gelingt es, trotz inhärenter ideologischer Einfärbungen, einen cursorischen Überblick über Identitätsdiskurse und die politische Bedeutung identitärer Verortungen zu bieten. Daß er die tonangebende identitätspolitische Linke nur mit gezogener Handbremse kritisiert und in seinem Schlußkapitel über »Identität in der Ideologie in der Neuen Rechten« stupende Wissenslücken aufweist, war erwartbar: Auch kluge Linke sind 2020 im Kampf gegen Rechts gefangen, während Kämpfe gegen tatsächliche Ungerechtigkeiten und für die Bevölkerungsmehrheit der Geschichte angehören. Apropos Historisierung: Éric Vuillard hat mit *Der Krieg der Armen* (Matthes & Seitz Berlin: Berlin 2020. 64 S., 16 €) einen historischen Moment sozialer Kämpfe jenseits der modernen politischen Gesäßgeographie von links bis rechts neu aufgegriffen und so konzise wie dicht nach erzählt. Mit dem Reformator und Bauernagitor Thomas Müntzer zieht man von Zwickau ins Böhmisches, durch die Bauernkriege dem bitteren Ende entgegen. Müntzer – ein Mann, der alles besaß, was die volksferne Linke von heute vermissen läßt: »Er empfindet keine Verachtung für den gemeinen Mann, keine Verachtung für das Gewöhnliche. Müntzer ist Narzisse und Distel, Brennnessel und Pflanzensaft. Er zitiert Daniel: »Alle Macht dem Volk.«« Ein fulminantes Büchlein, elektrisierender Lesegenuß, extrem brauchbar. ■

## Viel zu viel Abitur

von Heino Bosselmann

Das Bildungsdesaster kennt jeder, der mit der deutschen Schule zu tun hat. Das Dilemma liegt seit Jahrzehnten offen zutage. Es müßte zu Furor führen, nur wirft sich bisher keine kritische Mehrheit dagegen auf, weil alle gut mit dem faulen Status quo fahren – Bildungsminister, Kultusbürokraten, Lehrer, Schulbuchverlage, sogar die Schüler und deren Eltern. Dies allerdings mit dem Ergebnis eines kaum mehr reparablen Schadens: Das deutsche Bildungssystem stellt seinen Absolventen nominell großzügige, aber an sich ungedeckte Schecks aus.

Mathias Brodkorb ist als einstiger und bisher einzig charismatischer Bildungsminister Mecklenburg-Vorpommerns ein Insider, den es ehrt, daß er am System des verwalteten Mißstands litt, obwohl er eine Zeitlang dessen höchster Verwalter war. Er hat nun gemeinsam mit Katja Koch – Professorin für Sonderpädagogische Entwicklungsförderung an der Universität Rostock – eine Streitschrift gegen den »Akademisierungswahn« verfaßt. Beide fokussieren ihren Blick in die Bildungslandschaft auf das Abitur, das an zwei grundlegenden Problemen krankt: Zum einen leidet es an Niveauverlust, weil aus politisch motivierten Gründen – Stichwort »Bildungsgerechtigkeit« – immer mehr Schüler das Reifezeugnis erhalten sollen. Das führt zur Entwertung der nichtgymnasialen Schulabschlüsse, mithin dazu, daß dem Handwerk und der Industrie gute Lehrlinge und der Gesellschaft überhaupt die technischen und dienstleistenden Fachleute fehlen.

Um das Massenabitur für etwa die Hälfte aller Schüler zu ermöglichen, wurden über Reformen und Reförmchen die Anforderungen stetig gesenkt, die Leistungen daher schwächer, die Noten jedoch immer besser, so daß die Länder mit der höchsten Abiturientenquote zu jenen mit den schlechtesten Schülerleistungen gehören. An eine Korrektur dieses Etikettenschwindels ist nicht zu denken, weil die notwendige Rekonstruktion eines Abiturs, das wirklich als Reifeprüfung gelten kann, viel zu schmerzlich erschiene. Nachdem Jahrgänge durchgewunken wurden, indem man ihnen ein Abi-Light ausdruckte, würden alle Veränderungen in Richtung höherer Ansprüche als Operation ohne Narkose erlebt. Selbstverständlich streift das

»Abi« die Heranwachsenden, dies aber weniger aus Qualifizierungsdruck, sondern weil all die Quantifizierungen belasten, von der Wahl und Abwahl der Fächer bis zur zahlenmystischen Abrechnung der Kurse und Noten. Das aber lohnt sich: »Deutschland bastelt sich den Super-Abidurchschnitt. (...) Ob sie nun aus taktischen Gründen besser ›nur‹ Biologie wählen, nicht aber Physik, weil sie in ihrem Land nur eines von beiden ›belegen‹ müssen, oder ob sie die miserablen zwei Punkte des Erdkundekurses besser gar nicht ›ins Abi einbringen‹ – mit solchen Überlegungen zerbrechen sich unsere Abiturienten die Köpfe, und zwar desto mehr, je mehr Freiheiten ihnen die Regelungen dafür lassen.« Aber für 99 Cent kann sich jeder eine App herunterladen, die einem die optimale Kombination zeigt.

Zum anderen baut sich eine skandalöses Gerechtigkeitsproblem auf, insofern die Abschlüsse zwischen den Bundesländern überhaupt nicht vergleichbar sind. Die Autoren rufen dafür Günter Germann aus Halle auf, einen Mathematiklehrer, der einen realistischen Beispielfall konstruierte und über die möglichen Fächerbelegungen und Notenverteilungen zu dem Ergebnis fand, »daß der von ihm ersonnene Musterschüler sein Abitur in Hamburg und Berlin mit einer Abiturnote von 2,2 bestanden hätte, in Sachsen mit einem Notendurchschnitt von 2,7 und in Bayern oder Sachsen-Anhalt mit haargenau denselben Noten nicht einmal zur Prüfung zugelassen worden wäre.« So unterschiedliche Ergebnisse verursacht die von Land zu Land verschiedene Handhabung der Berechnung – mit frustrierenden Folgen für die oft ausschließlich vom Notenschnitt abhängende Studienzulassung. Weniger als ein Drittel der Zensuren unterliegen bundesweit einheitlichen Benotungsregeln. Schlechte Noten werden weitgehend neutralisiert: »Wenn Sie Ihre Fächer geschickt gewählt haben und die Noten richtig kombinieren, können Sie in den ›basalen Fächern‹ Mathematik und Deutsch in den letzten vier Schuljahren lauter Fünfen und in der Abiturprüfung sogar glatte Sechsen schreiben und bestehen trotzdem das Abitur.«

Den von der Kultusministerkonferenz selbst festgelegten sehr moderaten Regel-Standard, der von einer Mehrheit erfüllt werden müßte, er-

reichen in Mathematik nur 25 Prozent, in den Naturwissenschaften 20 Prozent und in Englisch 20 bis 30 Prozent. Da das Fach Deutsch in sich immer beliebiger bzw. degradiert wurde und zum Abitur auch keine Fehlerquoten mehr kennt, fällt es nicht weiter positiv oder negativ ins Gewicht; es verlor einfach seine Bedeutung. Inhalte, geschweige denn ein Kanon gelten als antiquiert, es zählen neuerdings nur »Kompetenzbeschreibungen«: »In einer Wissenschaftlergruppe für das Fach Deutsch wurden nicht etwa Werke ausgewählter Autoren mit darauf je bezogenen Zielvorgaben benannt, sondern lediglich die abstrakten Lernbereiche ›Sprechen‹, ›Schreiben‹, ›Umgang mit Texten und anderen Medien‹ sowie ›Reflexion über Sprache‹. Das war's. Nein, das ist kein Scherz. Das steht da so. Mehr nicht.«

Die Bildungsministerien und eine ausufernde Kultusbürokratie verwalten diesen katastrophalen Zustand mit euphemistischem Politsprech. So wird etwa mit Hinweis auf das »Zentralabitur« der Eindruck erweckt, es handle sich dabei um anspruchsvolle Prüfungen, aber statt eines Kanons erfand man sich ein »Kerncurriculum«, das die Festlegung konkreter Inhalte gerade vermeiden soll. Ferner erfolgt die Bildungsregie nicht mehr im Sinne einer »Input-Steuerung« durch Lehrpläne, sondern soll als »Output-Steuerung« nurmehr auf die Lernergebnisse ausgerichtet sein. Diesen »Output« beurteilen die von der KMK herbeigezogenen Wissenschaftler anhand von »Bildungsstandards«, die angeblich der Sicherung inhaltsübergreifender »Kompetenzen« dienen. Wiederum ist das besonders deutlich in den »Bildungsstandards« des Faches Deutsch zu erkennen: »Statt einer Einigung auf bestimmte Werke oder Werkauszüge (...) wird rein formal das Ziel ausgegeben, sich mit literarischen Texten auseinandersetzen zu können. Das Dumme ist nur, daß es mit dem Können nicht immer so leicht ist. Denn ohne verfügbares Wissen entsteht auch kein praktisches Können.«

Für die kompetenzorientierte Bildungsforschung wurde eigens das »Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen« geschaffen. Gemessen daran, was es bringen kann und überhaupt bringen darf, ein Millionengrab für Steuergelder. Das Institut befaßt sich unter anderem aufwendig mit einem bundesweiten Aufgabenpool für Abiturprüfungen, das von den Ländern allerdings nur mit geringem Zugriff und dabei stark modifiziert genutzt wird, um weiterhin bei der »Mogelpackung Zentralabitur« niemanden zu überfordern und möglichst alle durch die Prüfungen zu winkeln. »Ein Abiturbetrug, erdacht, um der Bevölkerung Aktivitäten vorzutäuschen, die deren bildungspolitischen Erwartungen entsprechen. Allerdings geschieht das nur zu einem Zweck: um die heilige Kuh des Bildungsföderalismus gegen den Willen der Bevölkerung vor ihrer Schlachtung zu bewahren.«

Der Skandal besteht gerade darin, daß die sogenannte offene Gesellschaft, die Demokratie in Gegenwart und Zukunft nicht zu regulieren vermag, was im Sinne einer ganz prinzi-

piellen Veränderung dringlichst reguliert werden müßte, damit Deutschland nicht vollends verliert, was es einst geradezu als Kulturnation kennzeichnete – umfassende Bildung nämlich, die durch Leistung, Fleiß und gründliches Üben errungen wird. Als Grund für den Systemschaden machen die Autoren völlig richtig das System selbst aus – in Gestalt des »als eine Art Lebensversicherung der Demokratie inszenierten« Bildungsföderalismus, der angeblich, als Lehre aus den Verbrechen des Nationalsozialismus, einer zentralstaatlichen Diktatur vorbeuge, zudem Vielfalt und sogar Wettbewerb garantiere. Die Autoren weisen nach, wie absurd diese Argumente sind, und zeigen, welche Steuergeldverschwendung und vor allem welchen Verlust kultureller Bestände dieser hochgehaltene Föderalismus verursacht.



*Mathias Brodtkorb, Katja Koch: Der Abiturbetrug. Vom Scheitern des deutschen Bildungsföderalismus. Eine Streitschrift, Springe: zu Klampen 2020. 152 S., geb., 16 €*

*Erhältlich bei antaios.de*

Was ist zu ändern? Zunächst: Zwanzig Prozent Abiturienten wären genug. Den besonders Talentierten bliebe das Gymnasium vorbehalten, das dann ohne bisherige Verrenkungen auskäme; die anderen Schularten erfreuten sich klügerer Schüler, die schwächere mitzögen und denen die Grundlagen für technische und Industrieberufe vermittelt würden. Damit erschienen die nichtgymnasialen Schulen aufgewertet und kämen aus dem Stigma der Resteschulen heraus. Ferner bräuchte es einen Bildungskanon, der klare Verbindlichkeiten festschriebe. Mit einheitlichen Plänen und Stundentafeln wäre für ein genau vereinbartes Anforderungsniveau und für nachvollziehbare Bewertungsmaßstäbe gesorgt, die Abschlüsse endlich vergleichbar gestalteten. Zentrale Abschlußprüfungen, ein leistungsabhängiger Übergang in den gymnasialen Bildungsgang und letztlich die einheitliche Lehrerbildung stellten genau die Gerechtigkeiten her, die der Bildungsföderalismus ständig verspricht, aber nicht zu gewährleisten versteht. Gut – all die Institute, Studien, die vermeintlichen Qualitätssicherer und Dauerreformen bräuchte es dann nicht mehr, was insofern problematisch ist, als daß in diesen Bereichen eben jene Kräfte agieren, deren fragwürdige Beschäftigung teuer bezahlt wird und die daher ein starkes Beharrungsvermögen entwickeln und sich mit den genannten Totschlagargumenten gegen das große Aufräumen und die notwendigen Klärungen sperren. ■

## Es ist okay

**Leif Randt: *Allegro Pastell*. Roman, Köln: KiWi 2020. 280 S., 22 €**

Verrückt: Dürfte ich unter x-Photos »aktueller« Autoren fünf auswählen, deren Bücher ich gern lesen würde – Leif Randt wäre definitiv nicht darunter. Als alte Lookistin gebe ich – sei es: leider – etwas auf den äußeren Eindruck. Herr Randt (Jg. 1983) trägt auf allen Bildern, die im Netz verfügbar sind, formlos-bunte Klamotten und oft Basecaps, ein wenig wie »Rezo«, der CDU-Kaputtmacher. Dieser Stil mag ironisch gemeint sein, süffisant anspielungsreich oder wie auch immer – ich komme nicht dahinter. Es irritiert mich, weil nun mit *Allegro Pastell* bereits der dritte Roman aus Randts Feder vorliegt, der mich beeindruckt hat. Die beiden vorangehenden Werke sind in *Sezession* 51 (2012, *Schimmernder Dunst über Coby County*) und *Sezession* 66 (*Planet Magnon*, 2016) ausführlich besprochen worden. Diese Romane spielten in der nahen Zukunft; *Allegro Pastell* hingegen ist in der jüngsten Vergangenheit lokalisiert, im Jahr 2018. Hier geht es vordergründig nicht um Gesellschaftsentwürfe, sondern um reale Paarbeziehungen im Zeitalter des »Postpragmatismus«. Was soll das heißen? Eine »pragmatische Beziehung«: Das wäre ein tendenziell unromantisches Ding, eine Sache, die man früher wohl »Bratkartoffelverhältnis« nannte. Unser postpragmatisch Verbandelter hat die Ebene der Aufrechnung, des *do ut des*, längst verlassen. Nun geht es darum, das Gefühl des »Okay-seins« möglichst photogen zu inszenieren. Unsere Romanfiguren hüten sich, nicht okay zu sein mit sich, mit dem Gegenüber, den Umständen. Und warum sollte man auch – denn: alles ist, ein Minimum an Toleranz vorausgesetzt, doch völlig okay! Toleranz ist auch in diesem Roman ein Dauergefühl, das nie auf die Probe gestellt wird. Es gibt keine Abweichler mehr: »Alles darf, nichts muß.« Wer nicht ganz auf den Kopf gefallen ist oder vom Schicksal hart geschlagen wurde (und um solche Leute geht es hier dezidiert nicht, selbst die schwer depressive Sarah, eine Nebenfigur, kommt letztlich ganz okay durch), der erreicht – und sei es unter Zuhilfenahme marktgängiger Drogen – einen gewissen *Well-being*-Faktor.

Speziell geht es um Jerome. Er ist Webdesigner, Mitte dreißig, wohnhaft in einem Kaff namens Maintal – übrigens wie Leif Randt selbst. (Mir hat das Buch womöglich auch ge-



fallen, weil ich, 28 Jahre direkt neben Maintal lebend, viele Schauplätze, Clubs etc. gut kenne.) Er hat eine Beziehung mit Tanja, einer Autorin, die mit ihrem Debüt »PanoptikumNeu« einen Publikumserfolg gelandet hatte. Tanja, jünger als Jerome und noch eine Spur cooler (Randt stellt das nicht aus, er beschreibt nur) als ihr Freund, ist seit ihrem Bucherfolg »eine Art Ikone« vor allem »für schwule Akademiker zwischen zwanzig und fünfundvierzig Jahren.« Tanja (Berlin) und Jerome (hessisches Kaff) bilden das Traumpaar eines auf- und abgeklärten Bindungsparadigmas. Beide sind tendenziell »offen« und nicht ausgesprochen monogam (was zu Verwerfungen führt; man kann diese Dinge handeln, selbst wenn sie letztlich einen – okayen – Abschied voneinander bedeuten); Jerome hat mit Absicht kein Auto, sondern mietet gelegentlich einen Tesla; Tanja nimmt Therapiestunden bei ihrer superlockeren Psychotherapeutenmutter – alle Eltern sind hier extrem easy drauf –, die bohrend nachfragt, wa-

rum Tanja denn nicht einfach eine Nebenbeziehung starte: »Ist Moral wirklich dein Thema?« Es gibt keinen Schwur, keine Ausweglosigkeit, kein Fatum. Dieses Leben gleicht einer Gummizelle. Das stahlharte Gehäuse besteht: ja. Aber es ist scheinheilig abgedefert durch »Commitments«, Sprachnachrichten, Drogen, hübsche Lügen und wunderbare Inszenierungen. »300% Joy« paßt noch unter jedes Instagram-Photo. Tanjas Lover Janis vertritt die Meinung, daß ein »nachhaltiger Kollaps des Finanzsystems« notwendig sei, »um diverse Gesellschaften aufzurütteln«: »Viele Menschen, die viel Zeit aufs Feiern verwendeten, hatten sich diese Sichtweise angeeignet. Dass Janis diese Haltung auch als junger Dad kultivierte, überraschte Tanja eher positiv.« Einmal gehen Jerome und Tanja unter leichtem Drogeneinsatz mit einem »antideutschen« Pärchen aus. »Je weiter die Zehnerjahre voranschritten, desto einverständener war Jerome damit, daß es eine Antifa gab. Solange sie niemanden missionieren wollten, fand Jerome das in Ordnung. Er traute sich, zuzugeben, dass er keine Ahnung vom Antideutschsein hatte. Tanja versucht es zu erklären: »Man ist gegen den deutschen Staat und pro Israel. Man ist Kommunist, aber nicht Antikapitalist, weil man im Antikapitalismus immer auch Antisemitismus vermutet.« Paßt ja! Einige Kritiker haben *Allegro Pastell* mit Christian Krachts Epochenroman *Faserland* (1995) verglichen. Das könnte hinkommen.

ELLEN KOSITZA ■

## Der Sohn des Schmieds

Antonio Scurati: *M. Der Sohn des Jahrhunderts*, Stuttgart: Klett-Cotta 2020. 830 S., 32 €

Die Geschichte des Sozialismus, so hob es der israelische Gelehrte Zeev Sternhell hervor, schreibt man nicht von seiner extremsten Depravation, dem Stalinismus, aus. Man blicke zu den Ursprüngen entsprechender Denkansätze, um von dort aus das Gelände zu vermessen. Just dies versucht nun Antonio Scurati (Jg. 1969) in bezug auf den Faschismus zu leisten. Gleich Sternhell geht der neapolitanische Schriftsteller und Universitätsdozent *ad fontes*, aber seine Zugangsweise ist nicht akademisch, sondern belletristisch.

*M. Der Sohn des Jahrhunderts* erzählt vom Entstehen des Faschismus im März 1919 bis zur Zementierung seiner Macht 1925 entlang der Erlebnisse Benito Mussolinis und weiterer Protagonisten aus seinem Umfeld. Gegner sind ebenso vertreten wie Geliebte, unnachgiebige Feinde wie fanatische Anhänger. Dokumente, Briefe, Parteierklärungen, Polizeiberichte und Geheimdienst-einschätzungen umrahmen die Erzählung, die kolportagehaft, bisweilen tagebuchartig, aufgebaut ist, und sich, je nach Kapitel, mal wie ein politischer Krimi, mal wie ein Abenteuerroman liest.

Vorwissen über die italienische Sondersituation nach dem »verstümmelten Sieg« von 1918 aufzuweisen und das Phänomen Fiume einordnen zu können, ist für die gelöste Lektüre des Romans hilfreich. Ebenso sollte man etwas über die Widersprüche zwischen Großgrundbesitz und Landarbeitern, norditalienischen Industriebetrieben und *Mezzogiorno*, sozialistischer Zerrissenheit und faschistischer Sammlung wissen. Aber auch jene Leser, denen das Italien der frühen 1920er Jahre fremd ist, werden sich einfinden in der Atmosphäre aus enttäuschten Hoffnungen und menschlichen Abgründen, die Scurati virtuos erzeugt. In dieser Atmosphäre wird Politik als »Arena der Laster, nicht der Tugenden« beschrieben, in der nach dem »hundsföttischen Schneid der Straßenkämpfe« verlangt werde. Diese Kämpfe werden plastisch geschildert; Verena von Koskulls Übersetzung erlaubt einen einwandfreien Nachvollzug der Geschehnisse.

Scurati gelingt es, nicht nur das »Menschelnde«, Banale und Abstoßende einzufangen, sondern auch, ganz im Sinne Sternhells, die Ursprünge des Faschismus in Theorie und Praxis zu umreißen. Mussolinis wechselnde Parteinahmen, ideologische Sprünge und weltanschauliche Häutungsprozesse werden ebenso greifbar wie seine Sehnsucht, gegen *alle* ins Feld zu ziehen. Die einzigen, »mit denen die Faschisten einer Meinung sind, sind die Arditi und die Kriegsfreiwilligen«. Sie waren das Grundgerüst der Fascio, der Bünde. Gegen alle zu sein war für sie selbstverständlich; Sozialisten, Demokraten, Konservative, Nationalisten – die Früh-

faschisten werden als »Synthese sämtlicher Behauptungen und sämtlicher Gegenteile davon« präsentiert, deren »einzige Doktrin« jene der Tat sei. Die Faust erschien ihnen als die Letztbegründung jeder Theorie. Als junge dynamische Bewegung verstand der Faschismus unter »Tat« oftmals Gewalt. Scurati gelingt es, die diesbezüglichen Differenzen bildlich darzustellen. Während viele Ras – regionale Fascio-Führer – und ihre Schwarzhemden Gewalt um der Gewalt willen kultivierten, unbekümmert Jagd auf provozierende Linke aller Couleur machten, um sich dann tagelang dem Genuß von »Morlakenblut« (Kirschbrandy) und Frauen hinzugeben, kennzeichnete Mussolini ein instrumentelles Verständnis von Gewalt. Ein anderer Diktator, Mao Zedong, sollte einst formulieren, Gewaltanwendung habe »wohlüberlegt, genau gezielt, unerbittlich« zu erfolgen – just so wollte es Mussolini (»Faschisten sind Krieger, keine Terroristen«), der daher mit den Heißspornen seiner Bewegung oft zusammenprallte. Zurückweichen, und sei es strategisch bedingt, bewerteten viele Squadristen als Verrat. Mussolini gelang es jedoch, sämtliche Krisen innerfaschistischer Disharmonie zu überwinden und aus ihnen Kapital zu schlagen – durch Geduld und gezielte Schläge gegen den vielgestaltigen Feind. Er schuf den Faschismus, so zeigt es Scurati, »als Schüler und Erbe der sozialistischen Lektion«: Als Renegat der radikalen Linken vermengte er deren Stärken mit imperialer Dynamik.

Scurati, dies wird im Verlauf der Handlung deutlich, ist Antifaschist; er will das Faszinosum Mussolini »entlarven«: Der »Duce« erscheint getrieben von Egomane und sexueller Begierde, als mediokrer »Sohn des

Schmieds«, als »Polit-Zigeuner« und »Autodikt der Macht«. Das geht mitunter fehl. Denn der Versuch, die heroisch-edle Gegenwehr zersplitterter Linker der machiavellistischen und zynischen Machtpolitik Mussolini gegenüberzustellen, birgt ein Problem: Wenn die Faschisten durch die Bank dumm, brutal und apolitisch waren, spricht es nicht zwingend für die antifaschistische Fronde, gegen diesen Gegner, der aus dem Nichts der sozialistischen Spaltung kam, innerhalb weniger Jahre beispiellos unterlegen gewesen zu sein. Auch so ist es zu erklären, daß Scurati für diesen Roman – er soll den Auftakt einer Trilogie darstellen – zwar den wichtigsten italienischen Literaturpreis (»Premio Strega«) verliehen bekam, daß er aber auch harsche Kritik einstecken muß. Linke Rezensenten stören sich weniger an freien Interpretationen, historischen Sachfehlern und der gelegentlich unklaren Quellenlage, sondern vielmehr daran, daß Scurati Mussolini und seine *camicie nere* nicht hart genug angepackt habe. Angesichts des immensen Publikumserfolges könnte er gleichwohl ein nonchalantes *Me ne frego* brummen.

BENEDIKT KAISER ■



## Josef heißt jetzt Joe. Jö?

Ulla Lenze: *Der Empfänger. Roman*, Stuttgart: Klett-Cotta 2020. 302. S., 22 €

Dieser Roman firmierte unter den »Top-Frühlingstiteln«. Die meisten größeren Verlage haben so etwas. Wie kommt es an, im »gemeinen Volk?« Ich finde das interessant, erst recht in Zeiten der sogenannten Corona-Krise. Mit heutigem Datum hat Lutz Seilers zurecht preisgekrönter Roman *Stern III* (als Konkurrenztitel gewissermaßen) ganze dreißig weitgehend positive »Kundenrezensionen« auf den Seiten von amazon.de. Ulla Lenzes noch nicht gekürter Roman erfreut sich weit größeren Interesses: Neunzig »Lesende« haben diesen Roman als gut oder sehr gut bewertet. Martin Mosebach sagte einmal, man müsse bei der Vermarktung von Belletristik gendersensibel vorgehen. Knapp achtzig Prozent der Roman-käuferinnen seien weiblich. Damit muß man also arbeiten als Schriftsteller! Nicht nur: Künstlersein, sondern auch: den Geschmack treffen! Ulla Lenze (Jg. 1973) hat hier – literarisch verfremdet – die Geschichte eines Mannes aufgeschrieben, die und den es tatsächlich gab. Protagonist Josef Klein war ihr eigener Großonkel. Sein Handeln als Agent innerhalb des Spionagenetzwerks der deutschen Abwehr wird hier, nun ja, literarisch vermenschlicht. Im Grunde ist dieser Roman eine posthume Verteidigungsschrift für J. Klein, der da *no lens volens* in »etwas hineingeraten« ist. Klein ist bereits vor den Dreißigern in die USA ausgewandert. De facto war er (nun: Joe) dort Mitglied der rassistischen, antisemitischen »Christian Front« und ließ sich als kundiger Amateurfunker für die Sache der Nationalsozialisten einspannen. Es ist faszinierend, was Lenze daraus – durchaus beobachtungsstark und literarisch auf der Höhe – macht: Joe war demnach in Wahrheit abgestoßen von diesen amerikanischen Nazis. Er liebte stattdessen das multikulturelle Harlem, in dem er lebte. Er wollte ja widerstehen, konnte es aber nicht in diesen Notlagen. »Ich gehöre nicht zu denen. Ich wurde unter Druck gesetzt«, erklärt »Joe« im Nachkrieg einem amerikanischen Officer. Wir lesen, daß Joe sich durch und durch als Amerikaner fühlte. Weshalb eigentlich genau – es bleibt unklar. Es ist hier, als wäre es nur absolut logisch, den Nationalsozialismus abzulehnen. Nachgeborenenlogik! Über einen Aufenthalt im Gefangenenlager Ellis Island gelangt Joe zu seinem spießigdeutschen Bruder Carl (der denkt, Josef hieße nun »Jö«, und der nicht ahnt, daß Jö seiner leider nur halbemanzipierten Gattin nachstellt) nach Neuss, läßt sich 1949 zunächst in Argentinien nieder (wie sich hier die alten »Nazis« sammeln, ist formidabel erzählt), um dann via Costa Rica

auf eine Rückkehr in das Gelobte Land, die USA, zu hoffen. Gönnen wir dieser begabten Autorin die Ansicht, daß ihr Großonkel »eigentlich« ein Opfer war. Wer wäre es letztlich nicht.

ELLEN KOSITZA ■

## Noch einmal drückte ich ab

Daniel Zipfel: *Die Wahrheit der anderen. Roman*, Wien: Kremayr & Scheriau 2020. 223 S., 19,90 €

Im späten Winter 2013 besetzten »Geflüchtete« die Votivkirche in Wien. Hernach setzte die sogenannte Identitäre Bewegung einen drauf, indem sie die besetzte Kirche ihrerseits besetzte. In diesem (gleichwohl erstaunlichen) Roman, der diese Szene in einer »Minoritenkirche« nachempfunden, spielt diese Geburtsstunde der »IB« leider keine Rolle. Dennoch ist das ein krasses Stück: Es geht um Uwe Tinnermanns, um seinen preisgekrönten Chef Konrad Brandt, um Veena Shahida, um Flüchtlingsführer Ramis und um die todkranke Anwältin Frau Toth. Tinnermanns ist ein aufstrebender Journalist, der aus den pakistanischen Flüchtlingsprotesten in Wien Nektar saugen will. Er hat ein bedeutsames Photo geschossen: Ein Polizist thront scheinbar arrogant über einer Flüchtlingsfrau, die blutet. Diese Frau – Shahida – hat in Wahrheit gerade seine Hilfe abgelehnt. In »den Medien« kommt das so nicht an. Es scheint, als würde die Frau von »den Bullen« malträtiiert. Das Photo wird zur Ikone. Autor Zipfel (\*1983, deutscher Wahlwiener, selbst »Jurist in der Asylrechtsberatung«) speißt allerlei auf, was im Rahmen der »Geflüchteten«-Debatte stets unterging. Das ist teilweise kraß politisch unkorrekt. Allein diese Orgien, die die Pakistanis und ihre Unterstützer\*innen im sakralen Raum feiern! Müll und Sperma, das ist gewagt! Und wie es ist, solche Geflüchtetengeschichten als Anwalt zu begleiten: »Die großen Augen am Anfang, der Frust am Ende. Der blinde Glaube daran, die Tragödie des eigenen Schicksals müsse nur erkannt werden, die naive Überschätzung des emotionalen Faktors.« Literarisch kommt leider allenfalls eine Drei plus heraus. Der Autor verheddert sich in seinen unterschiedlichen Dramen, sein Personal und dessen Beweggründe bleiben sämtlich unscharf. Zuviel wird behauptet, anstatt es szenisch zu verdeutlichen. Dabei gibt es hervorragende Szenen und Dialoge! Zipfel entlarvt die Flüchtlingsindustrie, ihre Kommunikationsregeln und ihren gesamten Gestus. Dies alles zusammengekommen ist seltsam für einen Autor, der schon zahlreiche (Mainstream-)Preise gewonnen hat. Insofern: beachtenswert.

ELLEN KOSITZA ■



## Meilenstein

Thomas Piketty: *Kapital und Ideologie*,  
München: C.H. Beck 2020. 1312 S., 39,95 €

Dieses Buch des Pariser Forschers Thomas Piketty schreibt soziale Globalgeschichte. Der Meilenstein interdisziplinärer Analyse könnte als Semester-Reader für Politikwissenschaftler, Historiker, Soziologen und Volkswirtschaftler dienen. *Kapital und Ideologie* betrifft deren Forschungsgebiete und verknüpft sie mannigfaltig.

Piketlys Ausgangspunkt ist die These, wonach jede Gesellschaft ihre materiellen Ungleichheiten legitimieren muß, da ansonsten ihre politisch-soziale Rechtfertigung entfällt. Anhand eines Parcours, der den Leser von Anbeginn der dreigliedrigen Gesellschaften über die Sklavenhaltergesellschaften hin zu den Eigentümer- und Industriegesellschaften sowie dem heutigen Hyperkapitalismus führt, zeigt Piketty, daß diese Rechtfertigung unterschiedlich ausfallen kann: traditionalistisch, ideologisch, religiös usw. Die derzeitige Wirtschaftsordnung legitimiere sich »proprietary« (Vergötzung des Privateigentums an den Produktionsmitteln) und »meritokratisch« (Leistung schaffe Wohlstand) und verkörpere als Kapitalismus eine Sonderform des Proprietarismus. »Kapitalismus« definiert Piketty »als eine historische Entwicklung der ständigen Ausweitung des Privateigentums und der Akkumulation von Vermögenswerten über traditionelle Besitzformen und alte Staatsgrenzen hinweg«, während »Proprietarismus« als politische Ideologie zu verstehen sei, die dem absoluten Schutz des Privateigentums das Primat zuweist (nicht Volks- oder Staatsinteressen).

Piketty analysiert nach diesem historischen Teil – wie in seinem Bestseller *Das Kapital im 21. Jahrhundert* – Vermögenskonzentrationen (in den USA, China und Westeuropa), umreißt Steuermodelle und erklärt fiskal- und sozialpolitische Zäsuren. Der meritokratische Mythos könne seit dem Ende des Systemgegensatzes 1989/1990 und dem Siegeszug marktliberaler Ansätze nicht mehr einhalten, was er verspreche: Piketty zeigt unter Zuhilfenahme von Tabellen und Datenerhebungen, daß die erodierende Mitte und die unteren Schichten von der kapitalorientierten Wirtschaftsweise nicht profitieren, während die absolute Oberschicht unbegrenzte Kapitalakkumulation betreibt. Piketty schwebt eine sozialreformatorische Umwälzung vor. In der Eigentumsfrage plädiert er für einen Prozeß, der das auf der Allmacht der Aktionäre basierende System überwinde und drei Eigentumsformen beinhalte. Öffentliches Eigentum sehe vor, daß staatliche oder kommunale Akteure anstelle der privaten Aktionäre Eigentümer eines Unternehmens werden; gesellschaftliches Eigentum meine, daß sich Beschäftigte mit staatlichen und privaten Aktionären die Macht teilen; Eigentum auf Zeit bedeute, daß die reichsten Privat-

eigentümer jedes Jahr einen Teil ihres Besitzes der Allgemeinheit übertragen, damit das Kapital zirkuliere und die monopolartige Konzentration des Privateigentums abnehme.

Piketty sieht einen weiteren Hebel, um zu einer der Allgemeinheit dienenden Wirtschaftsordnung zu kommen, darin, Steuersysteme neu auszurichten. Er untersucht, wie eine progressivere Besteuerung von Vermögen zu einer Entlastung der unteren und mittleren Schichten und zu einer adäquateren Belastung der obersten Schichten führen würde. Diese Passagen sind ebenso lehrreich wie ein Vergleich, den Piketty zwischen Marktgläubigen und Kommunisten zieht: So, wie die »Realsozialisten« Angst vor kleinsten Veränderungen ihrer Ordnung hatten, weil man sonst das große Ganze kapitalistisch infizierte, lehnen heutige Kapitalhörige jede soziale Veränderung ab, weil man fürchte, daß sonst die »Büchse der Pandora« reformatorischer Bestrebungen geöffnet werde.

Ebenfalls hervorzuheben sind Piketlys Betrachtungen zur Transformation der Linken (von Arbeiterparteien zu Akademikerformationen) und Rechten. Für konservative Leser entscheidend ist die Analyse der »kaufmännischen Rechten«. Diese Strömung weise große Wirtschaftshörigkeit auf und kritisiere einzelne Aspekte der ansonsten befürworteten ökonomischen Globalisierung: Letztlich handelt es sich bei »kaufmännischen Rechten« um wertkonservative Liberale. Zudem wird bei der Prüfung der französischen Lage schlagend, was die größte Gefahr für das liberale Establishment und seine linken Kollaborateure darstellt: ein »nativistisch-egalitärer Block«, der soziale *und* nationale Widersprüche aufgreift und in Gestalt des Rassemblement National (RN, ehemals: Front National) einwanderungs- *und* kapitalismuskritische Einstellungen bündelt. Dies wird vom RN-Gegner Piketty gefürchtet, da ihm schwant, daß die Synthese aus Befürwortung von sozial gerechter Umverteilung und identitärer Selbstbehauptung ein Erfolgsmodell in Krisensituationen abbildet.

Neben den skizzierten Stärken muß auf Schwächen hingewiesen werden. Piketty geht klimaideologischen Exkursen nach, die der Wissenschaftlichkeit des Autors nicht gerecht werden. Zum anderen wird deutlich, daß er multikulturalistisch-zeitgeistigen Prämissen folgt. So stellen für Piketty Einwanderer in Frankreich automatisch Franzosen dar, während französische Familien, die 150 Jahre in den drei Départements Französisch-Algeriens lebten, nach ihrer Vertreibung als »zurückgekehrte Algeriensiedler« bezeichnet werden – als ob sie nicht über fünf, sechs Generationen dort heimisch geworden wären. Diese Logik impliziert, daß mit zweierlei Maß gemessen wird, was freilich typisch für linksorientierte Akteure ist. Auffällig ist es, weil es einem herausragenden Werk entbehrliche Abzüge einbringt.

BENEDIKT KAISER ■



## Männer sind Faschisten

Klaus Theweleit: *Männerphantasien*. Vollständige und um ein Nachwort erweiterte Neuausgabe, Berlin: Matthes & Seitz Berlin 2019. 1278 S., 39,90 €

Theweleits *Männerphantasien* erschienen zuerst 1977/78 in zwei Bänden im Verlag Stroemfeld/Roter Stern und haben seitdem eine Karriere gemacht, die für so ein umfangreiches und eigenartiges Buch von Seltenheitswert sein dürfte. Von den Dimensionen reichen die Stückzahlen zwar nicht an Spenglers *Untergang* heran, doch bezogen auf die Kompatibilität mit dem jeweiligen Zeitgeist drängt sich der Vergleich förmlich auf. Nach Taschenbuchausgaben, die seit 1980 in mehreren Verlagen erschienen sind, liegt das Buch jetzt als gebundene Ausgabe vor, was zu der Vermutung Anlaß geben könnte, daß es zum Klassiker geworden ist, den man nicht mehr mit heißem Herzen liest, sondern sich als Erinnerung an die eigene Jugend ins Regal stellt. Die Risikobereitschaft des Verlegers, solch Ziegelstein erneut zu verlegen, wurde offensichtlich belohnt. Mittlerweile liegt die zweite Auflage vor.

Das Buch ist aus der literaturwissenschaftlichen Dissertation von Theweleit (\*1942) hervorgegangen, die er unter dem Titel *Freikorpsliteratur. Vom deutschen Nachkrieg 1918–1923* eingereicht hatte. Das Buch widmet sich den schriftstellerischen Erzeugnissen derjenigen Männer, die nach Kriegsende aus Verantwortungsgefühl heraus die deutschen Grenzen schützten und während der bürgerkriegsähnlichen Zustände die Ordnung aufrechterhielten. Theweleit gießt das Ganze in eine wilde Collage aus Selbstreflexionen, Zitaten und Abschweifungen, die von einer kaum überzeugenden Theorie zusammengehalten wird. Theweleit ist davon überzeugt, daß diese als Faschisten klassifizierten Männer nicht zu vollwertigen Menschen werden konnten, weil ihre Selbstwertung vorzeitig durch die Deformation im patriarchalen Elternhaus abgebrochen wurde, was sie in übergeordnete Strukturen von Männerbünden fliehen ließ.

Rudolf Augstein, Herausgeber des *Spiegel*, hatte das Buch bei seinem ersten Erscheinen als »vielleicht aufregendste deutschsprachige Publikation dieses Jahres« bezeichnet und ihm Ende 1977 eine achtseitige Rezension gewidmet. Seine These: »Kratz an der Oberfläche des Mannes, und ans Licht kommt der Faschist vom Anfang der Welt.« Auch wenn er bei Theweleit die Nutzenanwendung der Enthüllungen vermißt, war er doch davon überzeugt, daß sich Theweleit auf dem richtigen Weg befindet. Die Gegenwart scheint in dieser Hinsicht deutlich weiter gekommen zu sein, da die politische Nutzenanwendung dieser Theorie mittlerweile Allgemeinort ist: Alles, was weiße Männer ge-

schaffen haben, ist faschistisch und gehört deshalb auf den Müllhaufen der Geschichte.

Daher ist die Kritik, die anlässlich der Neuauflage zu lesen war, eher eine systemimmanente, wie die der Historikerin Birte Förster in der *Süddeutschen Zeitung*. Kritisch ist sie nicht, weil sie die Thesen für falsch halten würde, sondern weil Theweleit mittlerweile von seinen Nachfolgern in Gender-Mainstreaming und ähnlichen Disziplinen weit überholt wurde. Förster interpretiert die Neuausgabe als Ausdruck einer unbewußten Verehrung alter weißer Männer wie Theweleit. Andere Kritiker legen noch eine Schippe drauf, wenn die fehlende Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus bemängelt wird oder Theweleit vorgeworfen wird, daß sein Festhalten an zwei Geschlechtern nicht mehr ganz zeitgemäß sei.

Das Buch ist mittlerweile selbst zum Gegenstand historischer Forschung geworden, die sich besonders der Erklärung des Erfolgs gewidmet hat. In der linksalternativen Szene wurde es zum Klassiker, weil es eine interessante Verschränkung von damals virulenten Themen darstellt. Die Gestaltung des Buches und die Ablehnung des objektivistischen Standpunkts in der Wissenschaft schlugen ebenso ein wie die Themen Faschismus, Gewalt, Geschlechterverhältnis und der Versuch, über Marx und Freud hinaus eine postmoderne Theorie zu präsentieren. Die Begeisterung des linksliberal-bürgerlichen Milieus ist für den Erfolg aber viel wichtiger gewesen, weil die Infragestellung der Autorität über diese Kanäle mehrheitsfähig wurde.

Theweleit hat seinen Frontalangriff auf Männerbund, Institutionen und Anthropologie in einem geschickten Mix präsentiert, in dem jeder finden konnte, was er suchte. Daran hat sich bis heute nichts geändert, was von den Rezipienten als Beweis seiner Aktualität betrachtet wird. Es ist dabei unvermeidlich, daß die Linie von den Freikorps über den Faschismus bis in die Gegenwart ausgezogen wird und man schließlich bei der Neuen Rechten und dem Rechtspopulismus landet.

Was Theweleit seinerzeit nicht bedacht hat, ist, daß sein Buch auch als Steinbruch für diejenigen zu gebrauchen war, die, aus einem linksliberalen Elternhaus stammend, noch nie etwas von Freikorps oder Ernst Jünger gehört hatten und denen er eine neue, gefährliche Welt präsentierte. Die bizarre Theorie konnte man dabei gut überlesen. Dennoch ändert dieser schöne Nebeneffekt nichts daran, daß Theweleits Buch für die Schleifung der Institutionen, für die Pathologisierung der Wehrbereitschaft und die Entmännlichung des Mannes zumindest mitverantwortlich ist. Da all das gelungen ist, strömt die Neuauflage den Geruch der Dekadenz aus.

ERIK LEHNERT ■



## Gottes Zeichen, verhüllt

Günter Biemer, James Derek Holmes und Roman A. Siebenrock (Hrsg.): *Leben als Ringen um die Wahrheit. Ein Newman Lesebuch*, Ostfildern: Patmos 2020. 348 S., 36 €

John Henry Kardinal Newman (1801–1890) wurde vor einem Jahr vom gegenwärtig amtierenden Papst heiliggesprochen. Dies ist der Anlaß für die Wiederherausgabe der vorliegenden Anthologie, die 1984 erstmals erschien und nun mit einer neuen Einführung versehen worden ist. Einer der Herausgeber bemüht sich um Newmans angebliche Vorreiterrolle für das Zweite Vatikanum, doch diese Mühe ist umsonst: Newman, der die anglikanische Kirche verließ, um sich mit Leib und Seele dem Katholizismus zu verschreiben, war alles andere als ein Ökumeniker. Im Gegenteil, er entschloß sich gerade deshalb zur Konversion, weil er beide Bekenntnisse am Ende eben nicht für gleichwertig hielt. Das war auch sein Hauptargument gegen den religiösen Liberalismus, den er zeitlebens bekämpfte: nämlich das Credo, daß jedes Bekenntnis so gut wie jedes andere sei und es keine positive Wahrheit gebe. Seinen Übertrittsprozeß, in dessen Mitte er noch glaubte, der anglikanischen Staatskirche den maßvollen Mittelweg zwischen Protestantismus und Katholizismus als *via media* zuordnen zu können, dokumentierte Newman in unzähligen Briefen, Streitschriften und theologischen Reflexionen.

Das Newman-Lesebuch möchte diesen Dokumenten Raum geben, um das Denken des Theologen weiträumig abzustecken. Dieser Umstand führt dazu, daß es fast unmöglich ist, ins Lesen hineinzufinden. Außer für historisch-theologische Interessierte, meinethalben Studenten, die eine Hausarbeit verfassen sollen, sind die Kontroversen Newmans mit seinerzeitigen Kollegen und Vorgängern, die inneranglikanischen Rißlinien, seine Lektüren heute unbekannter Autoren und Einzelfragen der Dogmatik so gut wie irrelevant. Auch der Kardinal als Humanist, seine Reden zugunsten der Universität als Hort der *artes liberales* und der lehrenden Institutionen der Kirche zur freien Zusammenkunft gelehrter Männer, sind höchstens unter »zeitgenössisch« zu verbuchen.

Auf seine Lektüre der Kirchenväter und des byzantinischen Christentums deutet John Henry Newman in den abgedruckten Passagen stets nur hin. Man findet kein Wort davon, was genau ihn daran begeistert hat (und da gäbe es – man führe sich Gerd-Klaus Kaltenbrunners oder Hugo Balls Schriften zu diesem Komplex genießend zu Gemüte – schier Unglaubliches zu finden). Endlich, nach etwa 250 Seiten, erlauben die Herausgeber dem Heiligen tiefere Gedanken, die allesamt um das kreisen, was Newman mit einem Zentralbegriff seines Werkes »to realize« genannt hat, zu entfalten: Gedanken über den

Sitz des Glaubens im individuellen Leben. So schreibt er, Gott »gibt uns genügend Zeichen seiner selbst, die unseren Geist in Ehrfurcht zu ihm erheben können; aber er scheint so häufig rückgängig zu machen, was er getan hat, und Fälschungen seiner Zeichen zu dulden, daß eine Überzeugung von seiner wunderwirkenden Gegenwart höchstens im einzelnen Menschen vorhanden sein kann«. Im Konkreten, in eigener Krankheit, Not oder Trennung bemerkt der Christ, daß Gott ihn kennt und von ihm Hingabe fordert: »Wer Freunde oder Verwandte hat, und sich aus ganzem Herzen in die Trennung von ihnen ergibt, wo diese noch in Frage steht, und beten kann: »Nimm sie mir, wenn es Dein Wille ist, Dir übergebe ich sie, Dir vertraue ich sie an«, und bereit ist, beim Wort genommen zu werden – auch dieser riskiert etwas und ist Gott wohlgefällig.« Newman hat schon in seiner Zeit die Kirche im permanenten Kampf gegen den Materialismus und Atheismus gesehen. Seine Argumente gegen Atheisten sind von derart tiefer eigener Gläubigkeit, daß er sich schlicht nicht vorstellen kann, was ein Atheist von ihm in Wirklichkeit wollen könnte. Auf diese Weise findet er jedoch etwas über die Gottesleugner heraus, sowohl die wütenden als

auch die gleichgültigen: »Denn es lebt in ihnen die Befürchtung, daß es irgendwo etwas Großes und Göttliches gibt; und da sie es nicht in sich tragen, bereitet es ihnen keine Schwierigkeit zu glauben, es sei überall dort, wo Menschen Anspruch auf seinen Besitz erheben.« Das ist eine perfekte Parade nicht nur gegen spirituelle »Sinnsuche«, sondern auch gegen diejenige moderne Wissenschaft und Afterwissenschaft, die in jeglicher Religion nichts als das »Herrschaftswissen« privilegierter Menschen erkennen kann.

Der Leser wünscht sich mehr von diesem Heiligen – im Grunde müßte man noch ein zweites Newmanlesebuch edieren, das eher so wie das vergriffene, 1965 von Walter Lipgens herausgegebene und in der *Herder-Bücherei* erschienene Buch John Henry Newman: *Summe christlichen Denkens* beschaffen wäre.

CAROLINE SOMMERFELD ■

## Das Schweigen sickert durch die Mauern

Christoph Fackelmann, Till Kinzel, Michael Rieger (Hrsg.): *Lepanto Almanach. Band I*, Rückersdorf: Lepanto Verlag 2020, 264 S., 14.80 €

Der kleine katholische Lepanto Verlag hat ein interessantes Projekt gestartet: ein Jahrbuch für christliche Literatur und Geistesgeschichte, dessen erster Band nun erschienen ist.

Das Jahrbuch ist historisch orientiert und befaßt sich schwerpunktmäßig mit der Person



Reinhold Schneiders, der in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts ein vielgelesener Schriftsteller war. Die Beiträge des Buches sind auf hohem wissenschaftlichen Niveau geschrieben, das Ganze vor dem Hintergrund einer starken Verwurzelung im Katholizismus.

Der Wiener Literaturwissenschaftler Christoph Fackelmann folgt einem Motto von Gertrud von le Fort und entwickelt einen faszinierenden komparatistischen Ansatz. »Die Städte brausen wohl noch eine Weile, aber das große Schweigen sickert schon durch die Mauern« (aus G.v.l. Fort, *Hymnen an die Kirche*). Fackelmann nimmt die biblische Erzählung des Turmbaus zu Babel und die daraus folgende Sprachverwirrung, ausgelöst durch die Hybris des autonomen Menschen, auf und sucht nach sinnstiftenden Spuren dieser Erzählung in der Lyrik. Darunter fällt Stefan Georges Zeitgedicht aus *Der siebente Ring* von 1907, in der George als einsam-erhabener Verkünder einer uralten Tradition gesehen wird, wobei Fackelmann deutlich macht, dass Georges Ansatz keineswegs christlich umgedeutet werden kann, sondern ihn eher in eine Reihe mit Nietzsches Vorstellungen der *Unzeitgemäßen Betrachtungen* stellt. Die Gedichte »Das babylonische Herz«, Francis Thompson, 1897, »Schlußghasel«, Joseph Weinheber, 1943, »Das alte Haus der Sprache«, Karl Kraus, 1918, und schließlich »Abschied«, Reinhold Schneider, 1946, werden mit philosophischen Querverweisen verglichen und interpretiert, wobei das letzte Gedicht eine gute Überleitung zum zweiten Teil des Jahrbuches darstellt, in dem Reinhold Schneiders Gesamtwerk kenntnisreich behandelt wird.

Christoph Fackelmann zeigt sehr schön auf, wie das letzte Gedicht von Reinhold Schneider von der künstlerisch-ästhetischen Ebene in die religiös-christliche hineinreicht. Schneider schreibt: »die Kunst ist sehr arm ohne Hilfe (...) ihr letztes Wort kann immer nur eine Bitte sein«, um dann aufzufordern: »beugt euch in Gottes waltendes Gedicht«. Der Versuch, die Sprachkunst in den Dienst der Verkündigung zu stellen, zeigt aber auch, daß damit ein Konfliktfeld betreten wird, denn die Kunst als eigenständige Form kann nicht einfach der Religion unterstellt werden.

Es ist naheliegend, daß die nun folgende Betrachtung des Gesamtwerkes von Reinhold Schneider ihn nicht nur als katholischen Autor sieht, sondern auch zeitgeschichtlich als Vertreter der »inneren Emigration« im Nationalsozialismus, wobei besonders der Roman *Las Casas vor Karl V.* als Beleg genommen wird, der 1938 erschien und hohe Auflagen erzielte. In einer autobiographischen Notiz von 1953 schreibt Schneider selbst, was ihn umtrieb: »Das Problem der Macht, die Frage: Was ist geboten? Was ist erlaubt? ließ mich keinen Augenblick los. Eine Antwort sehe ich nur im

Opfer, sei es nun Verwaltung der Macht oder Verzicht. Je deutlicher ich empfand, dass in der Geschichte Sendungen aufeinanderstoßen, die sich nicht vereinbaren lassen, je mehr sich mir der Mensch als Kampfplatz der Gewalten enthüllte: umso fester war ich überzeugt von der unzerstörbaren Freiheit des Menschen – seiner Freiheit in Christus – und von der christlichen Verantwortung für alles, was in Gedanken und Taten, in Träumen und Wünschen geschieht.«

Passend dazu beschäftigt sich auch ein Beitrag von Benedikt XVI., dem früheren Papst, mit der Frage nach Macht und Gewissen in Schneiders Werk.

Die weiteren Kapitel Werkstatt, Umschau und der »Lepanto-Kalender 2020« enthalten eine Fülle von

Texten und Literaturhinweisen – dieses Kompendium ist eine wahre Fundgrube.

ULRICH KRIEHN ■

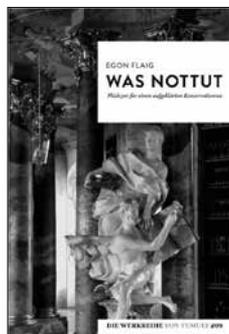


## Für die säkulare Republik

**Egon Flaig: Was nottut. Plädoyer für einen aufgeklärten Konservatismus, Lüdinghausen/Berlin: Manuscriptum 2019. 173 S., 19,90 €**

Pointierte Lehrsätze finden sich in Egon Flaigs *Plädoyer für einen aufgeklärten Konservatismus* in großer Zahl. Nehmen wir diesen: »Denn Worte sind Fensterscheiben des Intellekts; wenn sie verschmutzen, wird es dunkel im Hause des Geistes«, oder diesen: »Nach dem Gemeinwohl zu fragen heißt, den Begriff des Bürgers zu prüfen«. Thesenartige Zuspitzungen bilden Eckpunkte in zwölf, auch einzeln lesbaren Essays.

Aufgezeigt werden fatale Entwicklungen vor allem der jüngeren Vergangenheit, verbunden mit dem Aufruf zum Einhalt. Flaigs Ideal ist die säkulare Republik. Demokratie, Identität, Gemeinsinn, Staatsvolk, Bürger, Freiheit, Wahrheit, Öffentlichkeit, Werte, Abgrenzung oder kulturelles Erbe sind zentrale Begriffe, um die seine einzelnen Abhandlungen immer wieder kreisen. Grundsätzliches steht neben aktuellen Bezügen.



Flaig unterstreicht die Notwendigkeit von Opferbereitschaft als Voraussetzung für Demokratien. Das – unsägliche – Kunstwerk »Der Bevölkerung« am Sitz des Bundestages dient ihm als illustrativer Hintergrund, um auf den fundamentalen

Unterschied zwischen Bevölkerung und Staatsvolk hinzuweisen. Bei allem Schaden, den die »Kritische Theorie« in puncto Demokratie angerichtet hat, weist er darauf hin, daß selbst Jürgen Habermas schrieb, politische Integration schließe »fundamentalistische Einwandererkulturen« aus. Alles Existierende habe Grenzen, die »globalistische Ideologie« wirke staaterstö-

risch, was auch offen kommuniziert werde, etwa wenn ein ehemaliger EU-Kommissionspräsident ausführte, man solle »den einzelnen Nationalstaaten die Einwanderungspolitik aus den Händen nehmen«, ein Höhepunkt in dieser Hinsicht war dann der »UN-Migrationspakt« vom Dezember 2018. Hart ins Gericht geht Flaig mit der Aussage des Regierungspräsidenten Walter Lübcke, der 2015 Kritikern der Grenzöffnungspolitik beschiedenen hatte, sie könnten ja das Land verlassen, wenn sie nicht einverstanden seien.

Die »öffentliche Meinung« sei heute mitnichten die Meinung der Mehrheit. Die Massenmedien seien geradezu zum »Widersacher der Meinungsfreiheit« geworden. Mehrfach wird Hannah Arendt zitiert: »Vom Standpunkt der Politik gesehen ist die Wahrheit despotisch.« So lange es Kulturen gebe, so Flaig, gebe es kulturelle Unvereinbarkeiten, Feindschaft sei eine fundamentale Tatsache des Politischen. Beklagt wird die beherrschende »gutmenschliche Leitmoral«, nicht selten mit Tendenz zum Fanatismus, verbunden mit der moralischen Disqualifizierung von Gegenargumenten. Hermann Lübke habe darauf hingewiesen, dass in totalitären Systemen moralisierende Argumente eine »ungleich größere Rolle« spielten als in liberalen. Daß sich die Geisteswissenschaften bereitwillig in den Dienst der Politik nehmen lassen, wird an Beispielen wie der Resolution des deutschen Historikerverbandes von 2018 gezeigt. Dort heißt es unter anderem, Migration sei eine historische Konstante, die die beteiligten Gesellschaften insgesamt bereichert habe.

Den zwölf Essays vorangestellt ist ein Manifest. In zweiunddreißig Positionen wird aufgelistet, was es heiße, »heute« konservativ zu sein. Bei einigen der Stichworte, etwa Elite, Freiheit und Gerechtigkeit entsteht der Eindruck, Flaig versuche den Konservatismus von »Vorurteilsballast« zu befreien und ihn ein Stück weit in die »Mitte« zu schieben – was im Licht der nachfolgenden Ausführungen unnötig scheint.

ERIK LOMMATZSCH ■

## Kondylis also ohne Schmitt?

**Gisela Horst: *Panajotis Kondylis. Leben und Werk – eine Übersicht.* (= *Epistemata* 605), Würzburg: Königshausen & Neumann 2019. 560 S., 58 €**

»Kondylis ist leider noch immer ein ›Geheimtip‹.« Mit diesen Worten schließt Gisela Horst die 488 Seiten des Haupttextes ihrer großen Werkschau Panajotis Kondylis' (1943–1998). Dabei ist der griechische Philosoph, der sein Hauptwerk auf Deutsch verfaßte, dem Namen nach kein Unbekannter – und auch kein Vergessener der Geistesgeschichte. Dennoch ist die Rezeption seines

Werkes weitgehend auf Kreise beschränkt, die sich seinem Werk aufgrund persönlicher Begegnung verpflichtet fühlen, oder die nach Rüstzeug für den Kulturkampf der Gegenwart suchen. Letzteres ist bei denjenigen der Fall, die man im weitesten Sinne als Rechtsintellektuelle bezeichnen könnte (auch wenn sie ihr Weg, wie der von Kondylis selbst, nicht selten von ganz links außen zur rechten Einsicht führte).

Die persönliche Begegnung bildet hingegen bei Gisela und ihrem Mann Horst Falk den Ausgangspunkt der Beschäftigung. Horst Falk hat sich in vielerlei Hinsicht um das Werk von Kondylis verdient gemacht, hat ihn schon zu Lebzeiten beratend unterstützt, sein unvollendetes Nachlaßwerk *Sozialontologie* herausgegeben, in regelmäßigen Abständen mit Sammelbänden auf das Werk von Kondylis aufmerksam gemacht und schließlich als Vorsitzender des Freundeskreises Panajotis Kondylis e.V. die Bemühungen um das Erbe des Denkers koordiniert.

Der vorliegende Band ist die Dissertations-

schrift, mit der Gisela Horst, von Hause aus Naturwissenschaftlerin, 2018 an der Fernuniversität Hagen bei Prof. Dr. Peter Brandt promoviert wurde. Brandt gehört als Gründungsmitglied des Kondylis-Instituts für Kulturanalyse und Alterationsforschung ebenfalls zu den bekennenden Kondylis-Freunden. Die Arbeit versucht nichts weniger, als eine Gesamtschau von Leben und Werk Kondylis zu bieten, dabei alle greifbaren Quellen zu nutzen und die erreichbaren Zeitzeugen zu befragen. Da über Kondylis' Biographie offensichtlich viele Mythen im Umlauf sind, ist das erste Kapitel »Biographisches« für den Kondylis-Leser vermutlich das interessanteste, weil es erstmals gesicherte Informationen zum Leben bietet, wenngleich auch hier Lücken Anlaß zu Spekulationen geben. Belegt werden die linken Anfänge von Kondylis, die Arbeit und Auseinandersetzungen um seine großen Bücher werden geschildert, und schließlich wird er in Beziehung zu für ihn wichtige Autoren gesetzt. Etwas merkwürdig ist der dabei zutage tretende Eifer, mit der die Autorin den Nachweis zu bringen versucht, daß Kondylis in keinsten Weise von Carl Schmitt beeinflusst gewesen sei. Die Argumente und auch die Selbstaussagen von Kondylis sind nicht besonders überzeugend.

Das zweite Kapitel ist den »Begriffen und Themen« gewidmet, die im Werk von Kondylis eine besondere Rolle spielen. Die Zusammenfassungen sind erhellend, wenngleich sie nur sehr zurückhaltend kontextualisiert werden, was es der Autorin erleichtert, Kondylis als eine Monade im Wissenschaftsbetrieb des 20. Jahrhunderts herauszustellen. Da Kondylis ein fleißiger Leser war, ist diese Herangehensweise etwas problematisch, wenngleich im Rahmen eines Buches mehr kaum zu leisten sein dürfte. Das dritte Kapitel wendet sich dann chronologisch den Texten von Kondylis zu, sowohl den Büchern, als auch den Texten, die in Zeitungen



und Zeitschriften erschienen, indem eine kurze Zusammenfassung des Inhalts geboten wird. Abgerundet wird das durch den Anhang, in dem eine Bibliographie (die sich auch seiner Übersetzertätigkeit widmet), eine Zeittafel und Auszüge aus Rezensionen zu finden sind. Insgesamt handelt es sich um ein überaus nützliches Buch, das hoffentlich dabei hilft, Mißverständnisse von Kondylis' Werk, die oftmals eher bewußte Fehlinterpretationen sind, aufzuklären. Wünschenswert wäre, um Kondylis vom Geheimtipp zur Bezugsgröße zu erheben, daß die Autorin ihr Wissen zu einer kurzen Einführung in Leben und Werk Kondylis verknüpft, die dann auch denjenigen, denen Kondylis bislang nichts sagt, als Einstieg dienen könnte.

ERIK LEHNERT ■

## Brauchen Kinder Erziehungspartner?

**Savatie Baştovoi: *Anti-Parenting. Die Wiederentdeckung der Elternschaft*, Wachtendonk: Hagia Sophia 2019. 220 S., 18,50 €**

Es ist noch nicht alles von allen gesagt worden, jedenfalls nicht in der buchstäblich ewigen Frage nach der rechten Erziehung. Daher kommen die zu einem handlichen Buch geronnenen Überlegungen und Ratschläge des orthodoxen Priestermonches Savatie Baştovoi höchst gelegen. Ergänzt er doch die Kritik realitätsgestählter Fachleute wie Michael Winterhoff an der herrschenden Pädagogikmode, wie sie Familien derzeit in Gestalt des sogenannten Parenting entgegentritt, um mindestens zwei Dimensionen. Einmal um die vertikale, denn als Priestermonch blickt P. Savatie vom Standpunkt der christlichen Orthodoxie auf das Absurditätenkabinett der modisch »bewußten« Elternschaft, und ferner um jene tiefe Erdung wie sie einem Förstersohn in den karpatischen Ausläufern der ehemaligen Sowjetunion in besonderer Weise zuteil wird. Die Verwerfungen des Systemwechsels, die P. Savatie als Jahrgang 1976 durchlebt hat, haben jene an sich schon große Lebensnähe nur verstärkt. Und nicht zuletzt erweitert die akademisch ausgebildete künstlerische Begabung ihres Autors die Perspektivenpalette des »Anti-Parenting« Leitfadens. So bietet P. Savaties Buch wider den pädagogischen Zeitgeist und sein implizites Menschenbild eine Fülle hierzulande selten gewordener Nuancen. Die Strategie ist so einfach wie wirkungsvoll – indem P. Savatie die Haltlosigkeit, ja Destruktivität des postmodernen Menschenbildes vorführt, widerlegt er damit auch dessen Erziehungsparolen. Dem Schreckensbild der mainstreamten Pädagogik und ihrer kreuzunglücklichen Ergebnisse hält er die ungleich vielschichtigeren, kohärenteren und vor allem realistischeren Sicht des altehrwürdigen Christentums auf Mensch und Welt entgegen und dies, als Künstler, der er auch

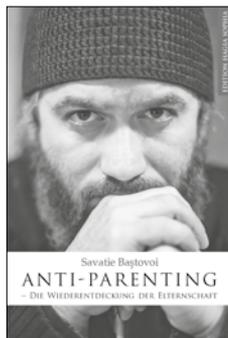
ist, in einer oft bildhaften, ja anmutigen Sprache. Ein leiser Zweifel mag freilich selbst im geneigtesten Leser aufsteigen. Lassen sich denn die schlichten wie guten Hinweise des »Anti-Parenting« in unserer durchrationalisierten Welt mit ihren Legionen erwerbstätiger Mütter, verschuldeter Familienväter, zerbrochener Familien usw. überhaupt in die Tat umsetzen? Wieviel liegt doch nicht aus verdrehter Absicht oder Unkenntnis im pädagogisch argen, sondern nur aus der nackten Not Gehetzter? Solchen möglichen Einwänden begegnet P. Savatie, selbst Scheidungskind einer erwerbstätigen Mutter, mit der Frage nach Ziel und Zweck von Erziehung. Als Angehöriger eines vielgeprüften Balkanvolkes weiß er nämlich, daß eine effiziente Erziehung daran zu messen ist, ob sie ein Kind stark und widerstandsfähig gegen das im Leben unvermeidliche Leiden und Böse macht, ob es ihr also gelingt, einen Menschen in die Lage zu versetzen, Niederlagen zwar zu erleiden, aber eben nicht an ihnen zu zerbrechen. Wenn man nicht einem irrigen Menschenbild wie etwa dem der »bewußten Elternschaft« huldigt, ist es jedem überall und zu allen Zeiten möglich, sich von widrigen äußeren Lebensumständen nicht unterjochen zu lassen. Zehn Erzählungen aus P. Savaties Kindheit, die die gut lesbare deutsche Übersetzung seiner Gedanken zu einem gelungenen Anti-Parenting abschließen, illustrieren dies eindrucksvoll.

SOPHIA GATZMAGA ■

## Salvavi animam meam

**Matthias Janson, Florian König, Thomas Wendt (Hrsg.): *Philosophie und Epochenbewußtsein. Untersuchungen zur Reichweite philosophischer Zeitdiagnostik*, Würzburg: Königshausen & Neumann 2020. 309 S., 39,80 €**

Wer den Nischenplatz, den die Philosophie gegenwärtig in den aktuellen Debatten einnimmt, für unangemessen hält, wird sich der These, »daß die Philosophie die Akademie verlassen muß und als gesellschaftsbildender Akteur im öffentlichen Diskurs auftreten soll«, grundsätzlich anschließen. Mit ihr wird der Band eröffnet, der Untersuchungen einer Arbeitstagung Philosophie und Epochenbewußtsein, die im März 2019 an der Universität Leipzig stattfand, versammelt. Die These stammt von Thomas Wendt, der die Tagung organisiert hat und in dem vorliegenden Band mit drei Texten vertreten ist. Neben ihm haben sich zwölf weitere Philosophen an der Tagung beteiligt, die alle entweder in Leipzig studiert oder gelehrt haben oder dies heute noch tun, darunter mit Steffen Dietzsch und Pirmin Stekeler-Weithofer auch zwei bekannte Namen. Der einzige Text, der schon durch den Titel in Richtung der Neuen Rechten weist, stammt von



»Wer weiß, wen sich der Belesene  
als Zielscheibe aussuchen könnte!  
Mich vielleicht?«



Ellen Kositzka · Götz Kubitschek

## **DAS BUCH IM HAUS NEBENAN**

*288 Seiten, gebunden, 20 €*

Wie wird man geistig, wer man ist? Welchen Anteil hat daran die Lektüre? Wie wird ein Buch zum Schlüssel, wie aus dem Buch im Haus nebenan ein scharf geladenes Gewehr? ELLEN KOSITZA und GÖTZ KUBITSCHEK, MARTIN LICHTMESZ und ERIK LEHNERT, THORSTEN HINZ und HEINO BOSSELMANN, BENEDIKT KAISER, MARTIN SELLNER und CAROLINE SOMMERFELD – dieses Buch über Bücher ist ein Beleg dafür, wie tief, breit und gründlich von rechts gelesen und gedacht wird.

Verlag  Antaios

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra

Tel: (034632) 90 43 96 · Fax: (034632) 90 43 97 · e-Post: [vertrieb@antaios.de](mailto:vertrieb@antaios.de)

[www.antaios.de](http://www.antaios.de)

Mirko Fischer, einem Promovenden, der am Beispiel des Vormärz die Metapolitik als »typisch linke Strategie der Diskurseroberung« untersucht, sich dabei aber leider für den Begriff der »Metapolitik« auf tendenziöse Literatur bezieht.

Eine wirkliche Überraschung in dem Band ist Wendt selbst, der bislang so gut wie gar nicht durch Publikationen in Erscheinung getreten ist. Wendt lehrt als Wissenschaftlicher Mitarbeiter Philosophie an der Universität Leipzig, ist Jahrgang 1958 und wurde 1984 in Leipzig mit einer Arbeit über den vergessenen Berliner Philosophen Friedrich Eduard Beneke (1798–1854, dessen Karriere Hegel erfolgreich behinderte) promoviert. Er ist Schüler des marxistischen Erkenntnistheoretikers Dieter Wittich (1930–2011) und hat es geschafft, sich über die Einschnitte in der akademischen Landschaft der ehemaligen DDR im Mittelbau der Universität zu behaupten. Er vertritt heute eine »kritische Anthropologie« oder »Positive Philosophie«, die er als eine am »heiligen Dreieck« Mensch-Natur-Absolutes orientierte Metaphysik gegen Positivismus und Determinismus in Stellung bringt. Erkenntnistheoretisch will er die (christlich fundierte) Idee des Menschen mit seiner Lebenspraxis und Geschichte abgleichen, um von diesem Punkt aus deterministische Ableitungen zu widerlegen.

Von dieser Warte aus entwickelt Wendt eine beachtenswerte Liberalismuskritik, die wohl nur deshalb an einer deutschen Universität geäußert werden kann, weil sie von links kommt (auch wenn das im Ergebnis der Kritik keinen großen Unterschied macht; interessant zudem, daß Wendt für eine »rechte Vernunft« plädiert, womit er eine umfassende meint). Seine Überzeugung, daß der Menschheit ein Epochenwechsel ins Haus steht, teile er mit so verschiedenen »Autoren wie Francis Fukuyama, Samuel Huntington, Rolf Peter Sieferle, Thilo Sarrazin, Bassam Tibi, Meinhard Miegel, Eric Hobsbawm und Anthony Giddens«. Das ist in der Tat eine erstaunliche Zusammenstellung, in dem das Bemühen zum Ausdruck kommt, das Krisenphänomen von allen Seiten zu beleuchten. Dementsprechend finden sich in dem (etwas hermetischen) Text zahlreiche Anspielungen zu gegenwärtigen Entwicklungen in Deutschland, etwa wenn er Pegida mit den Maschinenstürmern identifiziert, Alain de Benoist zitiert, den Grünen Totalitarismus bemerkt, Schelsky zur Lektüre empfiehlt oder Reeducation mit dem »Abrichten« von Menschen vergleicht.

Seinen Haupttext beendet Wendt mit den lateinischen Worten: »Dixi et salvavi animam meam!« Das bedeutet so viel wie: »Ich habe gesprochen und meine Seele gerettet«, hat seinen Ursprung im Buch Hesekiel des AT und wurde von Marx am Ende seiner Kritik des Gothaer Programms (1875) der späteren SPD zitiert. Das

Wendt diese pathetischen Worte am Ende seines vergleichsweise harmlosen Textes wiederholt, läßt Raum für Spekulationen – über die gegenwärtige Verfassung der Universitäten und den linken Diskurs, der Abweichler offensichtlich mit Höllenstrafen bedroht.

ERIK LEHNERT ■

## Kitschkrieg

**Alexander Grau: *Politischer Kitsch. Eine deutsche Spezialität*, München: Claudius 2019. 128 S., 14 €**

Der sächsische Rapper Trettmann firmiert unter dem Plattenlabel KitschKrieg. In seinem Song »Stolpersteine« sinniert er über den Holocaust: »Okay / In meiner Straße / Stolpersteine / Vögel singen und ich weine.« Besser hätte Trettmann dem Namen seines Labels nicht gerecht werden können. Er reiht sich damit nahtlos ein in die derzeit überschäumende Vermischung von politischer und emotionaler Sphäre, die ausschließlich mit appellativen Bildern ohne analytischen Sinngehalt arbeitet: etwa Omas und Einhörner »gegen Rechts« oder heuchlerische Reden von Filmstars bei der Oscarverleihung. Auf diesem Basar der öffentlichen Ergriffenheit, dessen Ausstellungsfläche durch die sozialen Medien exponentiell wächst, möchte sich jeder im moralisch richtigen Licht präsentieren. Alexander Grau versucht in seinem neuesten Essay all dem auf den Grund zu gehen. Der *Cicero*-Kolumnist hat sich über die Jahre den Ruf eines ebenso feinsinnigen wie scharfzüngigen Beobachters erarbeitet. Grau fragt sich, was eigentlich Kitsch sei und wie dieser zum tragenden Strukturrahmen in der Kommunikation politischer Botschaften, ja zu deren eigentlichem Inhalt werden konnte. Für Grau äußert sich Kitsch vor allem in einer unüberbrückbaren Divergenz von Realität und wirklichkeitsverzerrendem Wunschdenken.

So fand er über die Jahrhunderte seinen Weg von der Ästhetik über das Moralische in die Politik. Die öffentlichen Bekundungsrituale der Postmoderne sind gekennzeichnet durch das »gnadenlos Infantile der jeweiligen Selbstdarstellungen, das Aufgekratzte und Gefühligke der benutzen Sprache, die süßlichen Bilder und Metaphern.«

Gräu verortet die Erfindung des Kitsches im (deutschen) Bürgertum. In diesem kumulieren zum Ende des 18. Jahrhunderts Tugendstolz, ökonomische Macht und kulturelle Unsicherheit. Überzeugend stellt Grau die Auswirkungen der pietistischen Ergriffenheitsrhetorik über das sentimentale Leiden an der Ungerechtigkeit der Welt dar, die jedoch schnell in lutherischen



Zorn umschlagen kann, sollte sich das Objekt der Besserungsliebe als ignorant erweisen. Doch je stärker Grau im Laufe seines Essays den Kitsch als deutsche Spezialität darstellt, desto mehr beginnt er sich zu verrennen. Warum sollten die Deutschen besonders anfällig für den Kitsch sein? Er greift zur Untermauerung dieser These auf eine Vulgärdarstellung der Romantik zurück und reduziert diese auf ein sinnentstellendes Konvolut aus Empfindsamkeit, Waldeinsamkeit und Schauermärchen. Grau gerät dadurch zu sehr ins Fahrwasser Fritz Sterns, der schon vor Jahrzehnten die These von der Romantik als Grundlage des abgründigen deutschen Sonderbewußtseins zimmerte. Vor allem die romantische Ironie blendet Grau in diesem Zusammenhang vollständig aus. Graus verständliches Kopfschütteln über die hypermoralischen Zustände der deutschen Gesellschaft verengt seine ansonsten so luzide Blickscharfe. Bei all den Käßmanns, Neubauers und Prechts darf nicht übersehen werden, daß diese nur ein kitschiges Stimmungsvorbild nachahmen, das seit Jahrzehnten in den USA virulent ist. Dort wurde es schon vor langer Zeit Pflicht, auf Oprahs Sofa in Tränen auszubrechen, und keine Dankesrede beim Highschool-Abschlußball kann mehr auskommen ohne den schluchzenden Verweis auf die eigenen (weißen) Privilegien. Handelt es sich beim politischen Kitsch des 21. Jahrhunderts nicht vielmehr um ein Phänomen der globalen Medienkultur, das durch emotionale Überbetonung die eigene Sinnentleerung und Konturlosigkeit überspielt, als um nationale Befindlichkeiten? Die postmoderne narzißtische Persönlichkeitsstruktur trifft auf die Herausforderungen eines inhärent instabilen Systems. Es dämmert ein Kitschkrieg herauf. Grau steuert zu dessen Erhellung einen guten, wenn auch nicht widerspruchlos hinzunehmenden Debattenbeitrag bei.

KONSTANTIN FECHTER ■

## Affen. Menschen.

**Michail Prischwin: *Tagebücher. Band 1: 1917–1920.*** Hrsg. von Eveline Passet, Berlin: Guggolz 2019. 459 S., 34 €

Begonnen werden sollte die Lektüre dieses Buches mit dem hervorragenden Essay des Schriftstellers Michail Schischkin. Er zeichnet den Lebensweg des studierten »Agronomen« Michail Prischwin (1873–1954) nach, der als Schriftsteller drei Karrieren vorzuweisen hatte. Die erste fand um die Jahrhundertwende statt, als sich Prischwin einen Namen als ethnographischer Autor machte. Die zweite folgte in der Sowjetunion nach dem Bürgerkrieg, in der Prischwin als Autor von Naturbüchern Millionenauflagen erzielte. Die dritte schließlich begann mit dem

Untergang des Kommunismus und der Edition seiner Tagebücher, die in Rußland zwischen 1991 und 2018 in 18 Bänden erschienen.

Ohne diese Hinführung (und dem ausgezeichneten Kommentar) erschließen sich die Tagebücher, unbearbeitet und hermetisch, nur schwer. Sie offenbaren mit Prischwin einen Schriftsteller, der sich im Moment der bolschewistischen Revolution bewußt für die Innere Emigration entschieden hatte und mit seinen Tagebüchern sein eigentliches Werk schuf. In welcher Gefahr er sich damit befand und was ihm bei Entdeckung der Tagebücher drohte, war ihm bewußt. Vor diesem Hintergrund macht Schischkin klar, warum Prischwin sich in seinen – teils auf Deutsch vorliegenden – Büchern der Natur widmete: »Die einzige Wahrheit inmitten der kommunistischen Lüge war die Natur«.

Prischwin, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts marxistische Anwendungen hatte, stand dem Bolschewismus ablehnend gegenüber; eine Haltung, die sich im Laufe des Bürgerkrieges zum Haß steigerte. Das war weniger seiner Anhänglichkeit dem alten System gegenüber geschuldet, als der Tatsache, daß das neue ihm jeden Rückzugsraum abschnitt. Die Verlusterfahrungen waren für Prischwin einschneidend: Er wurde enteignet, lebte an wechselnden Orten und schlug sich als Lehrer und Bibliothekar durch. Er war kurzzeitig inhaftiert, zahlreiche Freunde und Bekannte wurden getötet. Er nimmt auch den allgemeinen Niedergang wahr, der in dem Moment einsetzte, als sich niemand mehr für irgend etwas verantwortlich fühlte, weil niemandem mehr etwas gehörte: Der Kommunismus ist ein »System der gänzlichen Verschmelzung von Mensch und Affe«.

ERIK LEHNERT ■

## Objektivität: ein Mythos

**Peter Pomerantsev: *Das ist keine Propaganda. Wie unsere Wirklichkeit zertrümmert wird.*** München: DVA 2019. 296 S., 22 €

Der Titel verrät es: Hier (ver)spricht einer Tacheles. Peter Pomerantsev, 1977 zu Zeiten der Sowjetunion als »Pjotr« in Kiew geboren, seit Jahrzehnten aber Weltbürger mit Hauptwohnsitz in England, hat sich in die Tiefen der *Infowars* begeben. Wie funktionieren die Mechanismen der Beeinflussung im digitalen Zeitalter? Fraglos ist dies heute *das* Thema. Pomerantsev hat Elisabeth Noelle-Neumanns *Schweigespirale* gründlich gelesen: Das Bedürfnis, »dazuzugehören« hatte sie bereits 1974 als »menschliches Grundbedürfnis« erkannt. Aus Isolationsfurcht nutzen Menschen Verlautbarungen der Medien, um auszutarieren, was gerade »öffentliche« (in Wahrheit aber nur: veröffentlichte)

Meinung sei, um sich opportun verhalten zu können. Mit Noelle-Neumann benennt er zwei Typen, die ausscheren: Zum einen ist das der »harte Kern«, dem schlicht einerlei sei, was die Gesellschaft von ihm denkt. Zum anderen: jene Aktivisten, die »trotz aller Rückschläge wollen, daß ihnen die Menschen zuhören.«

Heute ist via Internet jeder ein potentieller Sender von Nachrichten und Ansichten – die Grundregel der Schweigespirale gilt aber weiterhin. Die Masse macht's; die Likes, Follower und Wiederverbreiter zählen. Der Autor will darlegen, wie es funktioniert, durch Fake-News, Trollfabriken und Kampagnen in den Sozialen Medien Stimmungen zu erzeugen und zu verstärken. Um zu dieser Gemengelage zu recherchieren, hat er die halbe Welt bereist. Zum Teil bringt er seinen Lesern faszinierende Reportagen mit: Seine Schilderung von den Philippinen, aus Manila, und wie dort Rodrigo Duterte (auch) durch großangelegte Internetkampagnen an die Macht kam, sind bestechend. Auch aus Aserbaidschan, Venezuela und Bahrain berichtet er nachvollziehbar, wie dort mittels »Trollarmeen« angebliche Jugendbewegungen im Dienste der jeweiligen Regierungen inszeniert wurden.

Im Ganzen fällt das Buch allerdings ab. Zwischen seine Reportagen aus aller Herren Länder hat Pomerantsev eine Art »Live-Bericht« aus jenen Jahren geschoben, als seine Eltern als Dissidenten mit dem kleinen Pjotr aus der Sowjetunion flohen. Was ein netter Kunstgriff hätte sein können (»damals Despotie – heute andere Despotie«), floppt allerdings, weil der Ton einfach nicht stimmt. Der Autor liefert mit diesen eingestreuten Passagen eine Art Filmmusik, die den Leser auf »drastische Zeiten« einstimmen soll. Beispielsweise drückte Pomerantsevs Mutter das Kind damals beim Grenzübertritt so fest an sich, daß »ein Abdruck meines Gesichts auf ihrer Brust zurückblieb« – komm, wie bei Jesus! Die größtenteils einfältige Dramatisierung der eigenen – zugegeben harten – Familiengeschichte als Beglaubigung des Zeugenstatus ist nur das eine. Zum anderen hat Pomerantsev eine klare Agenda, und die ist deutlich Anti-Trump und Anti-Putin. Das wäre legitim. Aber kann er die Abneigung begründen? Nein. Es gelingt ihm überhaupt nicht, die Wirksamkeit von all jenen putin- oder trumpgesteuerten »Bots« und »Cyborgs« überzeugend zu vermitteln. Weshalb sollten automatisierte, stereotype Bots, etwa in Putins »Trollfabriken« generiert, Millionen Follower an sich binden? Anderes Beispiel: Der Autor schreibt, daß in Mexiko im »vorangegangenen Jahr« elf Journalisten ermordet worden seien, und die Täter seien zu »99,75 Prozent« ungestraft davongekommen. Was soll man davon halten? Hat man einen Hundersteltäter also erwischt? Zudem »deckt« Pomerantsev »auf«, daß Martin Sellner aus den Schriften des serbischen Dissidenten und »Revolutionsmachers« Srđa Popović Nektar gesogen habe. Popović

(Jg. 1973) ist ein serbischer Widerstandsguru. Pomerantsev nennt ihn brüderlich nur »Srdja«. Er findet es heikel, daß sich nun ein »Rechter« wie Sellner bei Srdja bedient. Srdja wollte »die Menschen« nämlich dazu ausbilden, die Macht zu übernehmen. Was ist, fragt Pomerantsev, »wenn jene Menschen, die die Macht übernehmen, dies tun, um andere zu misshandeln?« Hier wird es kompliziert. Pomerantsev verkennt und verwechselt Macht, Ohnmacht und Subversität. Er verheddert sich und vermag diese Maschen nicht aufzulösen. Ja, unsere Wirklichkeit wird wahrscheinlich »zertrümmert«. Aber nicht so, wie Herr Pomerantsev es sich vorstellt.

ELLEN KOSITZA ■

## Populus hassen. Demos lieben. Warum?

Günter Scholdt: *Populismus. Demagogisches Gespenst oder berechtigter Protest?* Marburg: Basilisken-Press 2020. 96 S., 13,50 €

Die am meisten vergiftete Reizformel der 2010er Jahre dürfte »Populismus« lauten. Vor einem Jahrzehnt gebrauchte man diesen vieldeutigen Ausdruck höchstens in ausgewählten Fachkreisen. Heute ist er als typisches Pejorativum in politischen Kontroversen omnipräsent. Das zentrale Bekenntnis vieler Diskurse lautet demnach: Nun sag, wie hast du's mit dem Populismus? Günter Scholdts Publikation setzt einen wohlthuenden Kontrapunkt zum nicht abreißenden Strom von Publikationen mit einseitiger Populismus-Schelte. Dem im Ruhestand lebenden Germanisten geht es nicht um eine systematische politologische Analyse, obwohl er eine Reihe von prominenten Diskutanten anführt. Vielmehr beleuchtet er basale Topoi der Auseinandersetzung, etwa die umstrittene Parole »Wir sind das Volk«, den bereits berühmt gewordenen Widerspruch der »Anywheres« und der »Somewheres« und Fragen um das unvermeidliche Thema »Fake News und Verschwörungstheorien«.

Scholdt arbeitet anhand diverser Beispiele heraus, daß es wenig glaubhaft ist, den lateinischen Begriff für Volk *populus* negativ zu bewerten und die griechische Bezeichnung *demos* für die gleiche Sache als positiv davon abzugrenzen. Gerne wird von den medialen und politischen Meinungsführern die falsche kausale Einstufung jener von ihnen als »Populisten« abgelehnten Kräfte unterschlagen. Überdies versuchen auch die Repräsentanten des Establishments – so Scholdt – sich als Vertreter von Volkes Stimme auszugeben. Aus aktueller Sicht läßt sich – über Scholdts instruktive Erörterungen hinausgehend – die Frage stellen: Werden demnächst auch Gegner der Corona-Maßnahmen als Populisten gebrandmarkt? Unter dem Kautschuk-Begriff dürfte man bald eine neue Opfergruppe subsumieren.

FELIX DIRSCH ■



# Sezession

## Programm und Redaktion

*Sezession* ist eine politisch konservative Zeitschrift. Sie wird von Rechtsintellektuellen gemacht, die Redaktion hat ihren Sitz auf dem Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt.

*Sezession* bündelt Gedanken, Argumente und Lösungsansätze sechs Mal im Jahr auf jeweils 72 Seiten – drei Mal thematisch gebunden, drei Mal in einem offenen Heft.

*Sezession* wird vom Institut für Staatspolitik (IfS) herausgegeben und erscheint 2020 im achtzehnten Jahrgang.

## Presse über uns

- ▶ eine »kluge Zeitschrift« (*Die Welt*)
- ▶ die »Pflichtlektüre der neurechten Intelligenz« (*Tagesspiegel*)
- ▶ »unverzichtbar für jeden Konservativen, der mitdenken will« (*Junge Freiheit*)

## Ihr Abonnement

Ein Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet inklusive Porto:

- ▶ 50 € im Normalbezug,
- ▶ 35 € ermäßigt für junge Leser in Ausbildung,
- ▶ 75 € im Förderabonnement,
- ▶ 60 € für Auslands-Abonnenten.

## Ihre Prämie 2020

Neuabonnenten erhalten als Prämie zwei *Sezession*-Hefte aus dem Archivbestand mitgeliefert.

Sezession  
Rittergut Schnellroda  
06268 Steigra

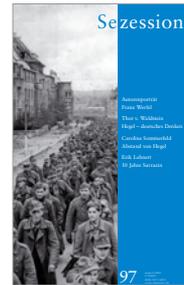
# Überblick 2020, 18. Jahrgang



Heft 94 / Februar / 11 €  
Thema: »Lektüren«

80 Seiten, Beiträge u. a.:

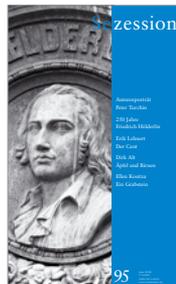
Ivor Claire  
*Warum lesen?*  
Götz Kubitschek  
*Warum schreiben?*  
Erik Lehnert  
*Geschichtsdenker*  
David Engels  
*Tolkiens Reich*



Heft 97 / August / 11 €  
offenes Heft

72 Seiten, Beiträge u. a.:

*Autorenporträt*  
Franz Werfel  
Thor v. Waldstein  
*Hegel – deutsches Denken*  
Caroline Sommerfeld  
*Abstand von Hegel*  
Erik Lehnert  
*10 Jahre Sarrazin*



Heft 95 / April / 11 €  
offenes Heft

80 Seiten, Beiträge u. a.:

*Autorenporträt*  
Peter Turchin  
*250 Jahre*  
Friedrich Hölderlin  
Erik Lehnert  
*Der Cant*  
Konstantin Fechter  
*Kapp-Putsch 1920*



Heft 98 / Oktober / 11 €  
Thema: »Recht und Ordnung«

72 Seiten, Beiträge u. a.:

*Autorenporträt*  
Wilhelm Röpke  
Wiggo Mann  
*Staat oder Clan*  
Götz Kubitschek  
*Dienen*  
Lexikon der  
Ordnungsrufe



Heft 96 / Juni / 11 €  
Thema: »Verhaltenslehren«

76 Seiten, Beiträge u. a.:

*Autorenporträt*  
Arnold Gehlen  
Erik Lehnert  
*Stiftungswesen*  
Ellen Kositzka  
*Tradwife*  
Lothar Fritze  
*Macht*



Heft 99 / Dezember / 11 €  
offenes Heft

72 Seiten, Beiträge u. a.:

*Autorenporträt*  
Heiner Müller  
Jonas Mahraun  
*100 Jahre Celan*  
Martin Lichtmesz  
*Mishima vor 50 Jahren*  
Kemal Cem Yilmaz  
*Beethoven und ich*

Die den ganzen Tag mit anderen  
zusammenhocken, verantwortungslos  
reden und Dummheiten aushecken –  
mit solchen Leuten hat man's schwer.

KONFUZIUS